DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 6900 HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

101 | 10. JAHRGANG | Februar '93 | 8,00 DM

AUS DEM INHALT:

ÖKOSTADT

Nach Ökodörfern jetzt also die Ökostadt? Die Vorstellungen von Hannes Linck hören sich jedenfalls schon sehr konkret an: Als einer der beiden Geschäftsführer der ÖKOSTADT GmbH führt er von seinen Ost-Berliner Büros ernsthafte Verhandlungen mit Ministerien in Potsdam und verschiedenen Stadtverwaltungen der Mark Brandenburg. Bereits mehr als 100 GesellschafterInnen haben 1.000 DM Einlage bezahlt, um die Realisierung einer »lebendigen Stadt und keiner Feierabendsiedlung« voranzutreiben. Von ökologischem Bewußtsein, demokratischer Mitgestaltung und behördlichen Wohlwollen erzählt Hannes Linck im Interview...
Auf Seite 2

OFFENER BRIEF

Über das unlängst erschienene Buch »Feuer in die Herzen« von Jutta Ditfurth (s. CONTRASTE Nr. 100, S.9) empört sich in einem Offenen Brief die Lernwerkstatt Niederstadtfeld. Dieser ist für uns Anlaß, eine Auseinandersetzung über die gefährliche Nähe zu braunen Heilslehren in der Ökologie- und Selbstverwaltungsszene zu beginnen. Näheres auf Seite 4.

ANTROPOSOPHIE/Teil II

Die persönliche Verständigung zwischen WirtschaftspartnerInnen sei die Voraussetzung, um Machstreben zu verhindern, war in CONTRASTE Nr. 99 als Gedankenmodell von assoziativem Wirtschaften zu lesen. Titus Bahner fordert, die Wirtschaftsprozesse möglichst transparent zu machen und damit den Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit den Lebensverhältnissen der WirtschaftspartnerInnen auseinandersetzen zu können, statt nur im Drogenschlag der Konsumsucht den partiellen Profitinteressen nachzurennen. Bedarfseinkommen für alle Beteiligten, gerechte Preise ohne staatliche Abschöpfung und individuelle Entwicklungsprozesse sind weitere Stichworte in der radikalen Wirtschaftskonzeption, die der Autor maßgeblich durch das tiefgründige Fundament der Antroposophie untermauert sieht.
Seite 11

ÖKOBANK

Bald schwarze Zahlen – jedoch kalter Verlust der internen Demokratie: Das Fazit der außerordentlichen VertreterInnenversammlung der Ökobank vom 16. Januar 1993 in Frankfurt ist nur halbwegs erfreulich. Als »Strategiewerkstatt« war sie angekündigt worden, doch schon bald machte sich wieder einmal die Tendenz in MacherInnen-Strukturen bemerkbar, wonach Vorschläge von außen zwar angehört und debattiert werden, aber schlußendlich als unverbindliche Empfehlungen bei Vorstand und Aufsichtsrat enden. Der Unterschied zu einer normalen Genossenschaftsbank wird immer kleiner, meint unser Kommentator Volker Ruwisch. Eine weitere Regionalisierung wird wegen mangelnder Experimentierbereitschaft noch länger auf sich warten lassen, dafür bestehen gute Aussichten, bald via Ökobank mit us-amerikanischen Aktien im Umwelt-Reparatur-Geschäft (die Shetlands lassen grüßen) handeln zu können.
Bericht und Kommentar auf Seite 12

AUSSERDEM

FREIE RADIOS:
Die Wellen gegen Rassismus...
und ein Kurzbericht vom Treffen der
Initiative »Bundesverband Freier Radios« Seite 5
GENOSSENSCHAFTEN:
Forschungsergebnisse: Wie werden Entscheidungen
in Produktivgenossenschaften organisiert?
und: Produktivgenossenschaften in Südtirol Seite 13
WIRTSCHAFT:
Grünnaher Unternehmensverband nimmt seine Arbeit auf
Selbstverwaltete Versicherungen
»Knatsch, Zoff & Keilerei«, eine Buchbesprechung Seite 14

ALTERNATIVER HIMMEL MIT EUROPAS STERNEN?

Das Euro-Netz der Alternativen

Der Binnenmarkt ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Und bereits vor einem Jahr trafen sich ja Mitglieder alternativer Projektgruppen aus aller Welt in Brüssel, um eine alternative Vernetzung vorzubereiten (CONTRASTE berichtete bereits mehrfach). Was daraus geworden ist und wie das Euro-Netz der Alternativen weitergestrickt werden kann, beschäftigt uns in diesem Schwerpunkt. Da ist von neuen Partnerschaften und Pannen die Rede, wenn deutsche TeilnehmerInnen der Gründungsvorbereitung des Euronetzes das vergangene Jahr Revue passieren lassen...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen
leider nicht online gezeigt werden.

Von Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Ein »Europäisches Netzwerk für eine Alternative und Solidarische Ökonomie (ENASOE)« war vergangenes Jahr im Februar von über 200 TeilnehmerInnen einer internationalen Tagung beschlossen worden. Seither fanden 3 Sitzungen eines vorbereitenden Verwaltungsgremiums (in Lissabon, Nürnberg und Paris) statt, um den Gründungsfahrplan einzuhalten. Geplant wurde ein internationaler Gründungskongreß mit ca. 100 TeilnehmerInnen noch in diesem Jahr in Lissabon. Das Power-Play einer hierfür in Paris eingerichteten Sekretariatsgruppe um die französische EP-Abgeordnete Aline Archimbaud geriet jedoch dieser Tage aus dem Takt: Weitere Verwaltungsgremiensitzungen (geplant war ein Treffen in Venedig) wurden von den FranzösInnen jedenfalls vorerst aufgeschoben – erst sollen Mittel der EG-Kommission für den Gründungskongreß bereitstehen...

Dennoch, die internationale Alternativ-Vernetzung ist auch vorangekommen. CONTRASTE e.V. bastelt seit dem Dezembertreffen des Euro-Netzes in Paris gemeinsam mit den dort vertretenen internationalen Partnern an der Gründung einer eigenen Eurofirma »EURALTER« (s. Kasten Seite 7). Diese nach der neuen Binnenmarktsrechtsform »Europäische Wirtschaftliche Interessensgemeinschaft (EWIV)« konstruierten internationalen Finanzinitiative kann vielleicht einmal Europas Sternenhimmel für internationale Alternativen öffnen.

Auch weitere internationale Kooperationen und Konsortien wurden möglich. So planen Frauenprojekte aus Belgien, Frankreich, Deutschland und Portugal gemeinsame Seminare unter Zuhilfenahme von Euroknete aus dem NOW-Fonds zur EG-weiten Förderung von internationalen Frauentreffen.

Noch mehr Kooperation entstand in Form einer europaweiten Zusammenarbeit zum Austausch arbeitsloser Jugendlicher zwischen verschiedenen Mitgliedsländern, die Wandmalerei in allerlei europaischen Städten zur Ausbildung als Fassadenmaler*In erlernen (»Die Farben Europas«). Das Projekt soll als supranationales Konsortium aus Mitteln des Ausbildungsfonds für Jugendliche (HORIZON) finanziert werden.

Partnerschaften und Pannen

Andere internationale Kooperationen mit ähnlichen Ansätzen bemühen sich, organisiert in einer AG des Euro-Netzes, ebenfalls um HORIZON oder die ähnlich gelagerten EUROFORM-Mittel. Dennoch: eins ist sicher gemeinsames Kennzeichen aller beginnenden, aber auch funktionierenden Partnerschaften, die mithilfe des Euro-Netzes gebildet wurden und werden. Im Vordergrund steht ein pragmatischer, auf konkrete Projektziele gerichteter Zweck, sei es bei Bildung des gemeinsamen Finanzarms EURALTER oder bei den diversen Konsortien.

Ganz anders verhält es sich mit den eigentlichen Gründungsprozessen, den nach innen und außen notwendigen politischen Vorbereitungen zur Durchführung des dritten internationalen Treffens, des geplanten Gründungskongresses in Lissabon. Dieser Entwicklungsstrang verlief unbefriedigend. Trotz aufwendiger, großteils aus Privatkohle finanzierter Reisetätigkeit der Vorbereitungscrew zwischen Lissabon, Nürnberg, Paris, Brüssel und Straßburg hat es keinen kontinuierlichen Kommunikationsfluß gegeben.

Besonders deutlich wird dies durch zwei große Pannen:

- ein im Sommer von deutscher Seite entwickelter Vorschlag für gemeinsame Haushaltsplanungen und Budgetabsprachen ging bislang im alternativen Beziehungsgeströpp verloren (die belgischen FreundInnen wollten ihn auf französisch übersetzen, damit er eingereicht werden kann) und ist derweilen sowieso schon längst von der Zeit überholt. Die Finanzen bleiben daher einstweilen in Paris und damit aus unserer Sicht wenig transparent.
- eine gemeinsame und mehrsprachige Veröffentlichung der Ergebnisse der Brüsseler Tagung, die zum Beschluß, das Euro-Netz anzukurbeln, führte, fehlt bislang. Wortprotokolle der Beiträge lassen sich nur auf Selbstkostenbasis und lediglich auf französisch (bei ALDEA, Paris-Pantin) und deutsch (bei CONTRASTE, Heidelberg) bestellen. Eine wirkliche internationale Veröffentlichung der Euro-Netz-Diskussion ist somit aber nicht erfolgt.

Internationale Kommunikation auf gleichberechtigter Basis – horizontale Vernetzung – das, was unsere Vorstellung des geplanten Euro-Netzes ausmacht, findet somit schlechte Voraussetzungen und befindet sich in einem eher anarchischen und fragmentarischen Zustand. Sie entwickeln sich ganz einfach dort, wo Leute sich wirklich finden.

So fand bereits Juni '92 in Warschau eine Gründung des polnischen und Dezember '92 die Gründung eines französischen Euro-Netzes statt – jeweils unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Brüsseler Diskussion und breiter Beteiligung. Aus deutscher Sicht war jedoch eine verbindliche Kommunikation mit Moskau einfacher als mit Brüssel oder Paris, nicht etwa wegen intensiverer Alternativ-Touristischer-Aktivität, sondern allein wegen einer seit September bestehenden Online Verbindung mit russischen PartnerInnen über Computer.

Das Euro-Netz wird diese Kommunikationspannen und Kinderkrankheiten bald ablegen müssen. Gemeinsame Entscheidungen stehen zur Gründung an. Wie soll es heißen und welche Charta wird es verabschieden?

Wünsche an ein Anderes Europa

Es gelingt nicht, nach den Sternen Europas zu greifen, ohne einen Weg zu bestimmen und Ziele zu verfolgen. Die Vorstellungen müssen auf den Tisch, international diskutiert und beschlossen werden.

Auch CONTRASTE steht am Anfang, seinen LeserInnen oder gar DiskussionspartnerInnen im Ausland konkrete Wünsche an ein Anderes Europa zu übermitteln. Unser Beitrag orientiert sich an deutsch-spezifischen Kommunikationswegen in den Osten.

Dieser Schwerpunkt auf den Seiten 6 bis 9 versucht, sich Europa vom Osten zu nähern. Die Beiträge von Birgit Cramon-Daiber (MdEP, Grüne, Berlin), Bruno Drewsky (Paris/Warschau) und Grigory Pelman (Moskau) sind von der Brüsseler Diskussion vor einem Jahr. Das Interview aus Dresden wurde Dezember '92 gehalten und bezieht sich auf den (ebenfalls in Brüssel geäußerten) Vorschlag, eine Europäische Projektemesse vorzubereiten. ●

P 8008 E

00.2621 001 7
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

HEILSLEHREN UND GEMEINSCHAFTSPROJEKTE

New Age-Irrungen im ZEGG

Die atomisierende Massengesellschaft hat den Menschen vereinsamt und seiner natürlichen Wurzeln beraubt. Gegen diese Entfremdungsprozesse im real existierenden Kapitalismus, die auch im kommunistischen Ex-Imperium nachweisbar waren, hat sich in der Geschichte immer wieder Unmut erhoben, der nunmehr seit den späten sechziger Jahren nicht mehr enden will. Die Sehnsucht nach Spiritualität, nach Gemeinschaft und Natur(verbundenheit) prägt viele unserer ZeitgenossInnen. Sie suchen nach diesen Erfahrungen, die legitime Grundbedürfnisse des Menschen sind.

Roman Schweidlenka, Red. Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften ● Doch der moderne homo industrialis ist über nichts so manipuliert wie über die oben angeführten Bedürfnisse. Spiritualität kann auch zu autoritärem Sektentum führen, Gemeinschaft zu neuen Formen der Hierarchie und Herrschaft und der Ruf nach Mutter Erde erhält manchmal Antwort aus dem »Blut- und Boden«-Lager.

Mein Credo: Wer Teil der neuen sozialen und/oder spirituellen Bewegung ist – und dazu gehört ohne Zweifel auch die Kommunen- und Ökodorfszene – sollte über mögliche Mißbräuche, Irrungen und Wirrungen ebensogut Bescheid wissen wie über ein Leben in Harmonie mit der Mitwelt. Immer wieder, seit 1971, sehe ich, wie sich viele von uns gegen das »Dunkle«, »Negative«, gegen Kritik mehr oder weniger abschließen. Oft ist es Angst, die neue (seelische) Heimat bei einer Gruppe oder Heilslehre wieder zu verlieren; oft wird Konformität, »positives Denken«, Ja-Sagerei subtil gefördert – und das mit gutem Recht: Denn manchmal sind die Schatten von Projekten und Gemeinschaften bedrohlich.

Wenn wir nicht sehen wollen, nicht konstruktiv-kritisch unseren Finger auf inhaltliche Wunden legen, dann besteht die Gefahr, daß uns unsere Sehnsüchte in Gefilde treiben, die wir eigentlich am Beginn unserer Reise gar nicht wollten; daß unsere Utopien – »Visionen« heißt das heute modernisiert – ganz allmählich, ganz unmerklich »ihre« Utopien werden – und wir merken gar nicht, wer »sie« sind.

Natürlich wollen wir leben, lieben, lachen, lustig sein. Gut so. Keep on trukking! Aber so »nebenbei« ist es ratsam – meine ich –, auch ein Adlerauge auf inhaltliche Aussagen in unseren Bewegungen und Projekten zu werfen. Auch in der Gemeinschafts- und Kommunebewegung heulen ein paar Alarmsirenen auf, wenn sich das im Grunde entpolitisierende New Age mit seinen Inhalten und esoterischen Hierarchiemodellen auf kollektive Lebensformen stülpt; womit keine generelle Ablehnung von Spiritualität in der Alternativbewegung gemeint ist. Gerade eine spirituelle Grundlage kann zum zündenden, mitreißenden Funken werden; aber Spiritualität ist nicht gleich Spiritualität, Gandhi ist nicht gleich Madame Blavatsky und der Unterschied zwischen autoritärer und humanitärer Religiosität (Erich Fromm) ist heute für uns bedeutsamer denn je.

In Berlin lebt eine Gemeinschaft, die in letzter Zeit die ganze Szene intensiv publizistisch beackert und in vieler Munde ist und zugleich mit dem nicht konkret artikulierten, aber subtil vermittelten Anspruch einer neuen Heilslehre an die Öffentlichkeit tritt: ZEGG heißt das Zauberwort und der Ort, an dem die KreuzritterInnen der freien Liebe wohnen. Mich interessiert nicht, ob ZEGG, wie es öfters geraunt wird, nicht doch ein esoterisches Edel-Puff ist, auch nicht, wie ich es nun schon öfters vernahm, ob die ZEGGies nicht von Geheimdiensten und anderen dunklen Mächten dirigiert werden.

Mir geht es um ausgewählte Aspekte einer inhaltlichen Kritik. Diese Kritik mag wiederum kritisiert werden, aber sie ist berechtigt, da ZEGG mit dem Anspruch auftritt, uns zu zeigen, wo es lang geht. Wer solch globale Ansprüche auf seine Fahnen geheftet hat, soll näher unter die Lupe genommen werden. Eines will ich unmißverständlich klarstellen: Ich will die Menschen, die dort leben, arbeiten, hoffen und für sich eine bessere Welt engagieren nicht verletzen, nicht angreifen, nicht zuletzt deshalb, da ich doch zwei freundliche ZEGG-Ritterinnen beim World Uranium Hearing in Salzburg treffen konnte. Die mir eigene, manchmal ätzende Ironie ist als Kritik an Inhalten, nicht an Personen gedacht!

Fortsetzung auf Seite 3

BRANDENBURG: ÖKOSTADT IN VORBEREITUNG

»Lebendige Stadt und keine Feierabendsiedlung«

Eine Öko-Stadt in der Mark Brandenburg soll entstehen. Über Vorstellungen und Möglichkeiten der Realisierung sprachen wir mit Hannes Linck (38), einem der beiden Geschäftsführer der ÖKOSTADT GmbH.

CONTRASTE: Wie soll die Ökostadt aussehen, die Ihr Euch vorstellt ?
Linck: Die Stadt soll nicht größer sein als 30.000 EinwohnerInnen. In ihr sollen alle bisherigen Forschungsprojekte, alle bisherigen Ideen, die es im ökologischen Bereich gibt, zusammengeführt werden. Die Ökostadt soll aber nicht nur eine reine Wohnsiedlung sein, sondern beinhaltet die gesamte Infrastruktur einer Stadt, wie z.B. Wirtschaft und Verkehr. Daneben haben wir aber auch den Anspruch eines besseren Zusammenlebens, mit mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die BewohnerInnen. Für die Ansiedlung von Wohnungsbau und Wirtschaft wollen wir, soweit es möglich ist, genossenschaftliche Strukturen nutzen.

Zur Verwirklichung dieser Ziele habt Ihr eine GmbH sowie einen Förderverein gegründet. Kannst Du bitte diese beiden Einrichtungen vorstellen.

Bevor ich zur GmbH komme, ist es wichtig, die Vorgeschichte zu kennen. Im Sommer letzten Jahres tauchte die Idee einer Ökostadt auf, im Herbst hat sie sich vor allem in Westberlin und teilweise auch in Westdeutschland verbreitet. Anlaß war ein Aufruf des Architektur- und Stadtplaners Prof. Jörn Behnsen aus Oldenburg. Im Herbst gab es dann auch ein erstes Treffen von 300 bis 400 Leuten. Als handlungs- und rechtsfähiger Körper, der Land für die Ökostadt erwirbt, wurde im Januar diesen Jahres die GmbH gegründet. Natürlich war immer auch ein Liebäugeln mit einer Genossenschaft vorhanden. Aber Genossenschaften sind nun mal viel schwieriger in Gang zu setzen. Unser Kompromiß ist der, daß wir sagen, wir haben zwar eine GmbH, aber die hat eine genossenschaftliche Struktur.

Welche Vorstellungen gibt es nun heute, und wie weit seid Ihr mit dem Landkauf?

Nach zahlreichen Gesprächen mit Ministerien in Potsdam und auch vor Ort in Gemeinden ist klar geworden, daß unsere bisherigen Vorstellungen so nicht praktizierbar sind. Statt eine ganz neue Stadt aufzubauen, wollen wir schon bestehende, zu verbessernde Strukturen nutzen. Also wollen wir beides machen: Etwas Neues aufbauen – hierbei ist.es ja auch viel einfacher, ökologische Kriterien umzusetzen – und gleichzeitig aber auch eine Kleinstadt suchen mit einigen tausend EinwohnerInnen, die unseren Ideen gegenüber aufgeschlossen sind. Wir wollen also Neubau und Umgestaltung.

Nun kann man aber keine Gemeinde kaufen.

Nein, wir würden in einer Gemeinde einzelne Grundstücke erwerben. Da gerade unser Projekt für ein Aufleben der Stadt sorgen wird, die Gemeinde also an einer Ansiedlung interessiert ist, gibt es sicherlich unkomplizierte Verhandlungsmöglichkeiten. Das Land, das wir erwerben, darf dann nicht mehr weiter verkauft werden, sondern wird nur noch in Erbpacht weitergegeben, um einer Spekulation entgegenzuwirken.

Gibt es bereits Städte in Brandenburg, die an dem Projekt interessiert sind?

Wir haben ein unterschiedliches Echo erhalten. Neben einem klaren Nein haben wir von zwei kleinen Städten ein Ja bekommen. Sobald die Verhandlungen handfester sind, werden wir auch die Namen der Städte veröffentlichen. Eine Vorentscheidung wird es hoffentlich bald geben.

Natürlich sind die Städte, die außerhalb des Speckgürtels von Berlin liegen, über jede Möglichkeit einer positiven Entwicklung froh. Sie wollen nun nicht unbedingt unsere Sache, aber allein die Schaffung von Arbeitsplätzen ist interessant für sie. Mit fliegenden Fahnen werden wir sicherlich nicht empfangen und die Leute sagen auch nicht: »Öko, das wollen wir jetzt.« Aber ich denke, die Praxis wird überzeugen.

Ökologisch leben heißt doch eigentlich, ganz bewußt bestimmte Bedürfnisse zurückzustellen. So einen Wertewandel haben Ökoengagierte für sich wohl bereits begonnen, dem/der durchschnittlichen Brandenburgerln – und solche wohnen ja dann auch in der Ökostadt – würde ich das nicht so ohne weiteres zugestehen. Sind da nicht Konflikte vorprogrammiert?

Ich sehe das Problem nicht so. Zwar reden die Leute im Westen mehr von Ökologie, aber selbst praktisch handeln tun nur wenige. Für die Menschen im Osten gibt es jetzt eine Umbruchsituation, ein neuer Anfang muß gefunden werden. Das sind doch eigentlich gute Voraussetzungen. Ich denke, die Menschen im Osten sind weder besser noch schlechter. Für unser Modell ist eine gute Mischung wichtig. Die Ökostadt soll keine paradiesische Insel für ÖkospinnerInnen werden. Unsere Erfahrungen mit Leuten vor Ort geben uns da Zuversicht.

Kann man die Ökostadt als großes AussteigerInnenprojekt bezeichnen?

Nein, es soll kein Aussteigen, sondern ein Einsteigen in ein besseres Leben sein.

Gut, das sagen alle AussteigerInnen-Projekte.

Es soll kein Rückzug aus der Gesellschaft sein. Wir wollen die Chance nutzen, eine positive Veränderung zu bewirken. Die Ökostadt soll ein Modell sein. Das heißt, es soll nach außen strahlen.

Selbst bei kleinen Modellen, mit 20 bis 30 Leuten, zeigt sich, wie schwierig das Miteinander zu gestalten ist. Ist es nicht so, daß je höher die Zahl der beteiligten Leute ist, auch die demokratische Mitgestaltung problematischer wird?

Wir wollen keine Kommune, sondern eine ganz normale Stadt mit allen vorgegebenen Strukturen wie z.B. Bürgermeister usw.. Auch unsere GmbH soll da nicht alle bestimmenden Funktionen haben, sondern eher Kristallisationspunkt sein, der Projekte und Menschen anzieht, die dann wiederum im Rahmen der Ökostadt dort ihr Leben gestalten, wie sie wollen. Wir wollen auch keine Basisdemokratie haben, ich denke, das hat sich – siehe z.B. bei den GRÜNEN – leider nicht bewährt. Es braucht eine gesunde Mischung und Vielfalt, die im Prozeß sich entwickeln muß.

Bei bestehenden Modellprojekten zeigt sich, daß wenn es für die Beteiligten eine übergeordnete Idee gibt, z.B. eine religiöse Idee, auftretende Krisen bzw. Konfliktsituationen viel besser bearbeitet und überwunden werden können. Gibt es so eine religiöse Idee?

Nein. Natürlich haben einige Gesellschaftsmitglieder einen spirituellen Hintergrund. Aber das ist keine Sekte oder so etwas. Diese Leute möchten natürlich ihre Ideen in die Ökostadt einbringen, letztendlich ist aber auch das nur ein Teil des Ganzen.

Konflikte wird es in der Ökostadt sicher geben, Kriminalität, Gebrauch von harten Drogen usw. werden um das Projekt keinen Bogen machen. Wir wird bzw. soll damit umgegangen werden?

Die Ökostadt wird natürlich auch diese Probleme haben und natürlich wird es auch eine ganz normale Polizei geben.

Mit Waffen?

Polizei ist Polizei. Aber ob sie nun Waffen hat oder nicht, kann ich jetzt auch gar nicht sagen. Ich denke, daß durch die Idee Ökostadt viele Leute angezogen werden, die einfach anderes Bewußtsein haben und auch eine höhere Bereitschaft haben, sich zu engagieren. Diese Menschen können eine andere Atmosphäre in so einer Stadt schaffen. Es bleibt aber immer eine Sache der kleinen Schritte.

Welche Fragen sollen die Leute für sich geklärt haben, wenn sie in das Projekt Ökostadt einsteigen wollen?

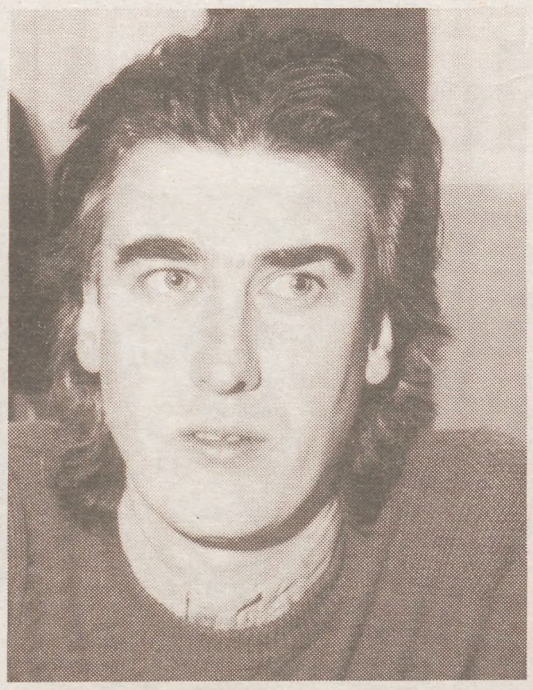
Wir haben keine Kriterien, nach denen wir entscheiden, den nehmen wir und den nehmen wir nicht. Eine Voraussetzung ist sicherlich, daß man sich engagieren will. Aber es gibt nicht den Ökostädter. Natürlich geht es nicht nur Forderungen und Erwartungen an die Ökostadt-Gesellschaft zu stellen und selbst die Hände in den Schoß zu legen. Wenn Leute sich dafür interessieren, dann sollen sie sich melden.

Wie reagieren die Potsdamer Ministerien auf die Idee der Ökostadt. Kommt von dort Unterstützung?

Die Reaktion ist ganz unterschiedlich. Ernst genommen aber werden wir von allen Seiten. Wir haben Gespräche in der Staatskanzlei geführt, dort hieß es eigentlich nur: Was kostet das Land? Rechnen Sie es uns aus und kommen Sie dann wieder. Beim obersten Landesplaner haben wir ebenfalls vorgesprochen. Der hat ja das Modell der dezentralen Konzentration von acht Siedlungszentren im Land Brandenburg entwikkelt. Er meinte: Toll, macht doch einen neuen Stadtteil zu Cottbus. Und wenn das dann noch so ein bißchen Öko ist, ist es erst recht gut. Aber wir wollen kein grünes Feigenblatt, kein grüner Vorort sein. Die wichtige Frage, die er uns aber gestellt hat, war die, was unser Projekt Brandenburg bringe. Ich denke, wir können inzwischen auch belegen, daß es Brandenburg etwas bringt. Auch beim Wohnungsbauministerium haben wir mit dem Staatssekretär gesprochen, in ihm haben wir sicherlich eine Hilfe. ●

Vielen Dank für das Gespräch

Das Interview führte Axel Rudolph,Potsdam



Hannes Linck

ZUR PERSON

Hannes Linck

ist seit der Gründungsversammlung der ÖKO-STADT-GmbH im Januar 1992 einer der Geschäftsführer. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Finanzen und Öffentlichkeitsarbeit.

Geboren 1954 in München, kam er für sein Studium der Sozialarbeit und Sozialpädagogik 1978 nach Berlin. Den beruflichen Schwerpunkt setzte er in der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Bis Ende 1989 leitete er sechs Jahre lang einen Abenteuerspielplatz. Bis 1992 arbeitete er dann beim Verkehrsclub Deutschland (VCD).

Hannes Link ist verheiratet und Vater einer Tochter.

KOMMENTAR

Tätliche Vielfalt

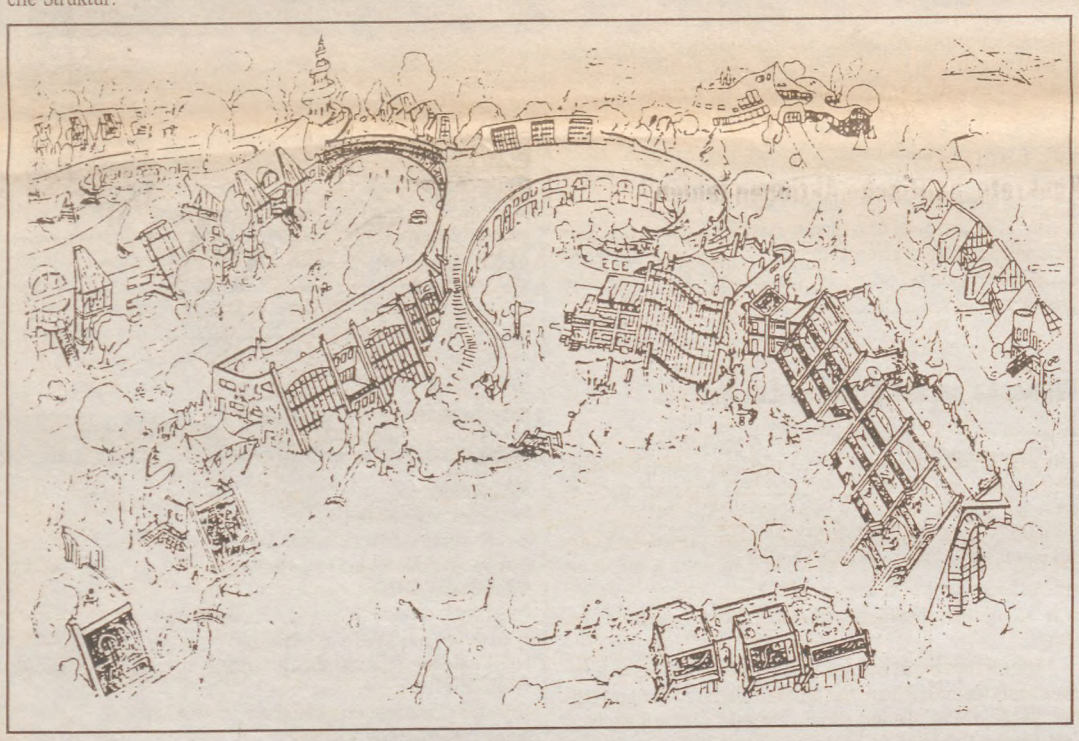
Alternativprojekte, in denen – im Gegensatz zu überdimensionalen Städten und öden Gemeinden, die Wünsche nach selbstbestimmten, ökologischen und menschlichen Dasein gelebt werden können, sind keine verspponnenen Wunschträume mehr. Immer öfter ist von Ökodörfern in Deutschland zu hören, die geplant, in Vorbereitung oder sogar im Entstehen sind.

Die Suche nach dem anderen Leben bekommt immer mehr praktische Lösungsvarianten. Denn keineswegs ist Ökostadt gleich ÖKOSTADT und Ökodorf gleich Ökokommune. Auch wenn sich aus der Entfernung der Aufbau der Projekte gleicht (gemeinnütziger Verein, GmbH-Gründung, fester SiedlerInnen- und UnterstützerInnenkreis) gibt es einige Unterschiede. Während die einen die Nähe zur Großstadt nicht vermissen wollen und mit dem Autopool-Prinzip für ihre Mobilität sorgen wollen, fordern andere Projekte eine stärkere Abgeschiedenheit und Autarkie. Was für die einen als notwendiger Kompromiß gilt, lehnen die anderen aus Konsequenz ab.

Für die ÖKOSTADT GmbH (siehe nebenstehendes Interview) scheint es den Konflikt zwischen Kompromiß und Konsequenz bisher nicht unbedingt zu geben.

»Wir haben keine Kriterien, nach denen wir entscheiden, den nehmen wir und den nehmen wir nicht«. Das klingt zwar sympathisch und unkompliziert, hinterließ aber bei mir die Frage, ob eine doch recht unterschiedlich motivierte Gruppe von Leuten ein gemeinschaftliches Projekt auch in Krisenzeiten über Wasser halten kann. Aber »es soll eine Stadt wie jede andere auch sein« inklusive Bürgermeister und Polizei. Anfänglich hat mich dieses Modell irgendwie enttäuscht (zumindest entspricht es nicht meiner Vorstellung vom »anderen Leben«). Aber vielleicht verdeutlicht gerade die ÖKOSTADT die Vielfalt alternativer Modelle. Und Vielfalt kann ja wohl kaum schaden, hält sie doch für ein breiteres Spektrum die Möglichkeit bereit, vom Reden und Bedauern ins praktische Probieren, eben in die Tat zu kommen. ●

Axel Rudolph



Visionen als geistige Nahrung. So könnte die Öko-Stadt vielleicht mal aussehen.

Die ÖKOSTADT – Gesellschaft für ökologische Stadtentwicklung mbH sowie der Förderverein Ökostadt e.V. sind über das ÖKOSTADT-Büro Berlin in der Dimitroffstraße 219, O-1055 Berlin zu erreichen. Die Telefonnummer ist (0 30) 42 28 11 48.

Die Öffnungszeiten des Büros sind Montag und Dienstag von 10 bis 13 Uhr sowie Donnerstag von 16.30 bis 19 Uhr.

Jeden 3. Mittwoch im Monat findet im ÖKOSTADT-Büro ein Abend statt für diejenigen, die sich erst einmal genauer informieren wollen, bevor sie einsteigen und mitarbeiten.

Das Logo für die Ökostadt soll das Anliegen des Projektes, Natur, Mensch und Technik wieder ins Gleichgewicht zu bringen, symbolisieren.

SELBSTDARSTELLUNG

Biologisches Saatgut

Dreschflegel – ein altes Hilfsmittel zum Ausdreschen von Samen – ist der neue Name der Arbeitsgruppe für biologisches Saatgut. Wir sind eine Gruppe von GärtnerInnen, die in ihren Betrieben Erfahrungen im biologisch-dynamischen bzw. biologisch organischen Anbau von Gemüsesaatgut gesammelt haben.

Die sehr unterschiedlichen Standorte unserer Betriebe ermöglichen den KäuferInnen Sorten & Saaten zu erhalten, die der klimatischen Lage und den Böden ihrer Gärten am meisten entsprechen. Wir bieten nur freiabblühende Sorten an, betreiben also keine Hybridzucht, und bemühen uns, auf ältere, bewährte Sorten zurückzugreifen, die noch ein breites genetisches Spektrum haben. Weitere Zuchtziele sind u.a. auch hohe Krankheits-, Schädlings- und Beikrauttoleranz, guter Geschmack, gute Erschließung organischer Dünger und weitere für den biologischen Anbau wichtige Eigenschaften. In unser Angebot nehmen wir auch unbekanntere Kulturpflanzen auf, wie z.B. Gartenmelde und Spargelerbse. Die Anmeldung der Gemüsesaatgutproduktion ist im letzten Jahr bei den zuständigen Behörden erfolgt.

Dreschflegel Saatgut kann bereits in diesem Jahr eine breite Palette von Arten & Sorten anbieten; Bestellisten sind zu erhalten bei: Dreschflegel Saatgut, c/o Reinhard Schuba, Mentingsbank 35, W-4300 Essen 14, Tel. (02 01) 58 17 81 (Bitte 2 DM in Briefmarken als Kostenersatz beilegen).

FORTSETZUNG VON SEITE 1

New Age-Irrungen im ZEGG

Überhebliche, selbstgefällige Haltung

Peter Caddy, Finhorn-Gründer
Referent der ZEGG-Universität

Gehen wir gleich mitten hinein in die heile Welt des New Age. Peter Caddy, der seinerzeit laut offizieller Literatur die bekannte Findhornkommune »mit eiserner Hand regierte« und sich dort als strammer Major der Luftwaffe, der er im Krieg ja war, mit aurotitären »Ehren« belud, taucht als Vertrauter der Eros-KreuzritterInnen im ZEGG wieder auf. Was lehrt er uns armen Seelen? U.a. wettert er gegen »Wildwuchs« und appelliert, immer ordentlich die Wiese zu mähen. (Kein Scherz: San Diego Magazin 10/91, S. 20) Nun: Das gleiche erzählt mir auch manchmal mein Schwiegervater. Aber der leitet keine Eso-Seminare und will der Welt keinen neuen Glauben schenken.

Problematischer als die Wildwuchs-Probleme des altgedienten New Age-Majors ist seine Interpretation der ökologischen und gesellschaftlichen Krisensituation des ausgehenden 20. Jahrhunderts. Gemeinsam mit Dawkins lehrt er: »Es ist nur (sic! Anm.) der Tod des Alten in der Vorbereitung für die Geburt von etwas Neuem. ... Und wir bauen das Neue, während die Apokalypse weitergeht.« (ZEGG-Magazin 2/92, S. 22) Unverletzlich, in Sicherheit, sind die ZEGGies? Was sollen »Katastrophen, all die Gefolterten, Ermordeten«. Caddy und die RitterInnen des Eros-Centers bauen das Neue! Allerdings ist diese überhebliche, selbstgefällige, in letzter Konsequenz lebensverachtende Haltung alt. Sie ist Teil des Seelenpanzers der Herrschenden und der ideologisch unter ihrem Einfluß Stehenden. Leider.

Die Pioniere der neuen Welt sehen zu, wie bei Katastrophen »nur« das Alte ordnungsgemäß hinweggeräumt wird – so lehren es Caddy und er mit ihm einst in Findhorn als Guru amtierende David Spangler in ihren Büchern. Wie passen da die UreinwohnerInnen in dieses Konzept? Wieso räumt man ihnen im ZEGG einen relativ breiten Platz ein? Und: Ist dieser Platz nicht nur inhaltliche und magische Übernahme naturvölkischer Weltbilder ohne konkretes Engagement für diese bedrohten Völker?

Nach 500 Jahren Völkermord doziert wieder mal ein Weißer, was UreinwohnerInnen zu tun haben, u.a. wird ein Ende der »Anklagen« (die aber die legitime Basis für den politischen Kampf sind) gefordert. Diese Bevormundung der Naturvölker ist nicht neu, auch dann nicht, wenn sie von ZEGG praktiziert wird.

Herrenmenschen einer selbsternannten Elite?

Die UreinwohnerInnen haben von ZEGG außer ideologischer Ausbeutung wenig zu erwarten. Zumindest konnte ich keine Form KONKRETER Unterstützung dieser Völker, die nicht von egozentrischen ZEGG-Interessen (ZEGGEgozentrismus) bestimmt sind, entdecken. Dies ist umso verwunderlicher, da ZEGGies immer wieder auf Konferenzen, bei denen auch politisch aktive UreinwohnerInnen auftreten, dabei sind.

Ich weiß nicht, inwieweit den ZEGGies diese Prozesse bewußt sind. Sicherlich ist es nicht so gemeint, daß ZEGG für »Zentrum Europäischer Größenwahn-Gesinnung« steht. Aber diesen ZEGGEgozentrismus trifft der kritische Beobachter immer wieder; auch bei Duhm, der im ZEGG-Grundlagentext »Politische Theorie für eine gewaltfreie Erde« (ZEGG-Mag. 3/92) die Karten offen auf den Tisch legt: Etwas vereinfacht dargestellt, sieht das so aus: Der Mensch als Krone der Schöpfung und zugleich als Schöpfer selbst, gibt einer geistigen Dimension, der Noosphäre, die »natürlich« hierarchisch gegliedert ist, Informationen ein, die dann allmählich unser aller zukünftiges Leben gestalten werden. Dabei spielt die im New Age so beliebte Theorie der Morphogenetischen Felder von Sheldrake eine große Rolle. Wer gibt nun die Informationen ein, wer bestimmt ihre Inhalte? ZEGG! Und Duhm! Spielt dieser nicht ein wenig den lieben Gott?? Ist hier nicht subtil die Gefahr gegeben, daß wieder einmal Übermenschen, Herrenmenschen als selbsternannte Elite entwickelt werden? Ist dies die »konkrete Theorie der Schöpfung«, die Duhm, u.a. Steiner folgend, entwickeln will?

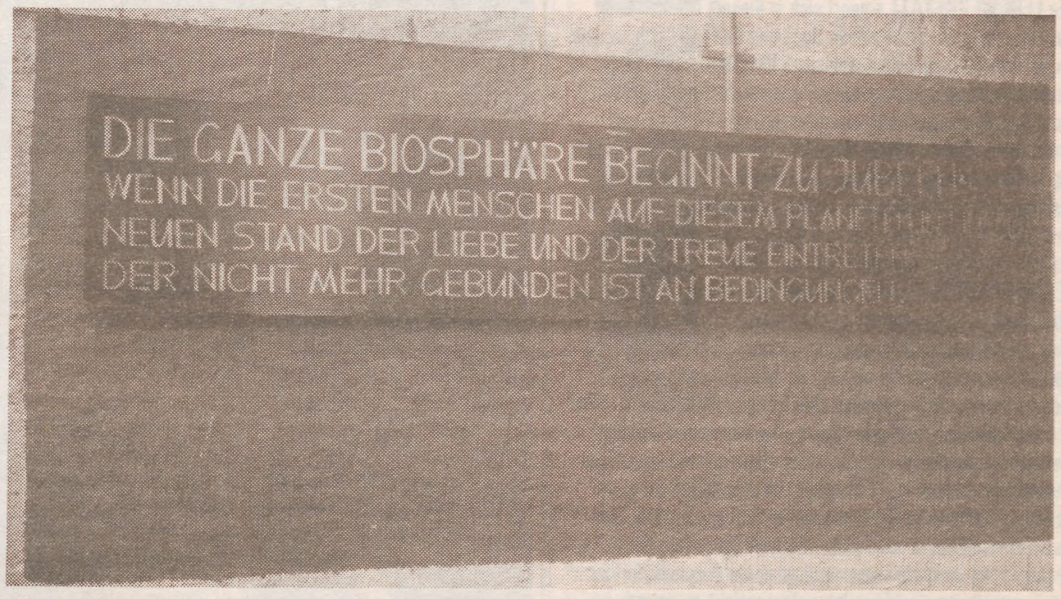
Ist der Glaube, HerrIn der zukünftigen Entwicklung zu sein, wirklich die Spiritualität, von der ZEGG so viel redet? Kann diese Haltung nicht bereits als prä-faschistoid bezeichnet werden, auch wenn das Ziel dieser elitären Zwangsbeglükkung eine gewaltfreie Erde ist? Sind wir nicht vielmehr ein kleiner Teil im unendlich großen Gefüge der Schöpfung, der besser seine begrenzte Position im ökologischen Wunderwerk akzeptieren sollte, bevor er durch seine Überheblichkeit noch mehr Land und Leben vernichtet? Auch wenn Engagement unverzichtbar ist – es sollte vielleicht doch mit einer aufrechten Demut praktiziert werden.

Sabine Lichtenfels und Dieter Duhm (ZEGG-Magazin 6/93). Photo: Markus Bender

Dieter Duhm, neben Sabine Lichtenfels herausragender Ideologe des ZEGG: »Das Wissen alter Kulturen und Traditionen muß an einem Ort versammelt werden.« Und welcher Ort ist damit gemeint? Natürlich: ZEGG! Bedenklich sind auch einige »indianische« Verbündete des ZEGG wie z.B. Harley Reagan Swift Deer, der im indianischen Amerika als Prototyp eines Plastikmedizinmannes gilt und gegen den Lakota und Cherokee Sturm laufen. Während inidianische Nationen durch den Uranabbau radioaktiv verseucht werden, fordert Swift Deer seine SchülerInnen auf, sich nicht gegen den Uranabbau zu engagieren, da das negative Schwingungen freisetze. Bedauerlich, daß im Zegg-Magazin dieser Herr als authentischer Indianervertreter hochgejubelt wird.

Doch Duhm stellt klar, daß derartige Proteste unwichtig sind und wir uns nicht mit »Interpretationen« der »einzelnen Kulturvertreter« (ZEGG-Mag. 2/93, S. 15) aufhalten sollen. Wichtig ist, was »wir«, wir Weißen, »brauchen«, wobei Duhm noch davor warnt, »in alte animistische Weltbilder zurückzufallen«. (ZEGG 4/92, S. 9) Ist es nicht seltsam, daß viele weiße Intellektuelle, die sich als EsoterikerInnen oder NeoschamanInnen betätigen, eine regelrechte Aversion gegen den »alten« Animismus, gegen »alte« Stammeskulturen und ihre Ansichten haben? Ist es nicht die ungebrochene Ethnozentrik und der Überlegenheitswahn des Weißen Mannes, der aus dieser Haltung spricht? Wieder ist es der Weiße, der die Zukunft gestaltet. Naturvölker dienen als Ideenlieferanten, deren Spiritualität nach Gutdünken, auch aus dem sozialen Zusammenhang gerissen, »verwertet« werden darf.

Zitat ZEGG-Magazin 3/92 (S. 9): »Die Ureinwohner werden ihren Lebensstil auf ihren Ländern und in ihren Stämmen nicht dauerhaft so erhalten können, wie er in der Vergangenheit gewesen ist. ... Die Zukunft kann nicht in Abgrenzung liegen, in Anklagen und einer Beschwörung der Vergangenheit.«



»Die ganze Biosphäre beginnt zu jubeln, wenn die ersten Menschen auf diesen Planeten in einen neuen Stand der Liebe und Treue eintreten, der nicht mehr gebunden ist ab Bedingungen.« (Losung auf einer Wand auf dem ehemaligen Stasi-Gelände des ZEGG). Foto: CONTRASTE-Archiv

spirituell-politische Veranstaltung, die durch den Fleiß und Schweiß engagierter Menschen zustande kam, kann das Gefallen der ZEGGies nicht finden. Dregger beklagt die »ausgesprochen konventionellen Lösungsansätze« der Veranstaltung, die wohl der wichtigste Motor im Kampf gegen Uranabbau war – und als Folgeorganisation ist. Die von UreinwohnerInnen durchgeführten, die Veranstaltung konstruktiv unterstützenden, einfachen Zeremonien werden auch kritisiert: »Wir brauchen Zeremonien und Gebete nicht nur als kulturelle Beiträge, sondern als weitere Quelle für Lösungen, die im herkömmlichen Denken nicht berücksichtigt werden. So werden Experimente in verschiedenen Teilen der Welt durchgeführt, in denen versucht wird, Radioaktivität durch spirituelle oder technische Methoden umzuwandeln.« Womit die atomare Gefahr, die Verseuchung von Land und Leben durch Radioaktivität ja gebannt ist. Oder, Leila? Was brauchen wir Aktionen gegen Machenschaften der internationalen Atomlobby, wenn Gebete die Verseuchung wegzaubern? Und wie kraftlos waren die Gebete all jener indigenen Völker, die an den Folgen radioaktiver Verseuchung langsam zugrunde gehen? Wie kraftlos sind die Gebete der verseuchten Navajo, Lakota, Western Shoshone, Leila? Wie kraftlos? Und seid Ihr ZEGGies nicht verdammt eingebildet?

Konkrete, politische Aktionen fehlen

Es scheint Methode zu haben: Politische Aktionen engagierter Menschen werden zuerst wohlwollend angesprochen, dann als unvollkommen kritisiert und als »nicht ausreichend« dargestellt und sodann – als Alternative – endet alles mit Hinweisen auf recht verworrene esoterische Praktiken, die die Probleme angeblich endlich lösen. Derartige Fragezeichen entstehen auch beim Haven-Arctica-Projekt des ZEGG, das die Geomantie der Arktis erforschen will, um effektiver politische Aktionen zu deren Schutz durchführen zu können. Allerdings kann der/die aufmerksame LeserIn keine KONKRETEN politischen Aktionen orten, vielmehr geht alle Energie in den esoterischen Forschungsbereich. Manche vermuten hier ein »Gegenprojekt« zu den Greenpeace Antarktis-Aktionen.

So bleiben für mich viele Fragezeichen. Eine Metapolitik, die sich nicht mit KONKRETEN Politaktionen erdet, bleibt spekulative Philosophie. Das gilt auch für das vom ZEGG geförderte »Regenmacherprojekt«, das mittels Schamanen in Dürrezonen Regen herbeizaubern soll. Dieses Projekt wird als »Schwester« des Hungerprojektes vorgestellt. Im ZEGG-Magazin 4/92 (S.30) schwärmt Susanne Oppong: »Das ist etwas ganz anderes als zum Beispiel eine kommunistische Weltrevolution, weil es eine sanfte Weise ist. Beim Hungerprojekt wird niemand angeklagt. Es wird zu niemandem gesagt, du bist schuld, sondern jeder merkt, die Verantwortung liegt bei dem Einzelnen. ... Und das ist eben auch ein Grund, daß ich jetzt im Projekt Meiga einen Platz finde, denn der reale Hunger in den Trikont-Ländern wird nicht beseitigt werden, solange der Hunger nach Liebe in Europa und Amerika nicht gestillt ist. ... Wir müssen auch in der ganzen Ökologiebewegung aufhören, moralisch den Zeigefinger zu erheben, sondern gucken, was Menschen eigentlich wollen statt blindem Konsum.«

Wer es nicht weiß: Das Hungerprojekt trägt seinen ZEGG-Heiligenschein zu Unrecht. Zu seinen Vorstandsmitgliedern gehör(t)en neben dem Chef von Scientology Werner Erhard der zur Zeit der Marcos-Diktatur amtierende philippinische Landwirtschaftsminister Arturo Tanco und Roy Prostermann, ein in Vietnam und El Salvador eingesetzter CIA-Agent, der auch gegen die Sozialistische Internationale eingesetzt wurde.

In den USA und in engagierten europäischen Kreisen gab es einen großen Skandal, als die Journalistin Suzan Gordon diese Hungerprojekt-Hintergründe aufdeckte, das KONKRETE Aktionen zur Beseitigung des Hungers auf die esoterische, »geistige« Ebene ablenkte. Bei derartigen Projekten entfällt dann auch die konkrete Namensnennung jener, die maßgeblich in Machtpositionen für Mißstände verantwortlich sind. Das ist die konkrete Politik der Herrschenden. Soll diese von den neuen sozialen und spirituellen Bewegungen durch den Sprung in suspekte, nebulöse Projekte unterstützt werden? Quo vadis, ZEGG?

Adlerauge! Wohin bewegen sich unsere Gemeinschaften, Projekte, Freundeskreise? ZEGG - ist das nicht ein Zentrum, das alles in sich aufsaugen will, das nach einer Führungsposition in der Alternativ- und Gemeinschaftsprojektebewegung strebt? Ich habe den Eindruck, daß der ZEGGEgozentrismus, der vieles aufgreift, damit es letztendlich dem eigenen Ruhm dient, nicht zu den positivsten Erscheinungen des 20. Jahrhunderts zählt. ZEGG – wird das nicht eine neue Sekte?

Aber vielleicht liege ich nur in den letzten Zuckungen des »Alten«, ätze noch ein wenig vor mich hin, bis auch mich der Quantensprung des ZEGG-Bewußtseins ereilt. Wie meint doch Duhm bezüglich des ZEGG-Experiments: »Es gibt dann gar keine Diskussion darüber, ob es einer tut oder noch nicht tut. Wer es noch nicht tut, der tut es dann halt ein bißchen später. (ZEGG-Mag. 5/92, S. 19) Geht es nach dem Willen der Eros-KreuzritterInnen, dann führt kein Weg an ZEGG vorbei... ●

ZEGG-Werbung für »Caso Las Piteras«, der Anfang November '92 eröffneten Erotischen Akademie auf Lanzarote, einem neuen Projekt im Netzwerk »Meiga«. (aus ZEGG-Magazin, 6/93)

REZENSION

Gesellschaftliche Veränderung. Von oben – von unten

Seit ihrer Jugend ist die Autorin, eine bekennende linke Sozialwissenschaftlerin, politisch aktiv. Sie arbeitete als Sozialarbeiterin in Wien und leitete ein Arbeitslosenprojekt für Jugendliche. Seit etwa 1987 bereitet(e) ihr, wie so vielen engagierten politischen ZeitgenossInnen, eine Bewegung großes Kopfzerbrechen, die sich inzwischen in unserer Gesellschaft etabliert hat: New Age. Maria Wölflingseder nahm den zermürbenden Kampf mit dem esoterischen Egokult auf und erregte als kritische Publizistin zu dieser Thematik in Österreich einiges Aufsehen. Mit ihrem Buch legt sie nun ein fundiertes, sorgfältig recherchiertes, aus ihrer Dissertation entstandenes (aber nicht in Fremdwörtern sich suhlendes) Werk vor, das das gesellschaftliche Änderungsmodell des etwas aus der Mode gekommenen brasilianischen Pädagogen Paulo Freire dem Wendezeit-Entwurf des (ehemaligen) New-Age-Denkers Fritjof Capra entgegensetzt. Hier Freire und der Sozialismus, dort Capra und ein (weit) nach rechts ausschlagender »spiritueller Idealismus«: Dieses ideologisch interessante Buch ist nicht frei von einer Schwarz-Weiß-Malerei. Es gibt bessere Beispiele für entpolitisierende New-Age-Meister als Capra, dessen kalifornisches Elmwood-Institut neben schöngeistigen ParadigmenexpertInnen immerhin auch amerikanische grüne und emanzipatorische Gruppen und Strömungen zu Diskussionen einlädt. Abgesehen von der wohl etwas zu einseitigen Capra-Perspektive ist dieses Buch für alle von größtem Interesse, die sich konkret für eine soziale Veränderung einsetzen und immer wieder mit passiver esoterischer Besserwisserei in Berührung – und so zu ihrem Frust – kommen. So legt dieses ehrliche, von persönlicher Betroffenheit zeugende Werk den literarischen Finger auf eine der großen politischen Wunden unserer Zeit: Der esoterisch begründeten Weltflucht. Auch wenn man mit der marxistischen »Heimat« der Autorin nicht konform geht, ist dieses Buch (nicht nur für spirituell gewordene Alt-68er) ein informativer Beitrag zur Zeitgeschichte.

Roman Schweidlenka

OFFENER BRIEF AN JUTTA DITFURTH

Vom Neuen Zeitalter zur Braunen Heilslehre?

Die LERNWERKSTATT empört sich in diesem Offenen Brief über das unlängst erschienene Buch von Jutta Ditfurth, in dem ihr der Vorwurf, dem Ökofaschismus Vorschub zu leisten, gemacht wird. Wir können diese Zeilen nicht veröffentlichen, ohne uns an die eigene Nase zu fassen. Das Thema ist zu ernst, um nach dem Motto abgehakt zu werden, daß es unfein ist, Leberwürste zu beleidigen. Seit Monaten kursiert ein bislang nicht veröffentlichter Artikel in Redaktionskreisen, in dem CONTRASTE-Autor Gerhard Kern »Braunzonen im Selbstverwaltungsbereich« (nicht nur in der LERNWERKSTATT) ortet. Es wurde eifrig recherchiert und ein CONTRASTE-Schwerpunkt ist in Mache...
Eine neue Trennschärfe muß her. Es kann nicht angehen, daß Selbstverwaltung als Spielwiese für allerlei sexistisches, biologistisches und mythologisches Zeug gebraucht wird, ohne daß die Nähe von solcherlei Unfug zu gefährlichen braunen Heilslehren überhaupt bemerkt wird. Unbequeme Fragen sind angebracht, meinen wir. Dabei geht es schließlich gar nicht darum, irgendwelche Nazis in unseren Reihen zu orten. Und Vorwürfe sind daher wohl auch eher auf ihren Kern hin zu beantworten, statt als Totschlagargumente disqualifiziert zu werden, wollen wir wirklich begreifen, welche geistigen Wurzeln des zunehmenden Nazi-Terrors letztendlich auch von uns selbst zu überwinden sind.
Trotzdem stellen wir an den Anfang dieser Auseinandersetzung die Stellungnahme der sich schwer beleidigt fühlenden LERNWERKSTATT. Gleichwohl meinen wir: hier geht es weder um die Integrität von LERNWERKSTATT noch von Jutta Ditfurth. Es geht um die Integrität von Alternativen und solchen, die es sein wollen... Die Diskussion hat erst begonnen. Zuschriften sind herzlich willkommen.

OFFENER BRIEF

Liebe Jutta,

neulich geschah etwas sehr seltsames: Ich erstand ein Buch (das allerdings passiert häufiger), welches ein »Plädoyer für eine ökologische linke Opposition« zu sein versprach (das ist in Deutschland leider sehr viel seltener), und beim ersten Überfliegen fand ich mich urplötzlich als Mitglied einer ökofaschistischen Institution wieder. Ich staunte nicht schlecht und nur widerwillig ergab ich mich der Lektüre – schließlich war nun der erste Eindruck der eines saumäßig dahingeschlampten Wustes ohne Recherche; der zweite Eindruck: ein verbissener Rundumschlag ohne Differenzierung, bei dem die eigentlichen Tatsachen der ökologischen Katastrophen vor lauter blindwütiger Beschulderei schon gar nicht mehr zum Zuge kommen. Bild-Zeitung, nicht viel mehr. Und das von Dir?! Na ja, das Buch gipfelt auch schließlich in einem Appell ans Mißtrauen gegen alles, was sich nur für links hält – wer siebt denn eigentlich aus, wer nun wahrhaft links ist? Du allein oder gleich eine neue stasi-analoge Institution?

Daß die Lernwerkstatt solcher Gesinnungskritik nicht standhalten kann, konstatierst Du ohne Ansehen des Objektes – und das, obwohl Du von uns regelmäßig Programme und Rundbriefe erhälst. Du hättest Dich also umfassend über uns informieren können, wenn Du nur gewollt hättest. Stattdessen hast Du ganz gezielt drei Monate unserer Abendveranstaltungen von 1989 herausgepickt (wo bleibt da die sonst in Rezensionen des Buches gerühmte Aktualität des Machwerks?) und hast ansonsten die diffusen Ahnungen der Herren Gugenberger und Schweidlenka übernommen. Immerhin, die waren hier, auch wenn sie die eigentliche kontroverse Diskussion zum Thema »Zwischen Faschismus und Neuer Gesellschaft« (im übrigen, wären Ökofaschisten überhaupt so demokratisch, das zu diskutieren???) vermieden haben: sie verdrückten sich einfach in den Speiseraum. Sie werden ihre eigenen Gründe gehabt haben, der Diskussion auszuweichen – und ob die in einem unmäßigen Hungergefühl zu suchen sind, wagt frau zu bezweifeln.

Doch nun zu Deinem Text. Die Lernwerkstatt ist keineswegs, wie Du so flott behauptest, eine Gründung von Rudolf Bahro, sondern sie stammt aus einer Zeit, da jener noch im Knast weilte. Du hättest in jedem Rundbrief oder Programm nachlesen können, daß die Lernwerkstatt seit 1978 als Verein (gegründet von ehemaligen EntwicklungshelferInnen aus dem grün-alternativen Spektrum) und seit 1983 mit dazugehörigen Bildungshaus besteht. Du hättest dort (und in verschiedensten Pressemedien) ebenfalls nachlesen können, daß die Kommune der Lernwerkstatt gerade nicht die Jüngerschaft irgendeines Menschen ist – ob der nun Bahro, Müller oder Ditfurth hieße –, sondern ein tolerantes und in diesem Sinne multikulturelles Zusammenleben der verschiedensten Ansätze sucht, vom Atheisten bis zum ehemaligen Jesuitenpater, von der Zen-Buddhistin bis zur anarchistischen Feministin. Wir haben da keine Ausgrenzungsmanöver nötig; die finden nur bei Reps und ähnlichen statt, welche nicht einmal als »Fremdbelegung« des Tagungshauses Zutritt haben. Das hättest Du mühelos recherchieren können; ebenfalls, daß Langhans lediglich dreimal als Referent hier war und Buddrus einmal – keiner von beiden ist hier inhaltlich engagiert. Gleiches gilt für Franz Alt, wie übrigens für jeden Referenten und jede Referentin. Allerdings haben wir uns anläßlich der Seminare offenbar intensiver und nuancierter mit den Theorien auseinandergesetzt, als es Dir – dem Buch nach zu urteilen – gelungen ist.

Was Rudolf Bahro angeht, so ist seine inhaltliche Beteiligung lediglich 1/14 (wobei er außerdem noch sehr selten da ist); wir sind hier nämlich 14 sehr eigenständig denkende Erwachsene und nicht 13 Deppen und 1 Guru. Was widerum Rudolfs eigene Gedankengänge betrifft, so wäre mit ihm selbst zu klären, inwiefern Du ihn verstanden oder mißverstanden hast – das ist nicht meine Aufgabe.

Es scheint, als hättest Du schlicht in aller Eile ein Buch zusammengeschustert, um an Geld zu kommen. Und es muß schon eine immense Eile gewesen sein – oder eben denunziatorischer Vorsatz –, wenn Du die Programmseite, die Du wohl gelesen hast, auch nur teilweise wiedergibst. Oder warum hast Du den wahrlich faschismusunverdächtigen Christian Sigrist einfach ausgelassen, der ein uns sehr wichtiges Seminar »Ökonotstand und Demokratie« geleitet hat, in der es völlig im Gegensatz zur von Dir uns pauschal unterstellten Intention – gerade um die Notwendigkeit und die Chancen der Vermeidung einer Ökodiktatur ging? Und zu den psychotherapeutischen, spirituellen und kreativen Workshops, die wir anbieten: Seit 1968 ist eigentlich klar, daß Politik eben nicht bloß in Parteien stattfindet (und dort in welch erbärmlicher Version!), sondern daß auch das scheinbar »nur« Private politisch wirkt. Das ist zwar eine unliebsame Tatsache, wenn mensch zum wievielten Mal – und wider mögliches besseres Wissen – eine Parteigründung versucht und sich nichts anderes einfallen läßt; eine Tatsache bleibt es trotzdem. Die normalerweise als politisch bezeichnete Sphäre vernachlässigen wir in unseren Seminaren keineswegs. Eine besonders delikate Ironie am Rande: Auch Du warst zweimal als Referentin eingeladen nicht einmal eine Absage hast Du für nötig gehalten. Vielleicht war das angebotene Honrorar zu gering? Das wäre kein Wunder, da wir eben nicht in schönster Harmonie mit der Industrie arbeiten oder mit Parteien, die uns finanziell unterstützen, sondern bis auf sporadische Zuschüsse völlig frei.

Es gab und gibt trotzdem eine Vielzahl von Menschen des politischen Lebens, die mit uns zusammengearbeitet haben und bei denen es Dir schwerfallen dürfte, auch die noch in die ökofaschistische Ecke zu drängen: Christina Thürmer-Rohr, Robert Jungk, Maria Mies, Karl-Ludwig Schibel, Rolf Cantzen, Stefan Blankertz, Elga Sorge, Erika Wisselinck, Gerda Weiler, Hans-Joachim Maaz, Claudia von Werlhof, Senta Trömel-Plötz, Al Imfeld, Johan Galtung, Hanspeter Padrutt. Ja, Alfred Mechtersheimer ist auch dabei, ebenfalls Karl Scherer – beide von Dir mit dem üblichen Etikett versehen. Zum einen, was uns betrifft, wir befolgen nicht pauschal irgendeine Theorie, sondern wir setzen uns mit ihnen auseinander, und das halten wir für demokratischer als Maulkorberlasse, von welcher Seite auch immer (außer im Falle eindeutig praktizierender Faschisten natürlich). Zum zweiten: Wo hört berechtigte Vorsicht auf und wo fängt Denkverbot an,ab wann muß man das Gespräch abbrechen und mit der Ausgrenzung beginnen? Deine rigiden Kriterien haben wir offenbar nicht – und wollen sie auch nicht, denn in Deiner betonharten Version liegt unserer Erfahrung zufolge selbst schon wieder der Keim zu elitärem und tendenziell gewaltsamen Handeln.

Das hat nichts mit einer »Befriedigung lebensnotwendigen Widerstandes« zu tun, die Du – wie wir – nicht willst. Aber es ist doch sehr eine Frage der Verhältnismäßigkeit, und der Zweck heiligt nicht die Mittel (erinnerst Du Dich an diese Binsenweisheit?). Es ist sehr schwer, in Zeiten des wiederwachsenden Rechtsradikalismus weder der Versuchung zu erliegen, mit gleicher Paranoia zurückzuschießen, noch der Versuchung, die Augen möglichst lange zuzukneifen in der Hoffnung, das »Gespenst« möge sich schon von selbst verkrümeln.

Die Konsequenz daraus heißt für uns zumindest einerseits äußerste Behutsamkeit und Genauigkeit (deren Mangel wir bei Rudolf allerdings auch selten kritisieren müssen, auch wenn wir etwas besser als Du wissen können, was er meint und was nicht), andererseits die Bereitschaft, mit den Menschen zu reden, mit denen es eben noch geht und solange es geht – mit waschechten Ökofaschisten ist genau das nämlich nicht mehr möglich, mit dumpfen parolengrölenden und mordenden Neonazis schon erst recht nicht.

Eine Aufbereitung und wirkliche Abkehr vom Faschismus ist doch nicht damit getan, daß mensch einfach steif und fest von sich behauptet, mit sowas nichts zu tun zu haben und folglich auch nicht mehr darüber nachdenken zu müssen; solch ein Verhalten ist nichts als eine gnädige Decke über das braune Ungetüm, unter der es sich erst recht gemütlich machen kann. Die eigentliche Frage eines/einer Linken müßte doch nicht sein »Wer – außer mir selbst natürlich – ist so ein fieses Schwein?« sondern vielmehr »Wo bin ich selbst verführbar und anfällig für solche Verhaltensweisen und warum und wie ist das zu ändern?« Und dabei kann mensch sehr wohl auch an Klassenverhältnisse kommen. Doch davon ist bei Dir keine Spur. Schade. Das Feuer in Deinem Herzen scheint vor allem zu erheblicher Rauchbildung geführt zu haben, die Deinen Blick doch arg trübt. Oder wolltest Du der Leserschaft nur vor Augen führen, daß Jutta Ditfurth der letzte gute Mensch des Abendlandes vor dessen Untergang ist? Wenn die Menschen außer Dir so wenig liebenswert und klammheimlich so böse sind – warum willst Du sie dann eigentlich retten? Oder müssen sie erst als so böse hingestellt werden, damit das Gute in Deiner Person endlich die Berechtigung hat, als Weltretterin aufzutreten? Und wo wärest Du dann anders als Dein Feindbild »Rudolf Bahro & Co.«●

Mit nachdenklichen Grüßen
Angelika Koch

MitunterzeichnerInnen:
Torsten Ahlers, Beatrice Bahro, Margret Gentner, Hermann Kolaczek, Christina Meier, Theo von Corschot, Birgit Rath, Markus Rebinski, Doris Rheingans

Anzeige

KOOPERATIVEN-KAFFEE AUS EL SALVADOR
100% reiner Hochlandkaffee 250g gemahlen
Vertrieb durch **El Rojito**, Große Brunnenstr. 74, 2000 Hamburg 50; Tel.: 040 / 390 68 98

REZENSION

Mißbrauchte Sehnsüchte? Esoterische Wege zum Heil

In diesem Sammelband wird das facettenreiche Thema Esoterik deren aktueller Boom auch als »New Age« bezeichnet wird – von verschiedenen AutorInnen aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet, wobei Extrempositionen allerdings nicht vorkommen (es kommt kein »Sektenpfarrer« zu Wort, für den die ganze Esoterik Teufelszeug ist, und auch kein spiritueller Hardliner oder Guru).

Übereinkunft besteht darin, daß die heutige Vereinzelung des Menschen mit dem Gefühl des hilflosen Ausgeliefertseins an bedrohliche gesellschaftliche und ökologische Vorgänge dazu führt, daß die Suche nach dem Sinn des Lebens und der Wunsch, in größeren Zusammenhängen aufgehoben zu sein, sehr drängend auftreten. Zur Frage, ob diese legitimen Sehnsüchte durch die Heilsbotschaften des New Age mißbraucht werden, gibt es unterschiedliche Einschätzungen.

Der Trend zu mystisch-emotionalen Welterklärungsmodellen als Alternative zur technizistischen, individuelle Bedürfnisse negierenden Rationalität der Herrschenden bleibt systemimmanent, wenn Problemlösungsmöglichkeiten nicht mehr in politischem Handeln, sondern ausschließlich in persönlicher Veränderung gesehen werden. Maria Wölflingseder plädiert daher für die Wiederaneignung der von den Herrschenden vereinnahmten Ideen der Aufklärung, für eine Rationalität von unten. Demgegenüber ist für Jörg Wichmann Spiritualität durchaus rational zugänglich, woraus er ihren Reiz für westliche Intellektuelle erklärt. Eine Weiterführung der Aufklärung ist für ihn verbunden mit einer »Auseinandersetzung mit den Tiefenschichten der menschlichen Seele«, da sonst das Risiko besteht, daß sich Demagogen des Verdrängten annehmen. Er unterscheidet zwischen einer – in der Geschichte oft verfolgten – Spiritualität von unten, und ihren bürgerlich-konservativen Formen Theosophie, Anthroposophie und Freimaurertum.

Genauere Ausführungen zu diesen finden sich im Beitrag von Eduard Gugenberger: Theosophisches Gedankengut ist heute nicht nur in der - aus der Theosophie hevorgegangenen – Anthroposophie enthalten, sondern in vielen Strömungen des New Age. Zum ideologischen Standard gehört vor allem der Glaube an einen göttlichen Plan und eine vorgegebene Hierarchie. Der Aufstieg in dieser Hierarchie soll – gemäß der theosophischen Variante der Lehre von der Reinkarnation – durch eine immer höhere individuelle Bewußtseinsentwicklung im Laufe vieler Erdenleben erfolgen. Leid und Armut sind demnach die Folgen von negativem Karma – der Summe der Schuld, die jemensch in früheren Leben auf sich geladen hat und werden als gottgewollt hingenommen. So werden Opfer zu Tätern gemacht (Gerhard Senft geht darauf näher ein), verhungernde Menschen der sogenannten Dritten Welt und aussterbende Stammesgemeinschaften haben ihr Schicksal selbst zu verantworten, und nach der theosophischen Wurzelrassentheorie (die nicht nur von der Anthroposophie, sondern auch vom Nationalsozialismus übernommen wurde) sind nur Arier wirklich entwickelte, denkfähige Menschen.

Rassismus präsentiert sich im New Age jedoch nicht nur in dieser offenen Form. Die Sehnsucht nach Naturverbundenheit – im »zivilisierten« Alltag kaum noch erfüllbar – führt zu einer schmarotzenden Aneignung des Wissens und der Rituale fremder Kulturen, vor allem der Indianer. Roman Schweidlenka berichtet über workshoppende »Plastikmedizinmänner«, denen der Überlebenskampf ihrer Stämme gleichgültig ist. Die indianische Bürger- und Landrechtsaktivistin Andrea Smith wirft weißen Feministinnen vor, mit dem Mißbrauch indianischer Religionen – die sich »auf der Gemeinschaft begründen und... nicht missionarisch ausgerichtet (sind)« – den 500jährigen Völkermord an den Indianern weiterzutreiben, indem sie ihre spirituellen Praktiken trivialisieren und ihnen damit die Kraft nehmen. Auch der Hopi-Forscher Alexander Buschenreiter betont den egoistischen Charakter vermarkteter Spiritualität, der er aber trotzdem wichtige Denkanstöße verdankt. Statt vermeintliches Geheimwissen zu teuren Preisen haben zu wollen, empfiehlt er jedoch den gesunden Menschenverstand, ein offenes Herz und die persönliche, auch spirituelle Lebenserfahrung.

Wieweit »neues« esoterisches Gedankengut und Pseudospiritualität in die »alte« kapitalistische Gesellschaft eingedrungen sind, verdeutlichen Roman Schweidlenka und Gerhard Senft am Beispiel florierender Managerschulungen, in denen »neues Denken« und indianische Spiritualität gelehrt werden. Angesichts dessen scheint das New Age eine großangelegte Sinnstiftungs-Aktion zur Stabilisierung eines mörderischen Wirtschaftssystems zu sein.

Daß sich Spiritualität auch mit kritischem Denken vertragen kann, belegen zwei Beiträge aus der New-Age-Szene: Die in diesen Kreisen bekannte Trance-Therapeutin Kaye Hoffmann beschreibt sexuellen Mißbrauch und erschreckende zwischenmenschliche Gleichgültigkeit in der esoterisch-therapeutischen Workshopkultur und mahnt zur »Aufarbeitung des letzten Neuen Zeitalters, nämlich des Nationalsozialismus«. Auch die »Hexe« Luisa Francia betont den Mißbrauch der Spiritualität durch den Nationalsozialismus, und legt deshalb in ihrer Arbeit großen Wert auf die Entwicklung von Verantwortung und Lebenslust als Schutz vor Manipulation.

Für die katholische Theologin Maria Widl ist das New Age die angemessene Religion einer marktwirtschaftlichen, erfolgsorientierten Gesellschaft. Sehnsüchte werden unter anderem dort mißbraucht, wo – mit Gewinnerzielungsabsicht – die Illusion geschaffen wird, daß sie auf Dauer zu befriedigen wären und daß Glück konsumierbar sei. Der Psychotherapeut Klaus Ottomeyer sieht im New Age symbiotische Wünsche als Folge der Überindividuation, wobei Konflikte und Trauer verleugnet werden, und die süchtige, unstete Suche nach Glücks-Erfolgserlebnissen der Abwehr schmerzlicher Gefühle dient. Als Alternative bietet er eine verstehende Psychologie an, die sich die Mühe macht, in kleinen, oft leidvollen Schritten die Lebensgeschichte durchzuarbeiten.

Als »Verbindung von Mystik, Ökologie und politischer Tat« beschreibt Roman Schweidlenka die Bewegung der »deep ecology« (Tiefenökologie), die sich seit Mitte der 80er Jahre von den USA her ausdehnt. Diese »setzt... auf dezentrale Gemeinschaften, (bio) regionale Autonomie, auf einen einfachen Lebensstil des Individuums und auf sanfte Technologien«. Tiefenökologische Grundhaltungen sind »ökologische Demut« und Ablehnung jeder Form von Herrschaft. Neben vielen Basisgruppen stehen unter anderen so bekannte Namen wie Susan Griffin, Murray Bookchin und Gary Snyder für diese hoffnungsvolle Bewegung.

Die genannten und noch einige weitere Beiträge vermitteln einen spannenden Überblick über mögliche Positionen zum New Age. Leider wurde auf die aktuellen Verbindungen zwischen Esoterik, Ökologiebewegung und Neofaschismus nicht eingegangen, aber wer mehr darüber wissen möchte, findet reichlich Material in anderen Veröffentlichungen der Herausgeber (E. Gugenberger, R. Schweidlenka: Mutter Erde, Magie und Politik und R. Schweidlenka: Altes blüht aus den Ruinen, beide im Verlag für Gesellschaftskritik erschienen).●

Elisabeth Voß

Gugenberger/Schweidlenka (Hg.): Mißbrauchte Sehnsüchte? Esoterische Wege zum Heil. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, 1992. 192 Seiten, 29,– DM.

FREIE RADIOS:

Die Wellen gegen Rassismus

Nein, keine weitere Raffinesse in der Olympiade Lichter-oder-Autos-oder-Rock-oder-Irgendwas-gegen Rassismus. Radio gegen Rassismus, das ist etwas ungeheuer Einfaches: Öffentlichkeit für kulturell zusammengehörige Milieus. Ob es die Eritreer im Rhein-Main-Gebiet sind oder die KurdInnen in Offenbach oder durchaus auch die AnhängerInnen des urdeutschen Volkstanzes in Frankfurt-Höchst – eine öffentlich hörbare Stimme ist die einfachste Voraussetzung dafür, sich zu vertragen, und Radio ist die einfachste Öffentlichkeit.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Martina Burandt / Simone Heimannsberg / Richard Herding (ID-Bremen), Redaktion Heidelberg ● Freie (meist selbstverwaltete, werbefreie und gemeinnützige) lokale Radios gibt es weltweit dreitausendfünfhundert bis fünftausend, so schätzt die Weltvereinigung der -Community--Radios AMARC mit Sitz im kanadischen Quebec. Die UraustralierInnen haben ihre Radios, die mexicanischen Maya, die philippinischen Frauen. Und wieviele solche Radios senden in Deutschland? Legal 2, in Worten: zwei.

Damit hängt der grausige Ausbruch des landesweiten Rassismus 1991/92 enger zusammen als es den Anschein hat. Denn zum -Community--Radio gehört nun einmal die -Community-, und damit hat dieses Land seine Schwierigkeiten. Angelsächsisch, unerreicht in der Sprache Goethes (und Goebels'), heißt -Community- Gemeinschaft, Gemeinde, Nachbarschaft, Milieu. Kurz: Menschen, die sich zusammengehörig fühlen, ohne darum anderen die Köpfe einzuschlagen.

Die kalifornischen und kanadischen Community-Radios waren die ersten. Sie gibt es seit gut 40 Jahren und immer auf abenteuerlichste, kühnste, halsbrecherichste, aber zäh durchgehaltene Weise finanziert. Heute haben die armen Länder Lateinamerikas, Afrikas, Asiens die Mehrheit im Weltverband AMARC – der ganze Stolz des 5. Welttreffens 1992 in Oaxtepec, Mexiko; über das Dörthe Krohn vom -Informationsdienst: Zentrum für alternative Medien- in CONTRASTE Nr. 100 berichtete. Weltweite Radio-Präsidentin ist mit Eugenie Aw zum ersten Mal eine afrikanische Frau. Die Stimmen der -indigenen- Völker, wie sich die -Eingeborenen-, -UreinwohnerInnen-, -IndianerInnen- im nachkolonialistischen Zeitalter selbst bezeichnen – meist können sie sich nur in diesem Medium ausdrücken. Fernsehen können sie nicht bezahlen, Zeitungen oft nicht lesen. Community-Radios könnten einen Wendepunkt in der Welt-Öffentlichkeit bedeuten, denn politische Kultur braucht ein Öffentlichkeits-Medium als Treibhaus.

Deutschland, einsamen Schlußlicht. Seit in den Siebziger und Achtziger Jahren die Piratensender unter heftigem Hindergrundrauschen neueste Nachrichten der aktuellen Demonstrationen gegen Atomanlagen wie Gorleben oder gegen die Frankfurter Flughafen-Startbahn West durchgaben – Radio Luftikus, Radio Isnogud, unvergessen in der Rhein-Main-Region! –, haben einzig Radio Dreyeckland in Freiburg und Radio Z in Nürnberg überlebt. Oder doch nicht nur sie? Einspruch kommt von Osten, hier im arroganten Besser-Wessi-Land selten wahrgenommen, aber von der ostdeutschen Radiomacherin Astrid Rothe vor kurzem in Frankfurt/Main präsentiert: Wir senden.

Da klettern Tag für Tag im thüringischen Erfurt eine Handvoll jüngerer Leute, eine größere Wohngemeinschaft sozusagen, auf ein Hausdach, senden zehn Minuten, klettern wieder runter und entschwinden – genau auskalkuliert – bevor Telekom und Polizei sie ausgepeilt haben. Radio F.R.E.I., -Freies Radio Erfurt International-, hat im produktiven Chaos des DDR-Endes zunächst auch legal gesendet und bemüht sich jetzt um eine gemeinnützige Nische im Dschungel der neuen Privatfunkgesetze. Mit Jugendlichen, die ihren Frust herauslassen, aber nicht ins fremdenfeindliche Lager abgedriftet sind, machen sie Sendungen, vorerst beispielsweise für das Jugendradio DT 64. Da wird eine Community hörbar, und genau daß sie hörbar wird, kann dazu beitragen, daß sie nicht in der Fascho-Szene enden muß. Genauso auf der ImmigrantInnenseite: Kurdische, türkische, iranische, albanische, vielleicht auch einmal Romani-Sendungen (nämlich in der Sprache der Roma und Sinti) würden das Selbstvertrauen unter den potentiellen Haßobjekten der aktuellen Nazis stärken. Genauso wie autonomer Frauenfunk – und den gibt es ! zum Beispiel Radio FIRE, weltweit auf Kurzwelle- der Selbstverständigung und -verteidigung der Feministinnen dient.

Einspruch kommt zum Glück auch hier im Rhein-Main-Gebiet, und zwar von der Mainz-Wiesbadener Radioinitiative -Radio quer-, die sich in Rheinland-Pfalz um eine eigene Frequenz bemüht. Doris und Pierre fordern unter anderem vom europäischen Binnenmarkt, daß Community Radio an unsere Ohren wie an französische oder britische dringen darf. Sollte nicht, was Bier und Käse recht ist, den freien Ätherwellen billig sein?

Jedenfalls ist Freies Lokalradio, als Medium sozialverträglicher Vielfalt, dringlicher denn je. Wenn die Lichterketten ausgeflackert haben, fängt die Aufgabe ernstzunehmender Verständigung doch erst richtig an. ●

Kontakte: ID – Bereich Medienzugang –, Postfach 10 45 22, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/78092. AMARC, 3575 Boulevard St. Laurent, Suite 602, Montréal, Kanada H2X2T7, Tel. 001-514/982-0351. – ID-Projekt Alltag –, Postfach 900343, 6000 Frankfurt/M. 90, Tel. 069/709935. Radio F.R.E.I., Postfach 375, O-5085 Erfurt, Tel. 0361/603793. Feminist International Radio Endeavour (FIRE), c/o Radio Paz Internacional, Apartado 88, Santa Ana, Costa Rica, Tel 00506/491821. Radio quer, 6200 Wiesbaden, Tel 0611/608649.

Anzeige

VERBAND

netz

Zusammenschluß selbstverwalteter und ökologisch orientierter Betriebe und Projekte

Informationen anfordern bei:

netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Huckarder Straße 12
4600 Dortmund 1
Tel. 0231/16 24 76
Fax 0231/16 27 98

AUFRUF

Wer, wenn nicht wir

Beiträge für ein Buch über Kommunen und andere Lebensgemeinschaften gesucht.

Beim Treffen von Kommunen und Gemeinschaftsprojekten, im Sommer 1992, auf dem Finkhof entstand die Idee, ein Buch zu machen. Es soll sowohl die Reflexion über das Leben in Gemeinschaftsprojekten intern anregen, als auch Erfahrungen und Anstöße nach außen vermitteln. Neben analysierenden Texten sollen auch erzählende Beiträge, also Märchen, Gedichte, Lieder, Interviews, Briefe, Schnipsel (z.B. etwas vom -Schwarzen Brett-) und Bilder veröffentlicht werden.

Inzwischen hat sich ein Redaktionsteam gebildet, dem Leute vom Reinighof, aus Heiningen, von Zorrow (Berlin), vom Behringhof, aus Barkelsby, Lutter und der Kommune Niederkaufungen angehören.

Das Redaktionsteam möchte auf diesem Wege auffordern, Beiträge für das Buch zu schreiben. Anregungen für Themen soll der nachstehende Fragenkatalog bieten. Selbstverständlich können auch andere Themen behandelt werden.
Angesprochen sind alle, die in Gemeinschaftsprojekten leben bzw. gelebt haben, natürlich auch Kinder.

Die Fragen sind gegliedert in verschiedene Bereiche, die mit Volksliedtiteln überschrieben sind:

-Ich weiß nicht was soll das bedeuten-
Politikverständnis: Traditionen, Analysen, Perspektiven, Utopien

- In welcher Tradition sehen wir uns? (K 1, Landkommunebewegung, spanische AnarchistInnen, Kibbuzim, gar keiner, was ganz Neues...)
- Was ist der Unterschied für uns zwischen Kommune, Lebensgemeinschaft, Gemeinschaft, Wohnprojekt, Genossenschaft?
- Welche Erfahrungen regen gesellschaftliche Entwicklungen/Veränderungen an?
- Gibt es Unterschiede zwischen unseren Anfangsvorstellungen/Ansprüchen und unserer jetzigen Realität?
- Die -große Hure Babylon- und das romantische Landleben: Welche Erfahrungen und Möglichkeiten haben Kommunen in der Stadt und auf dem Land?
- Sind wir Keimzellen einer neuen Kultur- und Gesellschaftsform?
- Begreifen wir uns als antikapitalistische Widerstandsnester und haben wir (weiterhin) eine sozialistische Orientierung?
- Welche Rolle spielen bei uns in Alltag und Utopie antipatriarchale und antirassistische Ansätze?
- Haben wir uns in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft privilegiert eingenistet und akzeptieren deren Pyrrhussieg oder verhalten wir uns solidarisch aktiv im internationalen antikapitalistischen Kontext?
- Sind Gemeinschaftsprojekte deutsche Festungen oder grenzüberschreitende Fluchtburgen?

-Seht ihr den Mond dort stehen?- Ideologie, Spiritualität

- Brauchen wir ein Bindemittel (Spiritualität, Ideologie, gemeinsame Ziele ...) zum Überleben in der Gruppe?
- Überwindung der Aufklärung – brauchen wir ein neues Selbst-Weltverständnis und eine neue Spiritualität?
- Kann Spiritualität politisch sein?
- Vom Weggehen, Suchen und Ankommen ... Haben wir die -Endstation Sehnsucht- gefunden?
- Was heißt bei uns Liebe? (Akzeptanz der/des anderen. Unser Verhältnis zu Leben und Tod, Tieren und Pflanzen.)
- Was ist mit unserem Recht auf Rausch? Feste, Feiern, Rituale ... Wozu feiern wir eigentlich? (Welche Rolle spielt dabei unser politisches und/oder spirituelles Selbstverständnis?)

-Lustig ist das Gemeinschaftsleben...-
Kollektivität und Indivi-)Dualität, Gruppe(ndynamik), Kinder

a) Individuum und Gruppe

- Ist jede Person gemeinschaftsfähig oder kann sie es werden?
- Welche Erwartung hat die/der einzelne an die Gruppe? (Retterin, Spiegelbild, Macken heilen, Mutterschoß oder Vaterland finden)
- Wie (un)abhängig ist der/die Einzelne von der Gruppe? Wie sehen wir Geborgenheit vs. soziale Kontrolle und den -Glanz des Dazugehörens- vs. Einsamkeit in der Gruppe?
- Kann die Kommune/Gemeinschaft auch kränken/krank machen?
- Verstehen wir uns als Lebensperspektive oder als Lernfeld?
- Wo setzen wir die Grenzen zwischen Homogenität, Vielfalt und Beliebigkeit?
- Wie sieht das Spannungsfeld zwischen Individualität und kollektiven Ansprüchen aus? Überfordern wir uns damit?
- Wo kollidieren wir mit fremden Verhaltensweisen? Stabilisieren sie die Gesamtgruppe (Sündenbock) oder verändern sie die (Grenzen) der Gruppe?
- Was bedeutet bei uns stark/schwach, angepaßt/unangepaßt, gesund/krank, Frau/Mann sein?

b) Gruppe und Teile von ihr

- Welche Bedeutung hat bei uns Kleinfamilie und Zweierkiste (in oder out?)
- Wie politisch sind Beziehungen oder Glücksphantasien für uns? Reden wir über Liebe und Sexualität miteinander?
- Entwickeln sich unsere Kinder gemeinschaftsfähiger, autonomer, umweltbewußter, weniger anfällig für rechte Parolen als andere? Wer ist für sie verantwortlich? Gibt es bei uns Erziehung?
- Das Männerleben und Frauenleben in gemischten Gruppen: Sind feministische und antipatriarchale Ansätze bei uns Thema? Wer bringt sie ein?
- Welche Bedeutung haben Fraktionen innerhalb der Gesamtgruppe?
- Wie gehen wir mit verschiedenen Generationen und Generationskonflikten um? Passen Menschen über 60 in unseren Kontext? Kann mensch alt werden, gebrechlich sein und sterben in einer Kommune/Gemeinschaft?

c) Die Gruppe als Ganze

- Wie werden Entscheidungen getroffen? Ist Konsens Nonsens? Welche Erfahrungen gibt es mit dem Konsensprinzip?
- Gibt es (verdeckte) Hierarchien und Sachautoritäten?
- Wie ist Verantwortung für einzelne Bereiche, für das Ganze, für's alltägliche Funktionieren verteilt? Soll/kann jede(r) die gleiche Portion tragen? Wie verbindlich muß Gemeinschaftsleben sein? Ist jede(r) in der Gruppe verantwortungsbewußt?

-Wer soll das bezahlen?-
Ökonomie - Ökologie - Konsum

- Was verstehen wir unter Selbstversorgung- Selbstausbeutung, Subsistenzwirtschaft - Agrarromantik und streben wir dieses an?
- Welche Bedeutung hat Arbeit für unser Leben? Notwendiges Übel oder Selbstverwirklichung?
- Was verstehen wir unter Arbeit und Freizeit?
- Wie verhalten wir uns zur kapitalistischen Geldwirtschaft? (Z.B. Erwerbsarbeit außerhalb, Staatsknete...)
- Wie stehen wir zur Alterssicherung? Wie soll sie aussehen?
- Was gibt es an ökonomischen Vernetzungen?
- Was verstehen wir unter Konsumismus und Konsumbefreiung und welche Haltung haben wir dazu? (Anspruch, Realität und Moral)
- Wie sehen unsere Welten zwischen Wohlstand und Konsum aus und was ist mit der Anziehungskraft von Luxus?
- Was heißt für uns ökologisch leben?

-So leben wir, so leben wir, so leben wir alle Tage-
Alltäg(liche Organisation)

- Alltag ist überall, auch in Kommune -kellern, -küchen, -klos und -werkstätten: -Ich habe die Nase voll, den Typen das Kloputzen abzunehmen...-

Soweit die Anregungen. Das Redaktionsteam wird alle eingehenden Beiträge zu einem Reader zusammenstellen, den Autoren/innen, die Texte etc. beigetragen haben, bekommen können. Außerdem werden alle Autoren/innen zu einem Treffen eingeladen. Von diesem Austausch erwartet sich das Redaktionsteam einen Klärungsprozeß, der helfen soll, eigene Texte und die anderer Autoren/innen auszuwählen. Gleichzeitig soll hierdurch eine möglichst umfassende Diskussion der Beiträge gewährleistet werden.

Die Beiträge sollen – möglichst – bis zum 30. März 1993 geschickt werden an:
Kommune Niederkaufungen, Ele Poschmann, Dieter Bensmann, Kirchweg 1, 3504 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

KURZMELDUNGEN

BUNDESVERBAND FREIER RADIOS

Nachdem auf dem Freiburger -Querfunkratschlag der Neunziger- (s. CONTRASTE Nr. 98) die Gründung eines Bundesverbandes Freier Radios initiiert wurde, lud die Medieninitiative Mainz/Wiesbaden (Radio Quer) Mitte Januar zu einem ersten Treffen nach Wiesbaden ein.

VertreterInnen Freier Radios/-Initiativen aus Deutschland diskutierten schwerpunktmäßig Grundsätze, Ziele und Strukturen eines Bundesverbandes, welcher der Förderung der Lokalrundfunk-Idee dienen soll. Konzipiert wurde ein Satzungsentwurf einschließlich einer Definition -Freies Radio- als selbstorganisiertes, basisdemokratisches und nichtkommerzielles Medium. Dieses versteht sich als Alternative zum öffentlich-rechtlichen und privat-kommerziellen Hörfunk.

Offen blieb die Frage, inwieweit der zu gründende Bundesverband VertreterInnen im deutschsprachigen Raum insgesamt einschließen könne.

Zu einem nächsten Treffen lädt die Initiative für einen Bundesverband Freier Radios (BFR) am 31.3.93 nach Hannover ein (s.u. auf dem Weg zum Hörfestival Freier Radios -HIRN und HERtZ '93- in Hamburg vom 31.3-4.4.93).
Infos über: Joseph Dreier
Radio Dreyeckland · Adlerstr. 12
W-7800 Freiburg · ☎ (07 61) 3 10 28
Fax 3 04 07
oder
Radio Quer · Medieninitiative MZ/WI e.V.
Postfach 30 41 · W-6500 Mainz 1
☎ (06 11) 60 86 49

Ausschreibung

Die Hamburg Independent Radio Nights -HIRN und HERtZ '93 finden vom 31.3. bis 4.4.93 in Hamburg statt. Alle interessierten Freien Radios und Initiativen sind aufgefordert, Beiträge, die sie für besonders geeignet halten, die Diskussion über eine andere Radio-Ästhetik zu befördern, bis zum **28. Februar 1993** an nachstehende Anschrift zu schicken.
Radio Loretta
Lagerstr. 27 · W-2000 Hamburg 36

Journalist als Agent verurteilt

Stephan Waldberg, ehrenamtlicher Journalist bei Radio Dreyeckland Freiburg, im Herbst in der Türkei verhaftet, ist jetzt vom Staatssicherheitsgericht zu drei Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt worden. Er war bei den Kurden in der Türkei und des Irak für seine Reportagen unterwegs und hat in seiner Heimatstadt für den Wiederaufbau der Krankenstation in Cizre eine Spendenaktion organisiert. Nun wird ihm vorgeworfen, als Kurier der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) tätig gewesen zu sein, ohne daß dafür ein hinreichender Beweis vorliegt.

Stephan Waldberg ist nicht der/die erste JournalistIn, die bei ihren Recherchen mit der Staatsgewalt in Berührung kam. So wurde auch schon ein Mitarbeiter des ZDF verhört und eine deutsche Journalistin sowie eine Bundestagsabgeordnete als -Spione- denunziert. Wer Stephan unterstützen will, kann mit uns in Kontakt treten.
Radio Quer · Medien-INI MZ/WI
Postfach 30 41 · W-6500 Mainz 1
☎ (06 11) 60 86 49

DREILÄNDER-DREIECK-PROJEKTEMESSE IN DRESDEN:

EURO-NETZ

»Das muß man einfach organisieren, das entsteht nicht von alleine«

Die »Bunte Republik Neustadt« in Dresden ist seit einigen Jahren über die Stadtgrenzen hinaus ein Begriff. Sie ist ein jährlicher Höhepunkt in dem Szeneviertel, wo mit eigener Währung, Monarchen und Festen aller Art die Idee eines Freiraums in der sächsischen Landeshauptstadt hochgehalten wird. Hinzu kam im letzten Jahr erstmals die Kombination von »Bunter Republik« und einer Projektemesse. Insgesamt 56 Initiativen beteiligten sich an diesem Jahrmarkt.
Was dort stattgefunden hat war quasi ein Probelauf zur diesjährigen Messe, welche am 19. und 20. Juni mit Projekten und Initiativen aus dem Länderdreieck Schlesien (Polen), Böhmen (Tschechei) und Sachsen stattfinden soll.
Damit jedoch nicht genug! Für das nächste Jahr ist eine Europäische Projektemesse in Dresden geplant. Was seit einigen Jahren Selbstverwaltungs-Funktionäre in West-Europa mühsam versuchen zu inititieren, soll in Dresden 1994 klappen. CONTRASTE sprach mit drei Initiatoren über Motivation, Stand und Zukunft der Projekte-Messe(n) in Dresden.

BRN '92: Auch der Konflikt zwischen Spekulation und Szene-Kultur spitzt sich zu. Einer Immobilienfirma wird vorgeworfen, das alte Dresdner Ballhaus »Aktiv« plattzusanieren... Foto: CONTRASTE-Archiv

CONTRASTE: Wie ist die Idee einer Dreiländereck-Projektemesse entstanden und welche Erwartungen habt ihr einerseits für die Szene in Dresden und Sachsen und andererseits an die Kommunikation zwischen diesen drei Ländern? Gibt es diese überhaupt?

Dirk: Ich denke, daß die Dresdner Szene nicht sehr viel davon hat, da die Messe ja keine regionale Geschichte ist. Vielmehr finde ich es wichtig auf die Geschichte der DDR zurückzugreifen, die Böhmen, Schlesien und Deutschland verbindet.

Werner: Da wir in der Vergangenheit nicht nach Westeuropa reisen konnten und die osteuropäischen Länder die einzigen waren, die wir mit dem Personalausweis besuchen konnten und auch nicht weit weg waren, gab es zur böhmischen Seite schon eine Menge traditioneller Beziehungen der Betriebe, Sportgemeinschaften und Chöre. Es war billig, schnell und unbürokratisch. Da war es 1992 auch ganz wichtig, erst einmal mit einer sächsischen Projektemesse zu probieren, ob so was hier überhaupt möglich ist, trotz all der sozialen Problemen und wo jede/r nur hinter Konsumgütern herrennt. Deshalb haben wir diese sächsische Messe als eine Art Jahrmarkt veranstaltet, um zu sehen, ob überhaupt bei den BesucherInnen ein Interesse für die Projekte erweckt werden kann. Wenn man eine Umfrage zwischen den Initiativen und Projekten hier machen würde, was sie von dieser Dreiländereck-Projektemesse halten, würden sie vielleicht nicht so begeistert sein, da sie ganz andere gravierende Probleme haben. Aber diese Messe kann sicherlich auch für viele Projekte sehr nützlich sein.

Es gab die »Bunte Republik«, die aus der Tradition der DDR entstanden ist, eine Weiterentwicklung 1992 mit der sächsischen Projektemesse und jetzt wollt ihr eine Projektemesse mit Initiativen aus dem Dreiländereck. Ist das Interesse auf der polnischen und tschechischen Seite auch wirklich da? Was sind eigentlich die Erwartungen der anderen an euch?

Werner: Wir haben uns dieses Jahr (1992) unter das Schild der »Bunten Republik« begeben, weil es ein traditionelles Volksfest in Dresden ist. Das hat beiden Seiten geholfen. Wir haben mit der Projektemesse der »Bunten Republik« manches ermöglicht und hätten auf der anderen Seite die Projektemesse so nicht aufziehen können, weil uns sonst das Publikum gefehlt hätte. So war es eine gegenseitige Bereicherung und jetzt gibt es erste Beratungsgespräche mit dem Euroregio-Verein in Zittau. Dort haben zehn Landratsämter, die an der deutsch-tschechisch-polnischen Grenze liegen, einen eigenen Interessenverband gegründet. Mit denen gab es schon ein Gespräch, sie wollen uns den verwaltungstechnischen Einstieg nach Polen und Böhmen ermöglichen und laden auch Initiativen ein.

Es gibt aber auch schon andere Aktivitäten wie z.B. einen Verlag in Görlitz, der gemeinsam mit Polen Bücher macht, oder der Jugendclub Muskau, der direkt 200 Meter von der polnischen Grenze weg liegt und traditionell auch polnische BesucherInnen hat. Solche Initiativen wollen wir einfach vorstellen und einbeziehen. Ob alles möglich ist, wie wir es gerne hätten, wird sich zeigen, weil man z.B. einem polnischen Projekt nicht sagen kann: So jetzt zahlt mal 500 Mark, um zur Messe zu kommen. Wir werden wohl schon die vollen Kosten übernehmen müssen und das ist eine hohe finanzielle Belastung.

Winfried: Früher sind wir nach Polen gefahren und haben dort Parks mit ausgebaut oder in Fabriken, Kulturzentren, Jugendclubs usw. mitgewirkt. So kamen die Kontakte zustande und seit der Wende sind diese fast völlig abgebrochen. Der Ostblock, die Tschechei, Polen und Rumänien sacken immer weiter ab und die neuen Bundesländer sind bereits total in die westeuropäische Entwicklung einbezogen worden.

Diese Messe ist eine Möglichkeit, rein praktisch eine Verständigung zu ermöglichen. Ich denke, es gibt ganz unterschiedliche Modelle, wie z.B. in Polen Organisationen strukturiert sind, wie da gegen Armut und Kulturabbau vorgegangen wird. Es ist von gegenseitigem Interesse, sich zu beschnuppern und zu schauen, was aktiv getan werden kann. Die wirtschaftliche Vereinigung geht ja zügig vonstatten, aber das Menschliche bleibt da fast völlig außen vor. Ich kenne aus meiner FDJ-Zeit einen Haufen Initiativen in Polen, z.B. einen Jazzkeller, wo wir uns trafen und Freundschaften entstanden. Doch diese Kontakte sind halt von der deutschen Seite her fast völlig abgebrochen worden. Das ganze Interesse hat sich jetzt mehr nach Westeuropa verlagert und mit dieser Projektemesse wird quasi die »Europagrenze« überschritten und wir wollen einfach sehen, ob wir doch noch Kontakt aufrecht erhalten können und weiterhin auch voneinander lernen. Das muß man einfach organisieren, das entsteht nicht von alleine.

Warum gibt es eigentlich ein Interesse der offiziellen Stellen, eure Bemühungen finanziell zu unterstützen? Geht es nicht bei ihnen um »Imagepflege« für Dresden und Sachsen wegen ihres schlechten Rufes außerhalb der Landesgrenzen, ich meine die Übergriffe auf AusländerInnen und den Neofaschismus?

Winfried: Es gibt dieses Bundesprogramm gegen Aggression und Gewalt, wobei in Sachsen 4,2 Millionen DM ausgeschüttet wurden und jetzt versucht wird, mit Sozialarbeit, Stadtteilarbeit, Stadtteilbüros usw. etwas zu erreichen. Die ganze Sache wird aber mit einer fatalen Konzeptionslosigkeit betrieben und hat auch Auswirkungen auf die Arbeit der vorhandenen Initiativen wie Cafes, Arbeitsgemeinschaften und Kulturprojekte. Das heißt, daß sie einen Antrag nach dem anderen stellen, weil die Jugendlichen immer noch nicht gewaltfrei geworden sind und man sich so die Gelder holen kann, aber letztlich den Rechtsradikalismus überhaupt nicht eindämmt. Und so meint die Bundesregierung etwas zu tun, wenn sie hier und dort mal wieder ein Förderprogramm finanziert, weil hier wieder ein Asylheim angebrannt wurde und das kann ja wohl nicht die politische Lösung sein. Es ist sinnvoller, die Kultur- und Infoläden wieder aufzumachen und diese untereinander kommunizieren zu lassen. Die Gespräche, die ich zur Zeit mit den Ministerialbehörden führe, sind eigentlich schon ziemlich abgeschlossen, weil hier nicht einfach nur wieder Geld für ein Antigewaltprojekt gefordert wird, sondern diese Projektemesse auch Sachsen neu belebt und Projekten auch geholfen werden kann.

Welche Größe wird diese Messe haben?

Werner: Ich denke, daß sich die Messe um den Martin-Luther-Platz herum bis zur »Scheune« erstrecken wird. Es gibt dann ganz verschiedene Aktionen, wie z.B. das Bemalen von Fassaden, oder die Leute aus dem Dreiländereck bauen gemeinsam einen Spielplatz im Rahmen der Projektemesse. Wir hoffen, daß etwa 150 AusstellerInnen kommen werden.

Dirk: Wir haben beantragt, den Stadtführer auf polnisch und tcheschich zu übersetzen und das wurde auch genehmigt.

Habt ihr auch Interesse, daß Westprojekte ausstellen?

Winfried: In erster Linie wollen wir, daß da sächsische, tschechische und polnische Projekte ausstellen. Natürlich sollen dann zur Europa-Messe 1994 auch viele Westprojekte kommen, um sich auszutauschen.

Werner: Interessant wird es auch sein zu sehen, was bei der geplanten Europa-Messe von der Selbstverwaltung übrig geblieben ist. Wir hatten im Sommer 92 hier ein Seminar der Bundesvereinigung selbstverwalteter Gartenbaubetriebe in der »Kümmelschänke«. Dort wurde referiert, wie sich die Selbstverwaltung entwickelt hat und was da überhaupt noch drunter verstanden wird.

CONTRASTE hat in den letzten Jahren viel über die Alternativökonomie und Selbstverwaltung in Europa, wie z.B. in Frankreich oder Italien geschrieben. Aber trotzdem kamen wir nicht weiter und die Diskussion einer europäischen Projektemesse ist in Westdeutschland fast eingeschlafen. Und jetzt eure sächsische Initiative für 1994. Wir sind überrascht. Gibt es eurerseits überhaupt Kontakte in Europa und seid ihr nicht ein wenig überfordert, in so kurzer Zeit eine europäische Messe zu organisieren?

Werner: Wichtig ist erst einmal, den Austausch zwischen den verschiedenen Projekten anzukurbeln und nicht noch drei Jahre lang zu reden und es passiert nichts.

Dirk: Interessant wird sein zu erforschen, was es in den Ländern für verschiedene Strukturen und Möglichkeiten gibt und persönliche Kontakte zu knüpfen, zu sehen, was dann auch aktiv miteinander getan werden kann.

Winfried: Für mich ist auch der Spaß sehr wichtig, mit Menschen aus anderen Ländern was zu machen und die neuen Bundesländer nicht immer nur so nationalistisch darstellen zu lassen. Ich denke, daß wir alle so übersättigt sind, nur noch an Konsum denken und viele gar nicht wissen, was es für einen Spaß machen kann, andere Kulturen kennenzulernen, andere Arbeitsweisen, ein anderes Lebensgefühl. ●

Das Gespräch führte Waldemar Schindowski

Bunte Republik Neustadt '92: BesucherInnenrekord beim letztjährigen Stadtteilfest der Dresdner Alternativszene. Foto: CONTRASTE-Archiv
Die örtliche Presse meldet den Andrang von 20.000en, auch auf einen erstmalig veranstalteten sächsischen Projektemarkt.

STRATEGIE GEGENÜBER DER EUROKRATIE

EURO-NETZ

»...affirmative Provokation gegenüber den Institutionen!«

In ihrem Referat auf dem Brüsseler Treffen versucht die Europaabgeordnete Birgit Cramon-Daiber Grundlinien einer alternativen Strategie in der sozialpolitischen Landschaft des Euro-Binnenmarktes zu entwickeln...

Birgit Cramon-Daiber, Redaktion Heidelberg ● Die Krise der traditionellen Ökonomie und des Sozialstaates wird oft benannt, viel analysiert, und doch geschieht wenig: die Umweltzerstörung würde allein in den Bereichen, in denen es um Begrenzungen und Reparatur geht (noch gar nicht um Alternativen) die profitablen Reserven verschlingen, und das Prinzip der staatlichen Umverteilung zum Schutz vor sozialen Risiken funktioniert nicht gut, denn klassische Erwerbsarbeit ist auch in den reichen Ländern ein knappes Gut geworden. Aber: Das interessiert niemanden (außer denjenigen, die vom Desaster betroffen sind). Die Traditionalisten können sich noch lange in Sicherheit wiegen, denn das Potential an Verdrängungsenergie scheint hoch zu sein und die Strategie der Phraseologisierung der Umweltzerstörung wie auch die Strategie der sozialen Selektion und des sozialen Ausschlußes scheinen gut zu funktionieren.

Während man noch in den sechziger und siebziger Jahren davon ausging, daß gesellschaftliche Benachteiligung zugunsten der Herstellung von Chancengleichheit abgebaut werden könnte, ist heute die Entwicklung an einem anderen Punkt angekommen: wir leben nicht mehr in Gesellschaften mit sozialer Benachteiligung, sondern in Gesellschaften des sozialen Ausschlußes und der Marginalisierung.

Weder die Europäische Gemeinschaft noch die Mitgliedsländer haben bis jetzt ein Konzept gegen diese Entwicklungen vorlegen können. Umweltpolitik macht nur mühselige Fortschritte im Sinne der Schadensbegrenzung, Sozialpolitik wird als nachrangige Größe gehandelt, die auf keinen Fall die Prosperitätshoffnungen der Wirtschaft tangieren soll.

Die großen Programme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut können die Entwicklung auch nicht aufhalten, da sie in ihrer administrativen Festlegung in der Kurzfristigkeit der Maßnahmen einer Langzeitarbeitslosigkeit und sozialen Ausschluß mit festigen, als Abhilfe zu schaffen. Die Risiken einer in ihren sozialen Schutzsystemen und in ihrer Wertsetzung auf Erwerbsarbeit klassischer Art konzentrierten Gesellschaft, der aber eben diese, die Erwerbsarbeit, ausgeht, müssen mehr und mehr als individuelles Lebensrisiko getragen werden: Eine Erwerbsrate von nur etwa 60 Prozent in der EG, über 50 Millionen Menschen, die von Armut betroffen sind, sprechen eine eigene Sprache.

»SOZIALER AUSSCHLUSS«

Aus der europaweiten sozialpolitischen Diskussion wurde das Phänomen des »sozialen Ausschlusses« auch im deutschen Sprachgebrauch integriert. Dieser, vor allem der französischen und angelsächsischen Terminologie entlehnte Begriff («exclusion») bezeichnet das in der Zwei-Drittel-Gesellschaft typische Herausfallen immer breiterer Bevölkerungsschichten aus dem Arbeits- und Erwerbsleben.

Projekte als praktische Lösung gegen »sozialen Ausschluß«

Natürlich gibt es sie, die Entwürfe einer Neustrukturierung der gesellschaftlichen Gleichgewichte. Sie reichen von der Forderung nach einer massiven Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und damit der Möglichkeit, die gerechter zu verteilen, zu Mindesteinkommensgarantien bis hin zur Vorstellung eines Bürgereinkommens, das eine völlige Neuverteilung bedeuten würde, und es gibt die Forderungen nach Grundrechten auf menschenwürdige Wohnung, soziale Versorgung u. Bildung. Alles liegt auf dem Tisch, es müßte nur noch umgesetzt werden – aber dies ist Langzeitmusik, nur mit äußerster Mühsal sind auch nur die allersachtesten Reformen einbringbar.

Daneben aber gibt es in der Strategie alternativer und solidarischer Ökonomie einen Ansatz, der nicht auf das schöne Wetter von übermorgen wartet, sondern praktisch und unmittelbar versucht, Lösungen umzusetzen. Wohnungsinitiativen in Mittelengland, Kooperativen von Tagelöhnerinnen und Tagelöhnern in Andalusien, sozio-kulturelle Projekte in den Vorstädten von Lissabon und Dresden, Betriebsgründungen der »Génération Banlieue« in Frankreich, Frauenbetriebe in Leuven, Berlin und anderswo, Arbeitsloseninitiativen in Polen, Kooperativen zum Aufbau computergesteuerter Informations- und Weiterbildungsprojekte in Rußland, alternative Banken, regionale und lokale Netzwerke, eine Fülle von Initiativen, die vor Ort versuchen, sozio-kulturelle Infrastruktur und Arbeit aus eigener Kraft zu schaffen.

Alle sind sie praktischer Ausdruck des Kampfes gegen sozialen Ausschluß, alle haben sie mit spezifischen Problemen zu kämpfen: sie sind sehr weit weg von den großen politischen Entscheidungsebenen, müssen sich herumschlagen mit den lokalen und regionalen Behörden um ein Haus, ein Stück Land, um eine Anschubfinanzierung, und wenn sie sich durchsetzen, dann zumeist nicht, weil ihre alternativen

BRN '92: ...Das »Aktiv« wird kurzerhand von 2.000 Menschen besetzt und zur nächtlichen Spielstätte einer Rockgala vom Feinsten benutzt.

wirtschaftsdemokratischen Ideen politische Akzeptanz finden, sondern weil politischer Unfriede befürchtet wird und weil man es sich hier und da leistet, eine kleine Nische zu genehmigen, die aus Kosten- und politischen Gründen opportun erscheint. Zudem gibt es einen besonderen Zynismus darin, wenn Projekte und Betriebe nur in solchen Bereichen eine Realisierungschance haben, in denen sie drittklassige aber nichtsdestotrotz nützliche Dienste leisten etwa wenn arbeitslose Frauen billige Mahlzeiten für alte Menschen und Kinder im Stadtviertel anbieten oder wenn Langzeitarbeitslose Abfall-Recycling machen »dürfen«.

Fördergrundsätze

Die Gefahr der Unterordnung der Projekte und Betriebe alternativer und solidarischer Ökonomie hat meines Erachtens drei Dimensionen:

- Sie werden zur Übernahme einer Mittlerfunktion auf lokaler bzw. regionaler Ebene zwischen Behörden und den von sozialem Ausschluß Bedrohten benutzt und als Instrumente der sozialen und politischen Befriedigung mißbraucht.
- Sie müssen sich in Nischen ansiedeln, die zwar nützliche – doch gesellschaftlich gering geachtete Dienstleistungen umfassen, »Abfall«-Bewirtschaftung der Verschleißgesellschaft im sozialen und ökologischen Sinn leisten – und sind so daran gehindert, wirkliche Alternativen zu realisieren bzw. konkurrenzfähig zu werden.
- Sie unterliegen selbst dem Diktat der Marginalisierung.

Gegen diese Gefahren gilt es zu kämpfen

Ich will im folgenden einige Vorschläge für eine institutionelle Förderung alternativer und solidarischer Ökonomie machen.

Gleichbehandlung

Im wesentlichen geht es darum, die Ansprüche und Interessen der alternativen und solidarischen Ökonomie sichtbar zu machen, in die öffentliche Diskussion einzubringen und zwar nicht als ärmliche Schwester der traditionellen Ökonomie, sondern als bessere Alternative. Dabei ist es notwenig, Autonomie zu behaupten, ohne darauf zu verzichten, eine Gleichbehandlung in der Wirtschafts- und Sozialförderung zu verlangen. Dieses Prinzip der Gleichbehandlung heißt nicht, sich an die herrschenden Bedingungen anzupassen, sondern die unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen deutlich zu machen. Einige Beispiele dazu:

Die traditionelle Wirtschaftsweise produziert soziale und ökologische Zerstörung und überläßt es der Gesellschaft – zumeist über staatliche Umverteilung – die sozialen und ökologischen externalisierten Kosten aufzubringen. Es ist deshalb beispielsweise zu fordern, daß Projekte und Betriebe, die nicht sozial und ökologisch zerstörerisch arbeiten, durch ein Negativ-Steuersystem solange bevorteilt werden, wie die traditionelle Ökonomie ihre Zerstörungskosten externalisieren kann. Dies ist eine Grundforderung, sie ist das Denkmuster, von der aus einzelne konkrete Forderungen entwickelt werden können.

Wichtig ist auch die Entwicklung von Forderungen, die den Aufbau von Beschäftigung vom Faktor Arbeit – und nicht vom Faktor Kapital aus – begünstigen. Dazu kann unter anderen gehören: garantierter Zugang zu Produktionsmitteln, Häusern, Land, notwenige Maschinen etc. sowohl durch direkte Übertragung, wie auch durch die Bereitstellung von Eigenkapitalhilfefonds. Dazu kann weiter gehören, daß Betriebe und Projekte im Aufbau für eine bestimmte Zeit von Lohnnebenkosten entlastet werden und diese Kosten von der öffentlichen Hand übernommen werden.

Eine zweite Linie der Forderungen muß sich auf die spezifische Verbindung in der alternativen und solidarischen Ökonomie zwischen wirtschaftlich arbeitenden Betrieben/Projekten und jenen, die keinen finanziellen Ertrag erwirtschaften beziehen, wie sozio-kulturelle und Weiterbildungsprojekte, Projekte im Bereich sozialer Dienste und auch Forschungsprojekte. Die Bedingungen öffentlicher Finanzierung für solche Projekte sind an die Ansprüche und Zielsetzungen alternativer und solidarischer Ökonomie in keinem mir bekannten Fall angepasst, zumeist ist es darüberhinaus nicht einmal möglich, solche Projektbereiche, die öffentlicher Finanzierung bedürfen und solche, die einen finanziellen Ertrag erwirtschaften, formell miteinander zu verbinden.

Qualität und Kompetenz

Besondere Aufmerksamkeit gilt es der Qualität von Projekten und Betrieben zu widmen. Die oben genannte Gefahr, in drittklassigen Bereichen angesiedelt zu werden, ist sehr ernst, sowohl für Projekte der beruflichen Aus- und Weiterbildung, wie auch für gemeinnützige Betriebe. Die Rahmenbedingungen für Aus- und Weiterbildung von sozialem Ausschluß bedrohte Menschen oder von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffene sind zumeist miserabel, funktionieren nach dem Motto, möglichst viele in möglichst kurzer Zeit durch irgendwelche qualitativ schlechte Maßnahmen zu schleußen. Dieses Prinzip muß durchbrochen werden, nach zwei Seiten hin: der Selbstbestimmungs- und Demokratieanspruch der alternativen und solidarischen Ökonomie muß sich in der Organisierung von Bildungsprojekten für alle Beteiligten wiederspiegeln können, zum anderen braucht es einen genügenden Spielraum für nicht-verwertungsbezogene Bildungsanteile, und: die berufliche Qualifikation muß hohen, umfassenden Ansprüchen genügen können und nicht auf der unteren Ebene angesiedelt sein.

In ähnlicher Weise gilt dies für die ertragsorientierten Betriebe: eine an ökologischer und sozialer Verträglichkeit orientierte Produktion bedarf einer hohen Kompetenz in handwerklicher, technischer und sozialer Hinsicht. Um diese Kompetenz aufbauen und behaupten zu können, ist es notwendig, daß Betriebe und Projekte Zugang zur Forschung und Entwicklung haben, sei es in Kooperation mit Universitäten, sei es in der Schaffung eigener Forschungs- und Entwicklungsagenturen.

Allein aus diesen überhaupt nicht vollständigen eher generellen Anforderungen ergibt sich, daß es notwendig ist, im Anspruch auf gleiche Förderung der alternativen und solidarischen Ökonomie gegenüber der traditionellen Wirtschaftsförderung die Differenz zu behaupten und eine Anpassung der Instrumente an die Bedingungen der alternativen und solidarischen Ökonomie zu fordern.

»...durch Förderung die Differenz behaupten.«

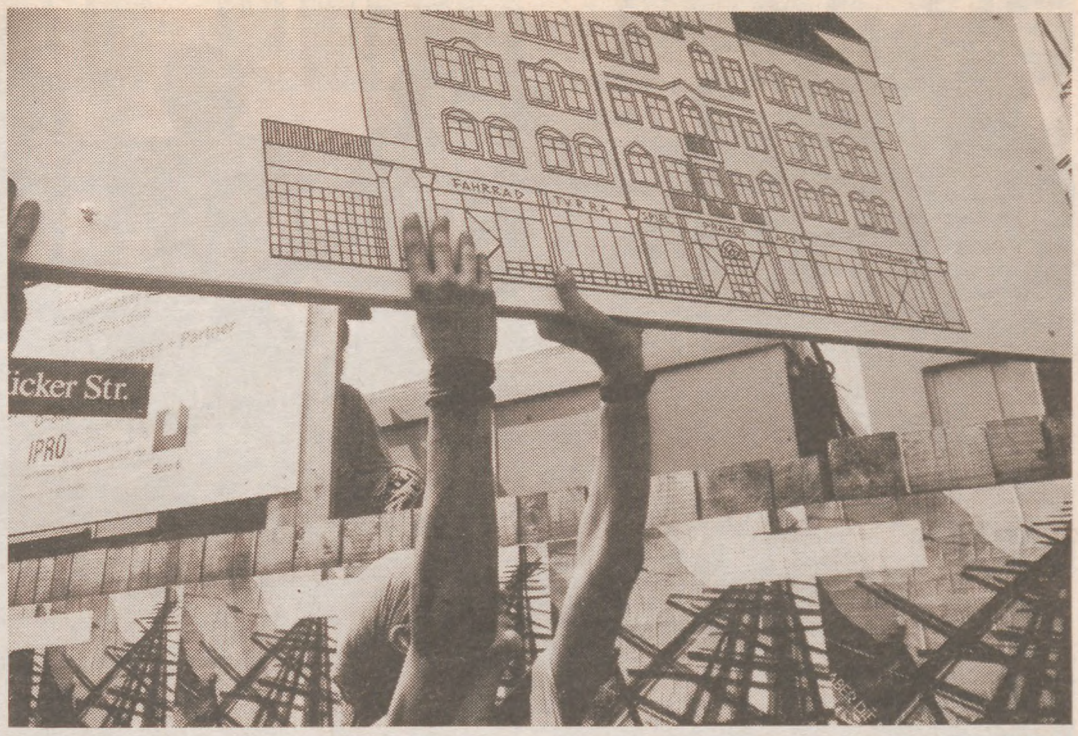
Zum Schluß will ich noch einige präzise Forderungen an die Europäische Gemeinschaft nennen, die an die existierenden Wirtschafts- und Sozialförderinstrumente der EG gestellt werden können. EG-Förderung kann natürlich weder die lokale, noch die regionale und nationale Ebene ersetzen. Sie ist nicht mehr und nicht weniger als eine ergänzende Förderung, die sich an gemeinschaftlichen Kriterien orientiert – und insofern erscheint es sinnvoll, alternative und solidarische Ökonomie, die in allen Ländern der EG praktiziert wird, als gemeinschaftliches Ziel mit einzubringen, zumal die EG in ihrer Wirtschaftsförderung und vor allem in den Strukturfonds bis jetzt diesen Ansatz überhaupt nicht berücksichtigt.

1. in den Strukturfonds, dem Regional- (EFRE) und dem Sozialfonds (ESF), muß ein bestimmter Teil der Mittel für sozial und ökologisch innovatorische Projekte bereitgestellt werden. Im Unterschied zu einem früher gehandhabten Begriff der Innovation, der für jedes Projekt eine absolute Neuerung auf der Ebene der ganzen EG forderte, muß sich der Begriff auf eine Innovation im jeweiligen lokalen und regionalen Kontext beziehen. Für diese Projekte muß ein eigenes Antragsverfahren entwickelt werden, das abgekoppelt ist vom normalen administrativen Verfahren.

Die Leitlinien der Fonds müssen in der Weise geändert werden, daß vor- und nachberufliche Bildung, längerfristiger Beschäftigungsaufbau (ESF) sowie soziale und ökologische Infrastruktur (EFRE)mit gefördert werden können.

Es muß ein free-money-Topf eingerichtet werden, der es erlaubt, für eine bestimmte Zeit /max. 1 Jahr/ die Projektideen zu entwickeln und Anträge an öffentliche Geldgeber zu entwickeln bzw. die Startbedingungen für Betriebe zu sichern.

2. Es braucht einen Eigenkapitalhilfefonds auf europäischer Ebene.



Fotos: CONTRASTE-Archiv

3. Die Europäische Entwicklungsbank muß ein Kleinkreditprogramm auflegen, das für Betriebe und Projekte zugänglich ist.

4. Lokale und regionale Netzwerke der alternativen und solidarischen Ökonomie müssen ebenso wie die bei Industrie- und Handelskammern angesiedelten Euro-Info-Schalter für Klein- und Mittelbetriebe von der EG-Kommission gefördert werden. ●

EURALTER

EURALTER ist der Name der ersten multinationalen alternativen Firmengründung nach der neuen Rechtsform der Europäischen Wirtschaftlichen Interessensgemeinschaft. Im Dezember wurde auf einem internationalen Treffen in Paris alles zur Gründung von EURALTER vorbereitet und eine vorläufige Geschäftsführung (Steve McQueen, Birmingham und Christian Tytgatt, Lille) bestimmt. Die Firma soll in einer ersten Ausbauphase das Feld für Beratungen und Förderungen alternativer Projekte durch die EG verbessern und in einer späteren Entwicklungsstufe auch Kapitalbeteiligungen eingehen oder vermitteln (Risikokapitalfonds).

GEGEN »SPORADISCHE ARBEIT« – FÜR STÄNDIGEN AUSTAUSCH

EURO-NETZ

Europaweiter Aufbau einer elektronischen Informationsstruktur

Auf der ersten internationalen Konferenz Ende 1990 in Straßburg vertrat Grigory Pelman noch einen Verband Sozialer Kooperativen aus der damaligen UdSSR. Nach Brüssel war er für den neugegründeten Business of Russia Information Pool gekommen und forderte in seinem Diskussionsbeitrag den Aufbau verbindlicherer Strukturen zur Gewährleistungen eines besseren Austauschs...

Von Grigory Pelmann, Moskau ● Heute, vierzehn Monate nach unserer ersten und kurz nach der zweiten Zusammenkunft, stehen wir vor der Frage, wie der nächste Schritt konkret aussehen soll. Welche Projekte sollen in Angriff genommen, wie soll unsere künftige Zusammenarbeit in der Praxis gestaltet werden?

Zu dem Zweck ist es nützlich, Rückschau zu halten und zu prüfen, was bisher erreicht wurde und welche Probleme sich ergeben haben. Dabei werde ich mich auf Projekte beschränken, an denen ich selbst beteiligt war, und versuchen, vor allem die Schwierigkeiten zu beleuchten, die vornehmlich, aber nicht ausschließlich, die Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa kennzeichnen.

Auf der letzten Konferenz wurden ausgezeichnete Vorschläge zur zukünftigen Zusammenarbeit mit Rußland vorgelegt. Besonders bemerkenswert waren die Ideen einer belgischen landwirtschaftlichen Genossenschaft, die sich der Ziegenzucht verschrieben hat. Während und nach der Konferenz wurde ein Projekt zum Aufbau einer Landwirtschaftsschule mit dem Ziel erarbeitet, in Rußland eine Schicht selbständiger Landwirte heranzubilden und diese mit einer umweltverträglichen landwirtschaftlichen Produktion vertraut zu machen.

Die begeistert begrüßte Idee nahm Formen an und setzte sich allmählich auf höheren Ebenen durch.

Dennoch können wir nicht alle unsere Vorstellungen verwirklichen, was nicht allein unserer eigenen Unzulänglichkeit, sondern weitaus häufiger den gegebenen Umständen zuzuschreiben ist.

Im vorliegenden Fall ging die Idee ihrer Wurzeln, ihres eigentlichen Ursprungs verlustig, d. h. die Kontakte zu unseren belgischen Freunden brachen ab. Trotzdem konnte sie sich entwickeln und wurde verschiedenen Institutionen in Moskau vorgelegt. Auf westlicher Seite konnte sie dank der Reaktion der französischen Confédération paysanne auf unseren Artikel in »A faire« in Form eines konkreten Vorschlags und eines Angebots zur Mitarbeit an Projekten in Rußland Gestalt annehmen, was wiederum neue Fortschritte in Rußland zur Folge hatte. Die Idee wurde von einem landwirtschaftlichen Versuchs- und Forschungsinstitut sowie einigen, an der Entwicklung einer ökologischen Landwirtschaft interessierten Initiativgruppen aufgegriffen und gefördert, die mittlerweile dabei sind, eine Vereinigung für den Moskauer Raum zu bilden. Ferner beteiligt sind die für den Moskauer Raum zuständigen Behörden, ein in der Konversion befindlicher Rüstungsbetrieb sowie unsere Gesellschaft Centre SCIP (sozialkulturelle Initiativen und Programme).

Gemeinsam verfügen diese Partner über Ländereien, eine Fabrik für landwirtschaftliche Geräte sowie Gebäude, die für die Unterbringung und die Organisation des Schulbetriebes geeignet sind. Derzeit befindet sich unsere Arbeit im wesentlichen noch im Versuchsstadium, doch möchten wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zur Vertiefung der Kontakte und Beziehungen auch auf internationaler Ebene, zur Erprobung neuer Ideen und zur Durchführung von Pilotprojekten beitragen, damit diese dann von anderen Gebieten und Menschen übernommen werden können.

Sehr dankbar sind wir für die Beziehungen, die innerhalb des europäischen Netzes zustandekamen, insbesondere über die vielversprechenden Kontake zu den französischen und Schweizer Bauernverbänden, mit denen wir an der Weiterentwicklung unseres ersten Projektes zusammenarbeiten.

Aber gerade die außerordentliche Fruchtbarkeit dieser Diskussion und Verhandlungen legt die strukturellen Probleme unserer bisherigen Netzwerk-Tätigkeiten offen. Unsere Aktivitäten sind sporadischer Art. Wir hangeln uns von einer Sitzung zur nächsten internationalen Konferenz, von Kontinuität kann also kaum die Rede sein. Ferner müssen wir uns darüber im klaren sein, daß nur ein kleiner Teil der einzelnen Gruppen aus dem gesamten Bereich der alternativen Wirtschaft regelmäßig an diesen Konferenzen teilnimmt. Der sporadische Charakter unserer Arbeit ist letztendlich das Ergebnis unseres unzulänglichen Informations- und Kommunikationssystems. Eine Lösung dieses Problems wäre für das gesamte Netz von entscheidender Bedeutung, denn wir müssen unsere Arbeit intensivieren, ohne gleichzeitig die Kosten in die Höhe zu treiben, was bei häufigeren Konferenzen der Fall wäre. Eine Lösung bedarf es ferner, weil nur im Rahmen eines regelmäßigen Austausches internationale Projekte verwirklicht werden können und eine Chance auf Erfolg haben.

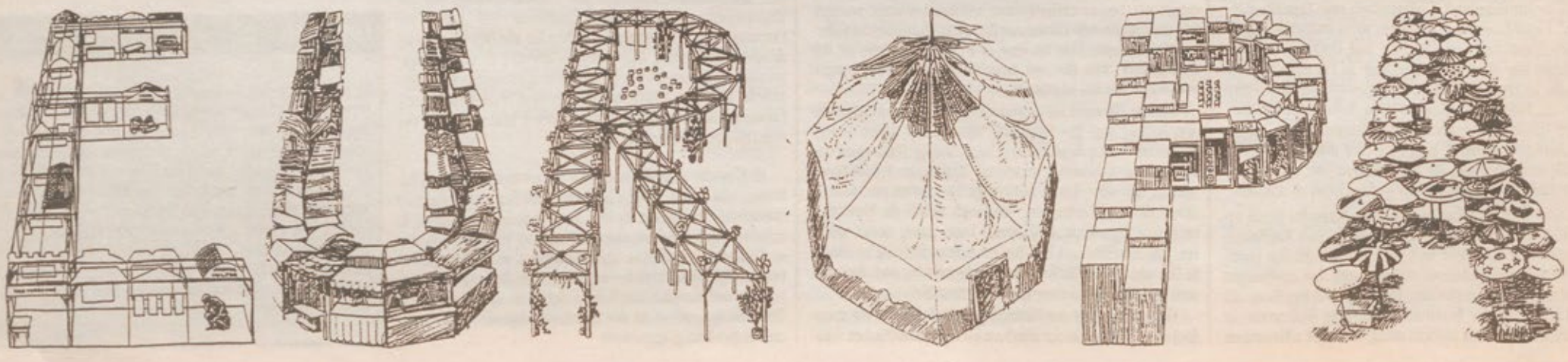
Daher schlagen wir den europaweiten Aufbau einer elektronischen Datenbank, ständiger Kommunikationsverbindungen sowie von Einrichtungen für Telefonkonferenzen vor. Damit wäre ein relativ kostengünstiger umfangreicher und schneller Infomationsaustausch gesichert. Partner für Projekte in verschiedenen Ländern wären rasch zu ermitteln. Diskussionen über Konzeptionen und Theorien sowie der Austausch von Erfahrungen problemlos zu bewerkstelligen.

Dies soll wohlgemerkt kein Plädoyer für die Abschaffung von Konferenzen sein. Direkte gesellschaftliche Kontakte und der persönliche Meinungsaustausch werden für den Aufbau eines funktionierenden Netzwerks stets von entscheidender Bedeutung sein. Aber selbst für die Konferenzen wäre es ein unschätzbarer Vorteil, wenn der Erfolg der Diskussionen nicht allein von der Arbeit abhinge, die auf einer einmal jährlich stattfindenden, zwei- bis dreitägigen Sitzung gemeinsam bewältigt werden kann. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Grafik aus der Dresdner Vorbereitungsbroschüre zur »Europäischen Projektemesse 1994«.



EURO-NETZ

KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER ARBEITSLOSEN (KOB):

Polen noch nicht verloren?

Vielfältige Kontakte zur Alternativszene vor allem auch in Frankreich bringt der Pole Bruno DREWSKI in das Euro-Netz ein. Kein Wunder: er spricht muttersprachlich polnisch und französisch, aber auch deutsch und andere Sprachen. In seinem Bericht von Brüssel erklärt er die Situation in Polen, die vergangenes Jahr zur Gründung eines nationalen Alternativ-Netzwerks mit beachtlicher Breitenwirkung führte...

Foto: Bernd Markowsky / Aus der Traum

Bruno Drewski ● In Polen, wie überhaupt im Osten, ist eine tiefgehende Verunsicherung festzustellen, eine wachsende Verzweiflung, hervorgerufen durch die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Situation, des Zustandes des Gesundheitswesens und der Umwelt. Darüber hinaus sieht sich die Gesellschaft als Opfer einer Manipulation, denn die 1989 in Polen angekündigten Veränderungen sahen die Einführung einer, wenn auch nicht genau definierten Form von sozialistischer Selbstverwaltung vor, haben jedoch zu einer uneingeschränkten Privatisierung geführt. Das gegenwärtig umgesetzte Wirtschaftsprogramm ist durch keinerlei Wahlen abgesegnet worden. Die Gesellschaft fühlt sich destabilisiert, geschwächt und ihrer Verantwortung beraubt. Die polnischen Medien – insgesamt gesehen immer noch genauso unterwürfig wie sie es gegenüber der vorher herrschenden Ideologie waren – stellen die Privatisierung als einzig möglichen Entwicklungsweg dar. Wohlstandskult, Kult der Reichen und des Individuums – das sind die neuen Einheitswerte.

Der Zerfall der sozialen Kräfte scheint seinen Lauf zu nehmen, selbst wenn sich noch ein – frustriertes – soziales Bewußtsein hält.

Die Gesellschaft, und insbesondere die Mitarbeiter der staatseigenen oder genossenschaftlichen Betriebe, die noch die überwiegende Mehrheit bilden, erwarten voller Sorge die Entscheidungen der Regierung. Es gibt jedoch ein Potential an Menschen, die zu alternativen Initiativen aufrufen, bevor die Auflösung des Sozialgefüges nicht mehr aufzuhalten ist.

Alternatives Potential

In Polen, wie überhaupt im Osten, ist es nicht unbedingt sinnvoll, neue alternative Unternehmen zu gründen, da die Betriebe des sog. vergesellschafteten Sektors bereits ein Potential an alternativen Unternehmen darstellen, sofern die Initiativen für eine wirtschaftliche und partizipatorische Demokratie ergriffen werden, bevor der Staat die Betriebe verschleudert oder die existierenden Genossenschaften zur Auflösung zwingt. Gegenwärtig gibt es in Polen 3 Denkrichtungen von unterschiedlichem Gewicht:

1. die »Privatisierer«: sie befinden sich in der Offensive, treiben die bestehenden Unternehmen in den Konkurs, arbeiten auf eine Zerschlagung der Arbeitskollektive, eine Zerstörung der sozialen und kulturellen Bande hin, um anschließend auf den Trümmern völlig neue Unternehmen zu errichten, die sie für rentabler und besser in den Weltmarkt integriert halten. Ihre Hoffnung ist es, ausländisches Kapital anzuziehen, das von den billigen, qualifizierten Arbeitskräften und der Nähe zu den großen Zentren der EG profitiert.
2. die »Verstaatlicher«: sie befinden sich in der Defensive, versuchen die vorhandenen bürokratischen Strukturen, aber auch die dazugehörigen Sicherheitsventile (die erreichten sozialen, kulturellen, menschlichen usw. Vorteile) zu verteidigen. Ihre Hoffnung lautet: abwarten, bis der Privatisierungssturm vorbei ist, und hoffen, daß danach noch ein ausreichend einflußreicher staatlicher Sektor übrig ist.
3. die »Alternativen«, zu denen das KOB gehört: sie versuchen, möglichst viele soziale Kräfte zugunsten einer Selbstorganisation der Gesellschaft zu mobilisieren, Arbeitslose, potentielle Arbeitslose, ArbeiterInnen, Jugendliche, Frauen, Stadtteilkomitees, Gewerkschaften, politische Organisationen, kulturelle Initiativen usw. Ihr Ziel lautet, wirtschaftliche und soziale Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Betriebe, am Rande der alten wie der neuen offiziellen Wirtschaft zu fördern.

Wie unter Stalin verspricht die Regierung z. Z. eine Verbesserung der Situation für die nächste Generation, sofern die Leute jetzt ihre sogenannten »egoistischen« Interessen zum Schweigen bringen, sofern sie die Privatisierung, die allgemeine Verarmung, die Konkurse akzeptieren. Die neuen Stachanows sind nicht mehr die Rekordarbeiter, sondern die tatkräftigen und wohlhabenden Unternehmer.

Die Ziele des KOB: Eine neue Form der sozialen Beziehungen zu entwickeln, leistungsfähig, solidarisch und auf der Basis des Miteinander. Hierzu über die traditionell von den Linken angewandten Methoden hinauszugehen. Aus ihrem Erbe die Aktivitäten zum Zwecke der Verteidigung der punktuellen Interessen der Marginalisierten beizubehalten. Die Förderung aller politischen Initiativen ins Auge zu fassen, die die Beteiligung der sozialen Kräfte an der administrativen und politischen Macht ermöglichen, aber gleichzeitig allen sozialen Gruppen erlauben, eine neue Art von zwischenmenschlichen Beziehungen »hier und jetzt« zu entwickeln. Zu diesem Zweck beabsichtigt das KOB, gemeinsam mit anderen Gruppierungen, die Entwicklung kreativer Bemühungen an der Basis zu fördern, um so die Kräfte einzukreisen oder zu umgehen, auf deren Beherrschung nicht zu hoffen ist.

Gegen alte Nomenklatura und »neue Manager«

Das Scheitern des Realsozialismus ist auch das Scheitern einer Strategie, die ihre ganze Hoffnung auf die Eroberung der politischen Macht gesetzt hatte, ohne wirkliche kulturelle, wirtschaftliche und soziale Vorbereitung der Schichten, die die Grundlage der Gesellschaft bilden.

Die Aktivitäten des KOB: Mobilisieren der autonomen sozialen Kräfte zu ihrer Verteidigung und Selbstorganisation. Gründung oder Wiederaufbau von Unternehmen unter dem Gesichtspunkt von Nützlichkeit und Menschlichkeit. Mit bewußten und engagierten ArbeiterInnen etwas nützliches und gesundes produzieren. Das KOB hat im Geiste des Pluralismus wirtschaftliche und soziale Initiativen lanciert, in denen soziale und politische Organisationen, Gewerkschaften, Frauen, Jugendliche,Obdachlose, Stadtteilkomitees und von der Auflösung bedrohte Genossenschaften zusammenarbeiten. Schaffung einer wahren embryonalen Gesellschaft. In diesem Geist ist es dem KOB gelungen, Personen und Gruppen zusammenzubringen, die das Bürgerkriegsdenken, das in Polen in den letzten zehn Jahren vorgeherrscht hat, voneinander getrennt hatte. Wie Sie wissen, versteht sich die alte Nomenklatur sehr gut mit den neuen »Managern«. Für das KOB ging es daher darum, die aus »Solidarnosc« hervorgegangenen authentischen sozialen Kräfte durch die Gruppen zu verstärken, die sich ihr aus Angst vor kapitalistischen Tendenzen nicht angeschlossen hatten. Auf beiden Seiten hatten die Arbeiter, Bauern, Jugendlichen und Feministinnen gute Gründe, sowohl gegen die Nomenklatur der »kommunistischen« Partei als auch gegen die neuen, vom großen westlichen Markt geblendeten Eliten »neuen Stils« zu opponieren. Auf beiden Seiten haben sich die eigenen Eliten ihrer als Sprungbrett bedient. Das KOB will Anlaufstelle und Sammelpunkt für all diejenigen sein, die sich aufgrund dieser Entwicklung verloren vorkommen und aus dem Bürgerkriegsdenken ohne politische Vorurteile herauskommen wollen.

Warum sich dem Netzwerk der alternativen und solidarischen Wirtschaft anschließen?

In dieser aktuellen Situation der »ideologischen Bombardierung«, der die polnische Gesellschaft fassungslos gegenübersteht, können die alternativen Strömungen aus dem Westen durch ihre Erfahrungen und ihre Informationen dabei helfen, aufzuzeigen, daß man auch und gerade im Westen etwas anderes machen kann und daß es funktioniert. Dies ist umso eher machbar, als in Polen wie überhaupt im Osten die wirtschaftlichen Strukturen größtenteils noch nicht den Gesetzen des Dschungels unterworfen sind.

Dabei können die alternativen und solidarischen Netzwerke im Westen auf dem Weg über Wirtschafts- und Handelsbeziehungen oder über den Austausch von Informationen eine Rolle spielen.

Bildung eines Ost-West-Süd-Zentrums

Auch die alternativen Initiativen aus der Dritten Welt können den PolInnen bei der Erkenntnis behilflich sein, daß die Gesetze des freien Marktes auch nach einer sehr langen Lehrzeit die massive Armut nicht wie von Zauberhand verschwinden lassen. Sie können auch aufzeigen, daß es den Kräften am Rande der Gesellschaft selbst unter dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen gelingen kann, ihr Schicksal gemeinsam selbst in die Hand zu nehmen.

Polen und seine Nachbarn im Osten können ihrerseits einiges neues zur Alternativbewegung beisteuern: gebildete und qualifizierte Arbeitskräfte, IngenieurInnen, TechnikerInnen, ÄrztInnen usw., die zur Ausbildung ihrer KollegInnen im Westen und Süden beitragen können. Das Vorhandensein von »sozialistischen« Werten, die den Menschen zwar auf administrativem Wege eingetrichtert wurden, aber von denen trotz allem einige Elemente aufgenommen wurden, kann bestimmte alternative sozio-ökonomische Initiativen erleichtern. Im Falle der Landwirtschaft läßt sich das gegenwärtige Interesse vieler junger polnischer LandwirtInnen an biologischer Landwirtschaft und Genossenschaften aus dem wachsenden Bewußtsein der ökologischen Probleme, in Verbindung mit dem Arbeitskräfteüberschuß auf dem Land, dem Mangel an Arbeitskräften und Wohnraum in den Städten und dem Mangel an chemischem Dünger erklären. Alle diese Faktoren erlauben sozio-ökonomische Initiativen in dieser Richtung. Darüber hinaus hat das KOB die Schaffung eines Ost-West-Süd-Zentrums in Angriff genommen, dessen Aufgabe in der Herstellung dauerhafter Kontakte, der Initiierung unabhängiger sozialer und wirtschaftlicher Untersuchungen und der Unterstützung bei der Anbindung lokaler Initiativen bestehen soll.

Es war die Erkenntnis, daß die großen wirtschaftlichen Probleme im Rahmen einer internationalisierten Wirtschaft behandelt werden, die das KOB zu dem Versuch veranlaßt hat, diese Einrichtung auf die Beine zu stellen, um die Möglichkeiten, neue Antworten zu finden, auf einer dezentraleren Basis zu eruieren. Dieses Zentrum wird unerläßlich sein, um über die punktuellen Kontakte hinauszukommen, die das KOB bereits in Rußland, der Ukraine, Litauen und anderen östlichen Ländern unterhält. Seine Ausweitung nach Westen und nach Süden könnte den Reflektionsprozeß bereichern und regelmäßigere Kontakte herstellen. Dazu müßten jedoch vorher die Finanzierungsprobleme gelöst werden. Die Ziele des KOB finden eine recht breite Unterstützung unter den verschiedenen sozialen, politischen, gewerkschaftlichen und religiösen Gruppen, aber für die Organisation der Initiativen werden Mittel benötigt, die das KOB nicht immer zur Verfügung hat. ●

NETZ FÜR SELBSTVERWALTUNG UND SELBSTORGANISATION:

Hilfen zum EG-Binnenmarkt

Die Einführung des europäischen Binnenmarktes zu Beginn dieses Jahres verschärft den Konkurrenzdruck auf kleine Unternehmen durch weiter wachsende Angebote international operierender Großbetriebe. Auch die netz-Mitgliedsbetriebe werden von den Folgen der Maastrichter Verträge vom 14.2.1992 nicht verschont bleiben.

Hans-Gerd Nottenbohm, netz dortmund ● Damit die Unternehmenskonzentration in der EG durch die Wirtschafts- und Währungsunion nicht allzu stromlinienförmig verläuft, baut die EG ihre rund 200 Förderprogramme vor allem zugunsten kleinerer und mittlerer Unternehmen aus. Die viel beschworene Innovationskraft dieser Unternehmen soll so erhalten und gefördert werden.

Kleinere und mittlere Unternehmen sind allerdings bei der Teilhabe an Forschungs- und Entwicklungsprogrammen großen Schwierigkeiten ausgesetzt. Bereits 1992 bot die EG viele Förderprogramme an zu Technologietransfer, Bildung, Außenwirtschaft, Gesundheit, Umweltschutz, Energie, Ernährung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Soziales, Kultur und allgemeine Finanzierungen.

Die Mitarbeit in diesen Programmen ist jedoch mit Akquisitions- und Verwaltungsaufwendungen verbunden. Für Klein- und Mittelunternehmen sind sie meist zu hoch, da sie nicht über vergleichbare Möglichkeiten der (langfristigen) Finanzierung verfügen. Wie in der Vergangenheit besteht deshalb die Gefahr, daß solche Förderungen an den »netz«-Mitgliedsbetrieben vorbeigehen und doch bei den Großen landen.

Die Kleinen sind überfordert

Aus diesem Grund trifft das »netz« Vorbereitungen, damit einige Krümel dieses »EG-Kuchens« in seinen Reihen verbleiben. Für 1993 plant das »netz« in seinen Kontaktstellen Bremen, Münster, Dortmund, Düsseldorf, Frankfurt, Freiburg sowie München und später auch in weiteren Städten, Mitgliedsbetriebe über die grundsätzlichen Möglichkeiten dieser Förderprogramme zu informieren. Außerdem werden mehrere Informationsveranstaltungen zu diesen Fördermöglichkeiten angeboten.

Dienstleistungen helfen weiter

Die genannten Kontaktstellen werden etwa im vierzehntägigen Rhythmus über neueste Daten zu aktuellen Schwerpunkten in diesen Förderprogrammen über Antragsfristen und sonstige wichtige Informationen verfügen. Dazu gehören (hoffentlich) auch Kenntnisse über Anträge und Projektvorhaben von Firmen aus anderen EG-Ländern, die deutsche Kooperationspartner suchen.

Entstehen durch die Informationen konkrete Projektideen, werden »netz«-Mitgliedsbetriebe bei der Ausarbeitung und Antragstellung unterstützt. Dies geschieht durch Beschaffung vollständiger Ausschreibungsunterlagen aus dem Amtsblatt der EG. Hintergrundinformationen, Vermittlung von AnsprechpartnerInnen und Beschaffung internationaler Kooperationspartner. Auch bei der Beschaffung und Organisation von Eigenmitteln und der notwendigen nationalen Finanzierung für die Durchführung der EG-mitfinanzierten Projekte bietet das »netz« seine Hilfe an. ●

REGIONALE »NETZ«-KONTAKTSTELLEN

netz
Huckarder Str. 10-12
W-4600 Dortmund
☎ (02 31) 16 24 76

IBPRO (netz-Bayern)
Kaulbachstr. 85
W-8000 München 40
☎ (0 89) 34 33 53

netz
Börnestr.10
W-4000 Düsseldorf 1
☎ (02 11) 164 95 83

netz Baden-Württemberg
Erwinstr. 29
W-7600 Freiburg
☎ (07 61) 70 90 23

netz
Staufenstr. 27
W-4400 Münster
☎ (02 51) 39 34 35

netz Bremen
Kulturzentrum Lagerhaus
Schildstr. 12-19
W-2800 Bremen
☎ (04 21) 70 14 61 o. 7 70 20

VSBH (netz-Hessen)
Schäfergasse 46
W-6000 Frankfurt 1
☎ (0 69) 131 04 07

KURZMELDUNGEN

17. Baufachfrauentreffen

Frauen für Frauen

Die Initiative Baufachfrauen gründete sich 1984 nach dem ersten Baufachfrauentreffen. Ziel war und ist es, den Kontakt und Austausch zwischen Berufskolleginnen in planenden und ausführenden Berufen zu fördern und zu pflegen. Seit 1987 ist Baufachfrau ein anerkannter gemeinnütziger Verein mit Sitz in Dortmund. Er dient als bundesweite Kontaktstelle für Frauen in planenden und ausführenden Bauberufen.

Redaktion Südwest ● Schon im Oktober trafen sich 21 Frauen aus den alten und neuen Bundesländern um sich über Projekte von Frauen für Frauen zu informieren. Von der Technikerin bis zur Architektin, von der Gesellin bis zur Meisterin, alle waren sich einig darin, daß sich einiges verändert hat die letzten Jahre. War früher der Wunschtraum fast jeder Baufachfrau, in einem Frauenprojekt zu arbeiten und/oder zu leben, so klagten die sich vorstellenden Projekte unisono über den Mangel an Frauen, die qualifiziert sind oder sich qualifizieren wollen. »Frauen Bauen« aus Dortmund, »Bauen für Frauen« aus Ostberlin, die Frauentischlerei Kreischsäge aus Bochum sind nur einige der vorgestellten Betriebe oder Projekte, die über ihren aktuellen Alltag berichteten. Das Thema Lebenskonzepte war der andere Schwerpunkt mit Fragen wie: »Bin ich eine Führungsnatur?« oder »Welche Arbeitsstrukturen und welcher Rhythmus entsprechen mir?« »Wie will ich leben und arbeiten?« »Habe ich Träume und wie verwirkliche ich sie?« Der Diavortrag einer Teilnehmerin zum Thema »Das Weibliche in der Architektur« brachte auf sehr anregende und kreative Weise Inhalte und Fachinformationen zusammen.

Wer sich näher dafür interessiert: Baufachfrauentreffen finden 1993 vom 23.-25.April in Berlin und vom 15.-17. Oktober in Osteresch statt. Anmeldungen und Themen über Baufachfrau e.V., Adlerstraße 81 in W-4600 Dortmund.

FRAUEN & COMPUTER

Was in einer Textverarbeitung alles drinsteckt –

von »Frauensperson« bis »Mannsstück« – reichen die Synonyme (!), die für »Frau« und »Mann« im »Thesaurus« von Word 5.5. angeboten werden.

Die »komplette Liste« für »Frau«, deren »Bedeutung« ‚it »Dame«, »Ehefrau« und »Frauen« angegeben wird, besteht aus den »Synonymen«:
Eva – Sie – Weibliches Wesen – Krone der Schöpfung (kein Tippfehler!) – Frauenzimmer – Weib – Weibchen – Weibsbild

Beim Plural »Frauen« steht übrigens auch noch (und wie nicht anders zu erwarten?) das »Schwache Geschlecht«.

Konsequent logisch werden »Männer« mit »Starkem Geschlecht« gleichgesetzt, deren singuläres Auftreten mit Synonymen belegt wird wie:
Mannsbild – Alter – Angetrauter – Er – Herr – Kerl – Mannsperson – Maskulinum – Typ – Gestalt

Derart einfallslose »Gleichsetzungen« (die ich für beide Geschlechter diskriminierend empfinde, legen die Vermutung nahe, daß bei der Erstellung des Thesaurus hoffnungslos veraltete Wörterbücher zugrundegelegt wurden. Besonders eklatant ist der Anachronismus beim **Frauenhaus**. Selbst die Auflage meines deutschen Wörterbuches »Wahrig« aus dem Jahre 1986 bietet die korrekte Definition: besonders im **Mittelalter** Bezeichnung für Bordell – heute: Haus, in dem von ihren Männern mißhandelte Frauen Schutz und Unterkunft finden.

Welche Synonyme für das **Frauenhaus** bietet dagegen »unser neuestes Textverarbeitungsprogramm Word 5.5«? – Etablissement, Freudencenter, Massageinstitut, Establishment, Öffentliches Haus, Bordell, Dirnenhaus...

Wenn Sprache Ausdruck von Bewußtsein ist, dann bleibt mir nur noch die Schlußfolgerung: unser modernstes »Spielzeug«, der Computer, sinnigerweise mit »Elektronengehirn« gleichgesetzt, wurde und wird von »Wesen« programmiert, deren Bewußtsein »im Mittelalter hängenblieb«.

Angelika Huber, Frauen-Computer-Schule München

BUCHBESPRECHUNG

Ratgeber für Unternehmerfrauen

Der Titel des von einem Mann für Frauen geschriebenen Buches beschreibt treffend die Zielgruppe. Das Buch ist für Frauen geschrieben, die als Ehepartnerinnen, Erbinnen, Nachfolgerinnen »durch die Wechselfälle« des Lebens in die Position der »Unternehmerin gelangen«. Es wird sicherlich seiner im Vorwort genannten Einschränkung gerecht, daß es kein Studium ersetzen kann.

Verdeutlicht werden soll die Problematik, die mit dem Status »kleine Selbständige« entsteht. Deshalb werden alle Kapitel von Rechnungswesen, Marketing, Leitung eines Unternehmens, Privat- und Betriebsvermögen bis hin zum Unternehmertestament angerissen. Kleine Betriebe unterliegen nach **Risse** einer besonderen Spannung, da sie finanziell gesund sein, Raum für individuelle Entfaltung und ein gesichertes Alter bieten sollen. Der Autor widmet sich als letztes der speziellen Situation von Frauen im Unternehmen. Unter den Überschriften »Tätigkeiten der Ehefrau«, »Vorkehrungen für den Ausfall des Unternehmers«, »Ehekonflikte«, »Ehefrau in der Krise des Unternehmens«, »die Frau als Unternehmerin«, beschreibt er Besonderheiten. Die Informationen zu den einzelnen fachlichen Fragen werden in einer anspruchsvollen, Fachwissen voraussetzenden Sprache präsentiert.

Interessant ist die Bedeutung, die der Autor der Alterssicherung durch ein Unternehmen zuschreibt. Dieser Aspekt wird häufig von Frauen unterschätzt. Insofern bietet das Buch eine interessante Ergänzung von Frauen für Frauen geschriebene Ratgeber. Fraglich bleibt, warum Ehekonflikte bei Unternehmern lediglich betreffen: das Unternehmen, Vermögen und Einkommen und die Lebensbereiche der Ehefrau. Sind Männer an ihren Ehekonflikten nicht beteiligt?

Hanne Bestvater

Winfried Risse, Ratgeber für Unternehmerfrauen,
Beckverlag 1990, 9,80 DM

FRAUEN GEGEN GEWALT UND RASSISMUS

Wir wollen weiter zusammen leben!

Die strukturelle Gewalt gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen ist in offene Gewalt eskaliert. Organisierte Rechsradikale und rechts-orientierte Jugendliche greifen mit Brandstiftungen Wohnheime an, um Kinder, Frauen und Männer zu vertreiben oder gar zu töten. Und viele deutsche Frauen und Männer verschließen die Augen vor der Gewalt, stimmen ihr zu oder heizen sie an. Bedroht sind nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch Prinzipien des Rechtsstaats, die den Schutz von Menschen garantieren und Mord und Brandstiftung entschieden ächten müßten.

Redaktion Frauen ● Auch der alltägliche Rassismus hat erschreckend zugenommen, Menschen, die zu uns geflohen sind, die immigriert oder hier geboren sind, auch wenn sie einen deutschen Paß haben, werden auf der Straße beschimpft oder angegriffen. Menschen, die seit Jahr und Tag hier leben, aber nicht weiß und deutsch sind, werden bedroht und sind in Gefahr.

Der Staat und die Medien schüren die Gewalttaten. Die Aktionen der Rechten sind, zumindest bis zu einem gewissen Grad, politisch gewollt. Dadurch soll ein Rechtsdruck auch der bürgerlichen Parteien legitimiert werden. Um das Asylrecht abzuschaffen und Sozialleistungen abzubauen, benutzen die PolitikerInnen die Gewalttäter. Sie signalisieren den Gewaltausübenden, daß man mit Brandbomben und Überfällen Politik machen kann. Darüber hinaus nehmen sich die PolitikerInnen selbst aus der Schußlinie, indem sie von ihrem eigenen Versagen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ablenken, und ganz bewußt den Unmut über den »Vereinigungsprozeß« auf Fremde - vor politischer Verfolgung, Armut und Krieg zu uns geflüchtete Menschen -kanalisieren.

In Diskussionen in der Öffentlichkeit und in den Medien wird der steigende Rassismus häufig mit Bezug auf deutsche Frauen und auch von deutschen Frauen gerechtfertigt. Über Millionen Fernseher werden Aussagen verbreitet wie: »Ausländer belästigen deutsche Frauen« oder »Wie die Ausländer Frauen behandeln – eine Schande«.

Der deutsche Rassismus wird wieder zum Leben erweckt. Der »triebhafte, schmutzige Fremde« wird erfunden, der angeblich eine »Gefahr für die deutsche Frau und die deutsche Volkshygiene« darstellt. Mit Nachdruck wenden wir uns gegen diesen alltäglichen Rassismus, der auch durch Bezug auf die Frauen populär gemacht werden soll.

Frauen aus anderen Kulturen und deutsche Frauen werden mehrheitlich von weißen deutschen Männern sexuell belästigt. Die Übergriffe von nicht deutschen Männern werden sensationalisiert, um damit Sündenböcke zu schaffen. Sexuelle Gewalt gegen Frauen gibt es in den meisten Kulturen, auch in der deutschen. Dagegen wehren wir uns als Feministinnen schon lange und fordern auch jetzt politische Maßnahmen, Widerstand und alltägliches Handeln gegen jede Gewalt gegen Frauen. Wir lassen uns aber von rassistisch motivierten Ablenkungsmanövern und der Stimmungsmache nicht täuschen und protestieren entschieden dagegen, daß in unserem Namen die Gewalt gegen Flüchtlinge und die fortgesetzte Ausgrenzung von ImmigrantInnen gerechtfertigt werden soll. Wie wollen uns nicht zu Sauberfrauen am »gesunden Volkskörper« definieren lassen und zur Legitimation einer ethnischen Säuberung bei uns herhalten, die unsere PolitikerInnen möglicherweise woanders verurteilen. Wir leben seit Jahrzehnten mit Kindern, Frauen und Männern aus vielen Ländern zusammen. Nun stellen wir mit Erschrecken fest, daß viele Deutsche mit Gleichgültigkeit oder Wegsehen gegenüber dem Leiden von Menschen, die vor politischer Verfolgung, Armut oder Krieg flüchten, reagieren. Die ersten Ansätze einer »ethnischen Vertreibung« in Hoyerswerda, Rostock, Quedlinburg sowie in anderen west- und ostdeutschen Regionen dürfen und können nicht hingenommen werden.

Wir wollen wieder mit Flüchtlingen und ImmigrantInnen, mit Frauen, Männern und Kindern aus anderen Ländern zusammenleben!

Wir fordern:

- die sofortige Aussetzung der Debatte über das Asylrecht; die PolitikerInnen sollen mit den vorhandenen Rechtsgrundlagen für den Schutz aller Menschen in Deutschland sorgen;
- keine Änderungen oder gar Abschaffung des Artikel 16 des Grundgesetzes! Der Artikel 16 schreibt unsere Verantwortung gegenüber politisch Verfolgten fest, die wir als Nachkommen des deutschen Faschismus nicht einfach aufgeben wollen und können. Eine Abschaffung des Artikel 16 würde lediglich einen gefährlichen politischen Rechtsdruck fördern und soll symbolisch deutsche Verantwortung und deutsche Geschichte vergessen machen - zur Lösung konkreter Probleme würde das nichts beitragen;
- die Beibehaltung des Rechts auf Asyl gemäß Artikel 16 des Grundgesetzes sowie seine Ergänzung in dem Sinne, daß Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts, bzw. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden, politisches Asyl genießen;
- das sofortige Ende der bewußten Verschleppung bei der Bearbeitung von Asylanträgen und die sofortige Anerkennung aller Flüchtlinge, deren Anträge noch nicht bearbeitet worden sind;
- die sofortige Neufassung des Artikel 116(1): volle BürgerInnenrechte für ImmigrantInnen und Flüchtlinge, die in der BRD ihren Lebensmittelpunkt haben, auch ohne Einbürgerung. Das heißt z.B. auch ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Rechtsanspruch auf deutsche Staatsangehörigkeit für alle, die hier geboren sind, Anerkennung doppelter Staatsbürgerschaft;
- keine neuen schärferen Polizeigesetze und keinen Landfriedensbruchparagraphen; der Schutz der durch Mordanschläge bedrohten Menschen ist - wenn politisch gewollt - auch unter der bestehenden Gesetzeslage möglich.

Wir werden:

- uns aktiv einmischen, wenn wir alltäglichen Rassismus auf der Straße, in der Schule, in der Nachbarschaft erleben. Wir werden widersprechen, wenn wir gedankenlose Zustimmung zu Gewalt und Hetze hören;
- Frauennetzwerke gegen die rassistische Gewalt vor Ort, in unserer Nachbarschaft bilden;
- uns vor die angegriffenen Heime und Wohnungen stellen und Flüchtlinge aktiv unterstützen, wo wir können.

agisra, Arbeitsgemeinschaft gegen internationalle sexuelle und rassistische Ausbeutung e.V.,
Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis e.V., Köln
Feministischer Land-Kreis, Nordheide
Nozizwe, Multikulturelle Feministische Bildungsarbeit, Berlin
Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Köln ●

REZENSIONEN

Ein Rumoren geht durch den Untergrund

Die dichten, feuchten Sümpfe des literarischen Underground, in denen man sich vor 20 Jahren nicht gefahrlos bewegen konnte, ohne zu riskieren, die Orientierung zu verlieren, immer auf der Hut sein mußte, um nicht in einem geistesabwesenden Moment von einer giftsprühenden Schlange angefallen zu werden, scheinen sich durch Egozentrik und inhaltliche Leere gewaltig gelichtet zu haben und sind durch Marktkonformismus weitgehend trocken gelegt.

Nachwuchsautor Innen organisieren sich in Schreibwerkstätten und Lyrik-Workshops, suchen Orientierung in städtischen Literaturbüros. Sie gieren nach Veröffentlichungen. Da sie die bei den großen Verlagen nicht erhalten, publizieren sie notgedrungen in Kleinst- und Selbstverlagen. Dies hat mit Gegenkultur, mit Boykott von etablierten Institutionen zugunsten von selbstbestimmten, eigenen Organen nur noch wenig zu tun.

Die wilden, ungestümen Street-Poeten scheinen nahezu ausgestorben oder in Rente gegangen zu sein. Literarische Subkultur findet sich nur noch in wenigen, kleinen, unregelmäßig erscheinenden Heftchen und Fanzines mit geringen Auflagen und lediglich lokaler Verbreitung.

Seit der letzten Mainzer Minipressenmesse hat der Essener Isabel-Rox-Verlag versucht, alte Gegenkultur-Traditionen aufleben zu lassen und unter dem Arbeitstitel »Bukowski geht in Rente« begonnen, Außenseiter-Texte zu sammeln. Kürzlich ist daraus die Underground Anthologie »Downtown Deutschland« entstanden. Sie enthält zwanzig Autorinnen und Autoren, zwei Zeichner und eine Zeichnerin.

Schade, daß die Verlegerin auf Alter und biographische Angaben zu den AutorInnen verzichtet hat, so kann ich nur vermuten, daß es sich bei einigen der heterogenen Texte um erste Schreibversuche von SchülerInnen und JungautorInnen handelt, bei den anderen um sperrige Geschichten von AutorInnen, die sich schon mehrere Jahre der Subkultur verpflichtet fühlen.

In diesen Geschichten, es handelt sich ausschließlich um Ultra-Kurzprosa, wird viel gesoffen und gefickt, Bier verschüttet und Zeit abgehangen, in öden Zimmern gehockt und durch leere Straßen gestromert.

Doch es sind nicht diese ereignislosen Handlungen, die sich vielfach ähneln, sondern die Art, wie sie erzählt werden ist es, die unterhält oder langweilt, Aufmerksamkeit erzeugt oder abstößt. Einigen AutorInnen gelingt es, den Großstadt-Blues empfindsam rüberzubringen, andere gefallen sich mit aufgesetzten, wiedergekäuten Platitüden. Zu ersteren gehören Rudi Proske, Robsie Richter und Erhard Schmied, zu letzteren eindeutig Perry Schäfer.

Kurz und gut, ein Rumoren geht durch den Untergrund und ist auch vernehmbar, doch vor Schlangenbissen braucht sich niemand zu fürchten.

Kai F. Böhne

Downtown Deutschland, Isabel-Rox-Verlag, Essen 1992,
130 Seiten, 15 DM

Wien wirklich

Viele kommen nach Wien auf der Suche nach Opern, Königinnen und Krapfen essenden Grafen und wollen an der blauen (heute: grauen) Donau geigenschluchzende Romanzen erleben. Doch meist bleiben die Romanzen aus und die Grafen sind längst ins Salzkammergut ausgewandert. Fazit: Klischeereisende lernen Wien nicht wirklich kennen. Das soll nun anders werden. Ein neuer umfangreicher Stadtführer bricht mit Vorurteilen, lenkt den Blick vom Zentrum der »Hochkultur« auf die Außenbezirke der Hinterhöfe; »Wien wirklich« ist eine fast 60 AutorInnen vereinende, monumentale Aufsatzsammlung, die einen kritischen Zugang »von unten zur vielbesungenen Herz-Schmerz-Großstadt eröffnet. Der Stadtführer, der eigentlich nicht »führen« will (Adolf nix für Dich!), will zum Umherstreifen, Widersprechen, Widerstehen anstiften; »Wien subversiv« ist angesagt. Fremder, kommst Du nach Wien, fahr'nicht ohne »Wien wirklich« hin.

Roman Schweidlenka

Renate Banik-Schweitzer u.a.: Wien wirklich. Der Stadtführer. Verlag für Gesellschaftskritik 1992, öS 298.-/DM 38.-

NEUERSCHEINUNG IM AbL-VERLAG

Ein Buch will Anstöße geben

Die Umweltstiftung WWF Deutschland veröffentlicht einen »Leitfaden zur Extensivierung der (Grün-)Landwirtschaft«. Notwendige Extensivierungsschritte werden benannt, derzeit praktizierte bewertet und Handlungsempfehlungen gegeben.

Dieses Buch fordert zum Umdenken auf und setzt auf gemeinsame Initiativen von unten. Das Leitmotiv der AutorInnen ist der Natur- und Umweltschutz und ihre Sympathie gehört dem biologischen Landbau. Ihre Aufforderung zum Umdenken und initiativ werden richtet sich dennoch an alle Beteiligten an der Schnittstelle von Landwirtschaft und Umwelt. Natur- und UmweltschützerInnen wird ein Umgang mit der Landwirtschaft nahegelegt, der von Verständnis und Rücksichtsnahme auf die Situation der Bäuerinnen und Bauern geprägt ist.

Dem Buch liegt ein Verständnis von Extensivierung zugrunde, welches diese als Prozeß oder Bewegung begreift:

- hin zu mehr **Ökologie**, mit dem Ziel einer natur- und umweltverträglichen Landwirtschaft auf der gesamten Fläche und
- hin zu einer **Ökonomie**, die die mit der jeweiligen Produktion verbundenen Kosten im Preis für das Erzeugnis zum Ausdruck bringt.

Der Leitfaden gliedert sich in drei Hauptabschnitte GRÜN-LANDEXTENSIVIERUNG, GÜLLEPROBLEMATIK und VERMARKTUNG.

Im ersten Beitrag widmet sich der Autor Thomas Warnke der **Gründlandextensivierung** und kommt zu dem Ergebnis, daß diese aus ökologischen wie ökonomischen Gründen notwendig ist. Für »betriebsspezifische Umorganisationen« werden Anregungen gegeben.

Im zweiten Beitrag setzt sich der Autor Hinrich Albers mit der **Gülleproblematik** auseinander, beobachtet er doch, daß »sogar die Werbetrommel dafür gerührt« wird, daß »die Gülle entgegen früherer Praxis vermehrt auf Grünland einzusetzen ist«. Für Albers sind in der Diskussion um die Gülle die Wirkungen »auf die Atmosphäre, auf Pflanzen und Tiere und auf das Bodenleben noch zu wenig beobachtet worden«, daher liegt hier ein Schwerpunkt.

Für eine »**andere Vermarktung**« plädiert die Autorin Christine Förster im dritten Abschnitt des Leitfadens. Da heute die Großhandelsstufe und nicht die Bauern/Bäuerinnen an ihren Erzeugnissen verdienten, schlägt sie regionale Vermarktungskonzepte (auch unter Zuhilfe des konventionellen Lebensmittelhandels) vor, damit die »Wertschöpfung« bei den Bauern/Bäuerinnen erfolgt. Und auch dem ökologischen Landbau wird ins Stammbuch geschrieben, daß dieser nur glaubwürdig ist, wenn auch ökologisch vermarktet wird. Alles andere sei »geradezu widersinnig«.

Das Buch richtet sich vor allem an Bauern und Bäuerinnen, NaturschützerInnen, VerbraucherInnen, Fachmenschen in Umwelt- und Landwirtschaftsämtern bzw. -abteilungen, an LehrerInnen in Schulen, Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen.

Das Buch ist über den AbL-Verlag (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.), Nordrheda 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück zu erhalten und kostet 25,– DM, plus 3,– DM Versandgebühr, oder über den Buchhandel unter der ISBN-Nr. 3-927238-11-2. ●

FORTSETZUNG: ANTHROPOSOPHiNNEN ZU SELBSTVERWALTUNG

Assoziatives Wirtschaften

Im ersten Teil dieses Beitrags von Titus Bahner (Kiel) anläßlich einer Arbeitswoche zum Thema Assoziatives Wirtschaften in Überlingen (siehe CONTRASTE Nr. 99) wurde dargestellt, daß in einer Wirtschaftskonzeption, die auf die Selbstbestimmung und Entwicklungsfähigkeit der Menschen baut, die Wahrnehmung von individueller Verantwortung unter den Beteiligten möglich sein muß. Dazu sind überschaubare Strukturen nötig, in denen Kommunikationsprozesse zwischen den WirtschaftspartnerInnen stattfinden können; im Sprachgebrauch der Sozialen Dreigliederung werden diese »Wahrnehmungsorgane im Wirtschaftsleben« als Assoziationen bezeichnet.

Eine Assoziation umfaßt im Idealfall die Erzeugungsstufe, die Verbrauchsstufe sowie den vermittelnden Handel in Form des Großhandels auf der ErzeugerInnenseite und des Einzelhandels auf der VerbraucherInnenseite. Zwei zunächst polare Interessenslagen werden damit zusammengebracht, zwischen denen eine ausgleichende Mitte besteht; eine dreigliedrige Struktur also, die in einer gewissen Analogie steht zum menschlichen Organismus mit dem Sinnes-Nerven-System, dem Stoffwechsel-Gliedmaßen-System und dem vermittelnden Rhythmischen System von Herz und Lunge. Analogie besteht auch zum gesamten gesellschaftlichen Organismus mit dem Wirtschaftsleben, dem Geistesleben und dem vermittelnden Rechtsleben; diese Anschauung liegt ja dem Entwurf der Sozialen Dreigliederung zugrunde. Man darf diese Analogien aber nur als Denkanregung verstehen, sie dürfen nicht den Blick verstellen auf die immer wieder neue Betrachtung des jeweils Vorliegenden.

Wie bei der Sozialen Dreigliederung im Großen ist auch die Idee der Assoziation so gemeint, daß diese Qualitäten (die Pole und die Mitte) bereits existieren in der modernen Gesellschaft und es sich darum handelt, sie nur von künstlichen Verstrikkungen zu befreien und in ein fruchtbares Verhältnis zu bringen. Wenn es stimmt, daß es so einfach ist, dann müßten entsprechende Ansätze eigentlich schon überall entstanden sein. Schauen wir uns um.

ASSOZIATIVE ANSÄTZE

Ein erstes Beispiel sind Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, die ganz ausdrücklich gegenseitig Verantwortung übernehmen wollen; die VerbraucherInnen für das Überleben der ErzeugerInnen, die ErzeugerInnen für die Versorgung der VerbraucherInnen und alle zusammen für die Nichtausbeutung der »3. Welt« und der Natur. Die Handelsstufe ist hier allerdings ausgeschaltet oder hat nur eine unselbständige Funktion.

Der Handel und damit die Mitte als Ausgangspunkt einer Assoziation zeigt sich bei der gepa, die – da Verantwortung nur zwischen lebenden Menschen entstehen kann – mit KONKRETEN Erzeugerprojekten zusammenarbeitet und deren Produkte über Eine-Welt-Läden verkauft, die eine engagierte Kundschaft haben. Im Umfeld der gepa hat sich der Markt schon zu einer bewußt gehandhabten Zusammenarbeit gewandelt. Ein weiteres Beispiel ist die Vermarktung im ökologischen Landbau – ehemals mit Szenebauern und -bäuerinnen, Reginalgroßhändlern, Szeneläden und SzeneverbraucherInnen ein schönes Beispiel einer durch Lebensstil-Identifikation und regionale Begrenzung überschaubaren und damit auch aktiv verantwortbaren Struktur. So nett es damals auch war, die Szenegebundenheit dieses Wirtschaftens war am Ende auch sein Verhängnis: denn die Zugehörigkeit zu einer Szene ist eben nur eine Art kollektives Wir-Gefühl und keine echte Selbstbestimmung, die auch noch ihren Weg findet, wenn das Schweinesystem sich plötzlich als durchlässig erweist. Die Biovermarktung hat ihre Struktur durch den eigenen Erfolg verloren. Es war schon konsequent, aus einem Gefühl für praktizierte Verantwortung sich dem Gang in die Supermärkte so lange es ging zu verweigern – jedoch ein aussichtsloses Gefecht, wenn der Gesamtumsatz jemals aus dem Nischendasein herauswachsen sollte. Was er inzwischen tut.

Die Konsequenz vor dem Leitbild der Assoziation muß es für den Naturkosthandel sein, wiederum durchschaubare Zusammenhänge zu bilden, wobei dem Handel, also Läden/GroßhändlerInnen, eine Schlüsselstellung bei der Zusammenführung von ErzeugerInnen und VerbraucherInnen in sinnvoller Verbindlichkeit zukommt. Im Gegensatz zu früher gibt es die allgemeine Ökoszene nicht mehr – also gilt es etwa, den Läden ein politisches Profil zu verleihen, mit dem sich nicht jede/r, aber dafür ein fester Kreis von VerbraucherInnen und auch ErzeugerInnen umso stärker identifizieren kann. Die organisatorische Konsequenz dazu ist z.B. das »Querbeet-Modell« mit beitragszahlenden Mitgliedern, angestellten HändlerInnen und möglichst auch lokalen DirektlieferantInnen, oder aber der Laden in Verbindung mit Infozentrum und politischer Arbeit.

Der Stuttgarter »Verbund freie Unternehmensinitiativen« vereinigt in einer gemeinsamen Kapitalträgerschaft die verschiedensten Unternehmen vom Waschmittelhersteller bis zur biologisch-dynamischen Gärtnerei, um gemeinsam an neuen Wirtschaftsformen zu arbeiten. Er gliedert sich nach Regionen und Branchen und ist eine Art Vorstufe zu einer »Korporation für Kapitalverwaltung«, die im assoziativen Wirtschaften die Funktion eines staatsunabhängigen Eigentümers des neutralisierten Produktivkapitals übernimmt. Der Verbund arbeitet z.B. an der Frage, nach welchen Gesichtspunkten dieses gesellschaftliche Kapital vergeben und weitergegeben werden kann; das überlebte Erbrecht (Familienunternehmen) wie die pure Rentabilitätsberechnung (Kapitalmarkt) kommen dabei nicht in Frage. Der Verbund ist noch offen für weitere Unternehmen.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen: Von der Bremer Fahrradmanufaktur – bei der allerdings die VerbraucherInnen nur insofern eingebunden sind, als die Konstrukteure ihr Ohr an deren Wade halten – bis hin zum allgemeinen Bestreben aller HändlerInnen, KundInnen- und LieferantInnentreue aufzubauen (entgegen dem Geist der Marktwirtschaft), wobei man sich das Bedürfnis der Kundschaft nach Identifikation durch Beziehung z.B. zu einer Marke zunutze macht, ohne daß das irgendetwas mit Verantwortung zu tun hätte. Die keimhafte Bereitschaft zu Beteiligung und auch ethischem Engagement der Leute am Marktgeschehen wird dabei sozusagen planmäßig abgefangen und im Spiegelgefecht der profitgeleiteten Lügen neutralisiert. Die Umweltwelle, der Grüne Punkt und auch in vielen Fällen das ethische Investment sind Beispiele dafür.

Hieran läßt sich auch die gesellschaftliche Funktion von Assoziationen noch einmal verdeutlichen: Sie sollen den Wirtschaftsprozeß möglichst transparent machen und damit den Menschen nahelegen, in ihrem Handeln sich mit der Wirklichkeit »am anderen Ende der Leitung« auseinanderzusetzen, und zwar als VerbraucherInnen wie auch als Arbeitende. Nur in einer solchen Atmosphäre von Wahrhaftigkeit kann Lernen und Umdenken geschehen, nur in dieser Auseinandersetzung mit Wirklichkeit kann ethisches Verhalten wachsen. Demgegenüber erzeugt die Marktwirtschaft ein permanentes halluzinatives Gaukelspiel, Illusionen von Glück und Befriedigung, das die Menschen in einem Drogenschlaf der Konsumsucht gefangenhält und Lernprozesse konsequent verhindert. Zum amerikanischen »pursuit of happiness« ist das vielleicht ein Weg, nicht jedoch zum Aufwachen an der Not der Erde, an der Wirklichkeit der sozialen Verhältnisse. Die Verlogenheit der marktwirtschaftlichen Kommunikation kommt eben durch das partielle Profitinteresse in die Beziehungen herein, aus dem heraus alle Äußerungen Mittel zu diesem Zweck sind. Wahrhaftigkeit und Transparenz läßt sich erst erreichen, wenn in einer übergreifenden Struktur diese Teilinteressen bewußt ausgeglichen werden können.

UMSETZUNG

Auf der Arbeitswoche in Überlingen wurde klar, daß etliche Aspekte dabei noch ungeklärt sind. Beispielsweise scheint die aktive Einbindung der VerbraucherInnen nirgends zu funktionieren, außer in Pionierphasen und akuten Notfällen. Bewußte Absprachen gehen selten über das Niveau von ungefähren Mengenplanungen (Naturkost) hinaus; im Grunde müßten Einkommensverhältnisse entscheidend dazugehören: Bedarfseinkommen für alle Beteiligten, so der Anspruch. Auch die Funktion der Preise ist zu diskutieren. Klar ist jedoch, daß sich Assoziationen im Interesse aller Beteiligten als Ausdruck eines bestimmten Bewußtseins (bzw. in der Sehnsucht nach einem solchen Bewußtsein) von selbst bilden, wenn keine Machtstrukturen von außen – z.B. Staat, manipulative Werbung, Unternehmensverbände, Gewerkschaften – es unterbinden.

Es kann sich also nicht darum drehen, sie künstlich einzurichten, von daher erübrigt sich auch die Frage, wie sie genau auszusehen haben. Die Beteiligten werden es selbst regeln. Man kann es erfahren, indem man selbst versucht, Mitverantwortung für die Lebensverhältnisse der WirtschaftspartnerInnen zu übernehmen – die bewußtlosen Wirtschaftsprozesse (die unsichtbare Hand) zu durchleuchten und sich zu fragen, ob sich die Verhältnisse verantworten lassen. Und schon entstehen assoziative Ansätze, die sich an ihren Unvollkommenheiten weiterentwickeln. Wie eine Assoziation aussieht, hängt von dem Mensch ab, der die Frage stellt. Sie entsteht aus Gespräch, Initiative, gemeinsamem Urteil und individuellen Entwicklungsprozessen. Und klar ist, daß mit den in assoziativem Wirtschaften gemachten Erfahrungen die Freiheitsfähigkeit und der Verantwortungsraum der Beteiligten nur zunehmen kann: Freiheit entwickelt sich in der Suche nach Freiheit.

DER GERECHTE PREIS

Als Ergebnis ethisch verantworteten Handelns spielt der gerechte Preis im assoziativen Wirtschaften eine wichtige Rolle. Aristoteles dachte darüber wohl als erster nach: »Denn ohne Tausch wäre keine Gemeinschaft möglich, und kein Tausch ohne Gleichheit, und keine Gleichheit ohne messende Vergleichbarkeit... Darum muß alles seinen Preis haben.« (Aristoteles, Die Nikomachische Ethik. München 1972, Buch 5, S.166. Zit. in Herrmannstorfer, Udo: Scheinmarktwirtschaft. Stuttgart 1991, S.22.) Hier ist der Zusammenhang von Gemeinschaft, der Gleichheit von Lebensbedingungen als Bedingung der Gemeinschaft und dem Preis als Bedingung zur Herstellung dieser Gleichheit skizziert.

Der Preis als nüchterner Maßstab für das Gleichgewicht zwischen den Lebensverhältnissen der Beteiligten ist fürs Bewußtsein unverzichtbar. Er stellt eine Beziehung her zwischen zwei Tauschpartnerinnen und er ist dann gerecht, wenn keine der beiden die andere dabei ausbeutet. Ausbeutung geschieht, wenn ich als Konsumentin durch den gezahlten Preis die Produzentin nicht in die Lage versetze, die gelieferte Leistung abermals zu erstellen, alles unter Teilhabe am erreichten gesellschaftlichen Lebensstandard (Zeit, Güterversorgung, Bildung etc.); oder wenn ich als Produzentin über einen zu hohen Preis der Konsumentin einen Aufwand abverlange, der ihre Lebensverhältnisse über Gebühr schmälert und meine dabei in den Luxus hebt. Das erste ist eindeutig der Fall bei der Landwirtschaft und bei den Beziehungen zur Dritten Welt, das zweite eindeutig bei der Haus- oder Kapitaleigentümerin (obwohl das ja gar keine Produzentin ist). Ähnliche Lebensverhältnisse werden also das Ergebnis assoziativer Wirtschaft sein – aber auf völlig andere Art als in der umverteilenden sozialen Marktwirtschaft, die an die Wurzeln gar nicht heran will, oder im alten staatssozialistischen Ansatz. Sie entstehen als Ergebnis des GESPRÄCHES der potentiellen AusbeuterInnen miteinander in den Assoziationen und durch Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Verteilung gemeinsam erwirtschafteter Erträge. Der Staat schöpft weder aus Ausbeutung entstandene Überschüsse umverteilend ab noch verhindert er von vorneherein ihre Entstehung, sondern die Beteiligten regeln das, was sie für gerecht halten, untereinander.

AUSBLICK

Assoziatives Wirtschaften ist als radikales Konzept ein richtungsweisender Ansatz und am derzeit ziemlich leeren Horizont der alternativen ökonomischen Theorien und Utopien ein Lichtblick. Seine Stärke liegt meines Erachtens in dem stabilen und tiefgründigen gedanklichen Fundament und in der radikalen Konsequenz der Schlußfolgerungen; seine Schwäche darin, daß man über den Entwurf des Erdgeschosses noch nicht hinausgekommen zu sein scheint. Alle konkrete Umsetzung muß zwangsläufig mehr neue Fragen aufwerfen, als beantwortet werden können. Es besteht ein großer Verständigungsbedarf mit anderen Ansätzen alternativer Ökonomie, die oft gar keine anderen Ansätze sind, sondern bloß andere Schwerpunkte setzen und eine andere Begrifflichkeit benützen.

Vielleicht kann die Idee assoziativen Wirtschaftens als gedanklich umfassende Basis anderen Konzepten zur Inspiration und zur Klärung dienen, vielleicht helfen andere Konzepte bei der Lösung offener Fragen und bei der konkreten Umsetzung weiter. Der Kreis der Menschen, die sich mit dem Konzept befassen, scheint sich bislang mit wenigen Ausnahmen auf die anthroposophische Szene zu beschränken – was dieser sicher nicht gut tut und auch schade ist, denn Ideen sind dazu da, mitgeteilt, d.h. mit anderen geteilt zu werden!

Daher hier ein Angebot: Es gibt inzwischen ein paar Leute, die bereit sind, das Konzept der Sozialen Dreigliederung und des Assoziativen Wirtschaftens in Diskussionsveranstaltungen oder ähnlichem zu erklären und zu erläutern. Man braucht sie nur einzuladen, allerdings gern zu üblichen Konditionen (z.B. Fahrtkosten), denn sie haben entgegen einer häufig verbreiteten Ansicht auch nicht mehr Geld als andere. Von einem zustande kommenden Gespräch können alle Beteiligten nur profitieren. ●

Kontakt: Christoph Strawe, Institut für Soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44a W-7000 Stuttgart, ☎ (07 11) 236 89 50

REZENSION

Naturschutz-Ökonomie

Landwirtschaft und Naturschutz sind zwei ungleiche Geschwister, und es ist eine offene Frage, in welchem Verhältnis z.B. auch der ökologische Landbau zur Gesamtproblematik der Naturbedrohung steht: Die einen sehen in ihm das Zauberwort, das alle Umweltprobleme quasi im Vorbeigehen auflöst, die anderen eine lediglich abgemilderte Form moderner Landwirtschaft, die an zahlreichen Ursachen etwa des Artenrückgangs auch nichts ändern kann. Daraus erwachsen die unterschiedlichsten Patentrezepte, wie mensch dem Konflikt Landwirtschaft – Naturschutz beizukommen habe, und VertreterInnen der konventionellen Landwirtschaft, der Agraropposition, der Politik, der Wissenschaft, des Naturschutzes schlagen sich diese in einer mitunter sehr unerfreulichen Diskussion um die Ohren.

Das Problemdreieck Landwirtschaft – Naturschutz – Ökonomie ist jedoch nur in einer differenzierten Betrachtung, die auch die Standpunkte zu wechseln vermag, zu durchdringen. Ulrich HAMPICKE gebührt dieser Verdienst, dies in seinem Buch »Naturschutz-Ökonomie« zum ersten Mal umfasssend versucht zu haben. Sein Ausgangspunkt ist dabei die Ökonomie, die als Lehre vom besten Handeln bei begrenzten Mitteln die Problemlage wie ihre Lösungsmöglichkeiten entscheidend bestimmt, und die er zunächst einer kritischen Analyse unterwirft. Ist sie ethischen Erwägungen zugänglich? Läßt sie Raum für Wertentscheidungen, etwa über gesellschaftlich zu bestimmende Verfügungsrechte zur Naturnutzung? Mit einer modifizierten ökonomischen Theorie bewaffnet, macht er sich an die Durchleuchtung des Problemfeldes. Er unterscheidet (etwas künstlich, aber es dient der Strukturierung) eine »Nachfrage«- und eine »Angebotsseite« des Naturerhalts in der Wertschätzung durch die Menschen einerseits (Verzichtsbereitschaft) und in den entstehenden Naturschutzkosten und ihrer Finanzierung andererseits. Gleichzeitig gibt er dabei einen Einblick in den derzeitigen Stand der Wirtschaftswissenschaft, die sich durch neue Konzepte mehr und mehr ökologischen und ethischen Fragestellungen öffnet.

In Anwendung seiner Analyse untersucht der Autor schließlich die Kosten eines umfassenden Naturschutzrahmenkonzepts für die Bundesrepublik, mit dem durch Nutzungsänderungen auf 10% der Gesamtfläche schätzungsweise drei viertel der gefährdeten Rote-Liste-Arten überleben könnten. Sie lägen in der Größenordnung von etwa 1 Mrd. DM jährlich und damit bei 0,045% des Bruttosozialprodukts. Die Finanzierung könnte aus Umwidmungen von Mitteln, die bisher der Intensivlandwirtschaft zugute kamen bzw. schon heute ökonomisch unsinnig sind (EG-Marktordnungen, Flurbereinigung), geleistet werden, das Konzept wäre damit praktisch zum Nulltarif zu haben. Die Ausführungen dazu sind überaus spannend zu lesen.

Das Buch ist ein eindrucksvolles Beispiel für Wissenschaft, die das Gespäch sucht und sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung stellt. HAMPICKE schreibt offensichtlich engagiert, aber gedanklich unbestechlich; er verbindet wissenschaftlichen Stand der Dinge auf internationalem Niveau mit Praxisbezug und durchgehender Allgemeinverständlichkeit. Er will zu sachlich fundierter Auseinandersetzung anregen, überläßt die endgültige Einschätzung der Problematik immer dem/der Leser/in und stellt damit ein Arbeitsbuch im besten Sinne zur Verfügung. Daß dabei zuweilen beträchtliche gedankliche Anstrengung nötig ist, liegt in der Natur der Sache. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis schließt das Buch ab.

Titus Bahner, Kiel

Rezension von Ulrich Hampicke: Naturschutz-Ökonomie. Stuttgart (Ulmer) 1991, 342 S., 36.80 DM

Anzeige

Forum Recht

Rechtspolitisches Magazin für Uni und soziale Bewegungen!
Erscheint vierteljährlich
Einzelheft:
4,00 + 1,50 Mark Porto
Jahres-Abo: 16,00 Mark

Heft 1/1993
Schwerpunkt:
Kommunalrecht
- Kommunalverfassungen im Modellvergleich
- Was bleibt von kommunaler Demokratie?
- Die Wirklichkeit kommunaler Demokratie
- Verselbständigung und Privatisierung

Weitere Themen:
- EG-Umweltinformationsrichtlinie
- Mit Straßenverkehrsrecht geg. Lärm und Abgase

Probe-Abo
(ohne Verlängerung):
3 Hefte für 10 Mark
Schein oder Scheck an:

RECHT & BILLIG
VERLAG
Falkstr. 13
4800 Bielefeld 1

ÖKOBANK-VERTRETERiNNENVERSAMMLUNG

Erstmals ohne Verlust ?!

Bei der als »Strategiewerkstatt« konzipierten außerordentlichen VertreterInnenversammlung der Ökobank eG am 16.1.1992 in Frankfurt a.M. wurde zusammen mit anderen Aktiven versucht, Strategien zur Entwicklung der Bank zu entwerfen. Vorstandsmitglied Horst Popp gab den Anwesenden die Aussicht auf einen Gewinn von »2,50 DM« für 1992 trotz nach wie vor notwendiger Wertberichtigungen mit auf den Heimweg.

Volker Ruwisch, Redaktion Genossenschaften-Ökobank ● Auf der VertreterInnenversammlung vom 27./28. Juni 1992 blieb nur begrenzt Zeit für inhaltliche Diskussionen. Ein Antrag aus München zur Einrichtung eines Grundwerteforums stieß deshalb auf positive Resonanz. Auf dem jetzigen Treffen wurde in vier Arbeitsgruppen über die weiteren Entwicklungsstrategien der Bank diskutiert.

Normalgeschäft als Förderauftrag?

Welches Normalgeschäft brauchen wir, um den Förderauftrag optimal umsetzen zu können? Welchen Stellenwert hatte das Fördergeschäft bisher? Beide Themen wurden in der Arbeitsgruppe eins besprochen. Beim Normalgeschäft bleibt festzustellen, daß die Ökobank für die KundInnen weiterhin Zweit- oder Drittbank ist. Zumindest bei Großkunden wird angestrebt, Hausbank zu werden. Ferner wurde andiskutiert, inwieweit die Ökobank selbst Initiator für die Herstellung neuer Produkte sein könne. Vor dem Hintergrund der Greenpeace-Kampagne zur Produktion des FCKW-freien Kühlschranks wäre es für die Ökobank eventuell interessant, entsprechende Projekte und eventuell auch Betriebsübernahmen in den Neuen Bundesländern zu unterstützen oder zu forcieren.

Verändertes Umfeld

Welche neuen Anforderungen werden an uns durch gesellschaftliche Veränderungen gestellt? Was folgt daraus? Diesen Fragen wurde in der zweiten Arbeitsgruppe nachgegangen: Die ursprünglichen Ziele der Ökobank (vor allem Ökologie, Frieden) sind zwar nicht eingelöst, aber mittlerweile gesellschaftliches Allgemeingut geworden. Die Umweltdiskussion hat breite Bevölkerungsschichten erreicht. Der Zusammenbruch der Blockkonfrontation macht einen neuen Weltkrieg weniger wahrscheinlich und die »kleinen Kriege am Rande« werden kaum wahrgenommen. Eine diesbezügliche Profilierung ist entsprechend schwieriger geworden.

Im gesellschaftlichen Umfeld ergeben sich allerdings neue Problemfelder, beispielsweise die Migrationsbewegungen oder der Aufbau der Wirtschaft in den Neuen Bundesländern. Als Bereiche, in denen sich die Ökobank stärker enagagieren könnte, wurden genannt: Emanzipation, Gleichheit, gerechte Verteilung, keine Herrschaft von Menschen über Menschen. Zudem kam die Anregung, daß sich die Ökobank wieder in die relevanten Diskussionszusammenhänge wie z.B. der Contraste einbinden solle.

Aus der Innenperspektive wurde festgestellt, daß die Bank sowohl an Vertrauen als auch an Bedeutung verloren hat. Tendenz: normale Genossenschaftsbank.

Öko-Investment weiter umstritten

Brainstorming zu Produktentwicklungen wie ökologischer Investmentfonds, Unternehmensbeteiligungs-Gesellschaft, Sicherungsmodelle, Stiftung etc. waren Schwerpunkt der dritten AG. Diskutiert wurde darüber, wie Betriebe besser bei der Beschaffung von Eigenkapital unterstützt werden könnten. Denkbar sind hier spezielle Risikofonds, eventuell die Direktkreditvermittlung. Die Ökobank betreibt bereits die Besicherung von speziellen Bereichen. Überlegt wurde, inwieweit dies in einem größeren Rahmen möglich ist bzw. sein sollte.

Wie zu erwarten, wurde vorwiegend über den bereits auf der letzten Versammlung und in Rundbriefen heiß diskutierten Ökologischen Investmentfonds debattiert. Durch diesen will die Ökobank gemeinsam mit dem Vertragspartner Investiko in das Spekulationsgeschäft mit Aktien einsteigen. Offenbar bestand nur ein geringes Interesse von seiten des Vorstandes und des Aufsichtsrates, hierüber abzustimmen. Dennoch wurde aufgrund eines Antrages aus Karlsruhe ein für die Bank relativ unverbindliches Meinungsbild erstellt.

Das Ergebnis: Zum einen halten zwei Drittel der VertreterInnen (50% der Anwesenden) den Investmentfonds aufgrund seiner Risiken für kein geeignetes Produkt der Ökobank. Zum anderen votieren aber 52% der VertreterInnen (65% der Anwesenden) für ein weiteres Betreiben der Einrichtung des Fonds unter besonderem Hinweis auf die Risiken für die AnlegerInnen. Mit anderen Worten, die ÖkobankerInnen machen weiter, was sie wollen. In diesem Fall bedeutet dies, der Investmentsfonds wird kommen.

Vorerst keine aktive Regionalisierung

Welche Beiträge zu dezentralen Wirtschaftsstrukturen können wir leisten? Mittel und Ziele sind dabei: Regionalisierung, Förderkriterien vor Ort etc. Dies war Schwerpunkt der Arbeitsgruppe vier. Weitere Filialgründungen sind zwar wünschenswert, werden aber aufgrund der damit verbundenen Kosten vor 1995 nicht kommen. Laut Stufenplan der Ökobank sollen deshalb vor allem die Agenturen weiter gestützt und die Zusammenarbeit mit den Regionalgruppen verstärkt werden. In der Bank selbst ist u.a. der überregionale Marktbereich personell aufgestockt. Diesbezügliche Engpäße müßten insofern in absehbarer Zeit behoben sein.

Von einem Münchner Aufsichtsratmitglied wurde angeregt, in den wichtigsten Orten zumindest einmal im Monat z.B. mittels einem Ökobank-Bus präsent zu sein. Ein aus Göttingen gestellter und als einziger fristgerecht eingegangener Antrag zur Erprobung des Einsatzes von in der Bank angestellten AußendienstmitarbeiterInnen fand in der AG keine Mehrheit. Im Plenum wurde er nicht abgestimmt. Im Hinblick auf den Förderauftrag sprach sich die AG mehrheitlich für die Existenz von Beiräten auch unabhängig von Filialstandorten aus. Inwieweit jedoch einheitliche Förderkriterien gelten sollten, wurde nur andiskutiert. In den abschließenden Worten im Plenum eröffnete das neue Vorstandsmitglied Horst Popp die Hoffnung, daß die Ökobank 1992 nicht mit einem Verlust abschließen wird. Trotz weiterhin notwendiger Wertberichtigungen hat sich die Bonitätsstruktur der Kredite zum Positiven entwikkelt. ●

Foto: Marily Stroux

KOMMENTAR

Wo bleibst Du mit Deinen Zielen Ökobank?

Kritisch schätzt ein Ökobankvertreter deren weitere Entwicklung ein. Bei vielen Ansprüchen, mit denen sie ursprünglich ins Leben gerufen wurden, gibt es wenig Aussicht auf Umsetzung.

Volker Ruwisch, Redaktion Genossenschaften-Ökobank ● Wirklich erfreulich ist die Aussicht, zum fünfjährigen Jubiläum am 31.4.1993 auf einen Jahresabschluß mit unter dem Strich schwarzen Zahlen zurückblicken zu können. Wenn auch mittlerweile nicht mehr ganz so stürmisch, wächst die Bank dank des unermüdlichen Einsatzes der MitarbeiterInnen weiter und weiter. Die von den Leitungsgremien betriebene Geschäftspolitik hat aber ausreichend Schattenseiten.

Interne Demokratie verliert

Die ursprünglich vorhandenen bundesweiten Diskussions- und Arbeitszusammenhänge um den Verein »Freunde und Förderer der Ökobank« (zu dem der damalige Vorstand immer Berührungsängste hatte) existieren nicht mehr. Insofern ist vor allem die VertreterInnenversammlung der Ort, an dem die ÖkobankerInnen mit der genossenschaftlichen Basis Kontakt bekommen. Dabei läßt sich beobachten, daß ausgerechnet der Vorsitzende des Aufsichtsrates eine schleichende Entmachtung dieses Gremiums betreibt: Wie soll sonst sein Vorstoß gewertet werden, daß – nicht allein bei dieser Versammlung – anstelle von klaren Beschlüssen der gewählten VertreterInnen nur noch für die Bank relativ unverbindliche Meinungsbilder aller Anwesenden erstellt werden?

Ebenfalls scheinen sich Vorstand und Aufsichtsrat nur begrenzt den Abstimmungsergebnissen der Versammlung verpflichtet zu fühlen. Erkennen läßt sich dies am Umgehen mit dem umstrittenen Produkt Investmentfonds. Im Juni 1992 wurde noch beschlossen, daß »dieses Projekt mit minderer Priorität weiterzuverfolgen sei« (Protokoll der VertreterInnenversammlung). In zwei wahrscheinlich zufällig vor der Strategiewerkstatt (16.1.93) erschienen Artikeln in der in der TAZ ist zu lesen: »Acht solcher Fonds existieren derzeit auf dem deutschen Kapitalmarkt, bei: – der Frankfurter Ökobank [...]« (5.1.93) bzw. »Noch dieses Jahr werden die Frankfurter ihren Kunden und Kundinnen einen neu konzipierten ökologischen Investmentsfonds vorstellen« (12.1.93). Die Artikel sind mit entsprechenden Aussagen von Jutta Gelbrich als Pressesprecherin der Bank ausgestattet.

Im Oktober 1992 (also nach dem Beschluß der VertreterInnenversammlung) wurden formal die Antragsunterlagen in Luxemburg vom Vertragspartner Investiko eingereicht. Insofern deutet jedenfalls nichts darauf hin, daß die ÖkobankerInnen etwas unternehmen, um das Ganze zu verzögern.

Mit Aktien auf Gewinnkurs?

Die Ökobank will offenbar in Zukunft mit Aktien spekulieren. Da fragt sich mensch sofort, warum er jetzt Geld in Aktiengesellschaften anlegen soll, obwohl sie weder selbstverwaltet sind, noch in besonderem Maße fair mit der sogenannten Dritten Welt umgehen?

Tatsache ist, daß die bereits bestehenden Fonds überwiegend Wertpapiere ausländischer Unternehmen (vor allem aus den USA) und überwiegend aus dem Bereich Umwelttechnik (end-of-the-pipeTechnologien, Endsorgung etc.) enthalten. Warum soll mensch nicht auch im wachsenden Markt »Reparatur von Umweltschäden« cash machen? Da kommt mir eine pfiffige Idee: Wahrscheinlich stehen die Aktien von Unternehmen, die Ölteppiche auf den Weltmeeren absaugen, zur Zeit recht gut – also ran an den Speck??

Kein Ausgleich für die Regionen

Vor dem Hintergrund, daß die Gründung der Bank durch das Engagement und den Zinsverzicht von GenossInnen aus dem gesamten Bundesgebiet ermöglicht wurde, ist die überregionale Präsenz der Ökobank fast schon ein Skandal. Wer sich einmal um einen Kredit bei der Ökobank bemüht hat und nicht zufällig in »Bankfurt« oder neuerdings in Freiburg wohnt, kann davon wahrscheinlich ein Lied singen. Es ist nachvollziehbar, daß die Bank sich nicht in der Lage befindet, jedes Jahr eine Filiale zu eröffnen. Das von der Bank weiter befürwortete Agenturmodell bringt strukturell bedingt u.a. durch die mangelnde Einbindung der Agenten und VermittlerInnen in die Bank nicht die gewünschten Erfolge (auch nach Aussagen des Vorstandes). Vor diesem Hintergrund ist es völlig unverständlich, warum keine Bereitschaft besteht, andere neue Wege zumindest auszuprobieren.

Aus Göttingen lag ein Antrag vor, daß jemand aus der Bank probeweise zumindest einmal pro Woche in einer Region eine Art »Sprechtag« macht. So könnte untersucht werden, wie sich die Präsenz von BankerInnen vor Ort unterhalb der Filialebene auf die Geschäftsentwicklung auswirkt. Bereits in der entsprechenden AG wurde seitens der Bank ständig dagegen argumentiert: Frühere Engpässe sind beseitigt, zu teuer, bringt nichts etc.

Dabei könnte eine kontinuierliche Betreuung und Beratung vor Ort zu einer verstärkten Kreditvergabe in die Regionen und damit auch zur Konsolidierung der Bank beitragen. Tatsache ist, daß zur Zeit aus den Regionen über die Einlagen massiv »aufgeklärtes Geld« abgezogen wird, das nur in kleinem Maße über Kreditvergaben zurückfließt (Verhältnis teilweise 30:1). Für den Aufbau und die Finanzierung vorhandener dezentraler Wirtschaftsstrukturen und alternativer Wirtschaftskreisläufe in den Nicht-Filial-Standorten ist diese Ökobank deshalb erstmal kontraproduktiv.

Frage: Ist es wirklich schon eine Unverschämtheit, daß die gewählten VertreterInnen in der Geschäftspolitik mitreden und die Regionen nicht nur per Telefon und Brief mit den BankerInnen kommunizieren wollen? Naja, als Ausgleich dafür können wir wenigstens bald via Ökobank mit US-amerikanischen Aktien spekulieren. ●

GEBURTSTAG

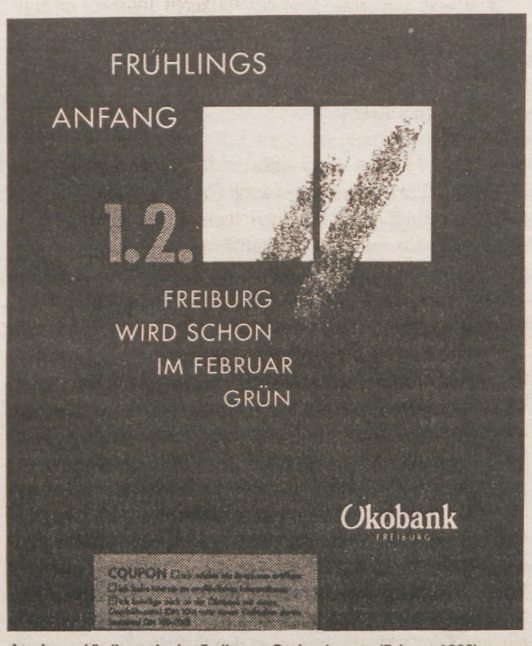
Ein Jahr Ökobank-Filiale in Freiburg

Am 1. Februar feierte die Ökobank-Filiale ihr einjähriges Bestehen.

Jutta Gelbrich, Redaktion Genossenschaften ● Die Geschäftsentwicklung in Freiburg kann sich sehen lassen. 9,8 Mio. DM betrug das Bilanzvolumen zum 31.12.92. Insgesamt 4,1 Mio. DM wurden an Krediten vergeben. Die Einlagen setzten sich wie folgt zusammen: 0,8 Mio. DM Sichteinlagen, 3,2 Mio. DM Festgelder, 3,7 Mio. DM Sparbriefe, 1,6 Mio. DM Spareinlagen und 0,5 Mio. DM Geschäftsguthaben.

Genau 119 Kreditanfragen wurden von Michael Hümmler und Andreas Obergfäll bearbeitet. 57 Kredite konnten positiv entschieden werden, davon 38 u.a. für die Förderbereiche Energie (4), Umwelt (21), Frauen (3), und Selbstverwaltung (9). Die restlichen Förderkredite teilen sich in die Bereiche Allgemein, Bildung und Kultur auf.

Einen wesentlichen Anteil am Erfolg der Filiale hat der Freiburger Beirat, der die Förderwürdigkeit der Kreditanträge beurteilt und den ÖkobankerInnen seit der Filialeröffnung am 1.2.92 beratend zur Seite steht. Das dieses Gremium schon so früh der Filiale in Freiburg zur Verfügung stand, ist vor allem dem Engagement von Michael Berger (Aufsichtsratsmitglied der Ökobank) und Bernd Steyer (Ökobank-Aktivist seit 1983) zu verdanken. Sie leisteten im Vorfeld der Filialgründung Überzeugungsarbeit, um die 14 ExpertInnen der jeweiligen Förderbereiche zur ehrenamtlichen Mitarbeit zu gewinnen. Die Trennung der gesellschaftspolitischen Beurteilung der Förderwürdigkeit von der betriebswirtschaftlichen Entscheidung der Kreditwürdigkeit, ein wesentliches Prinzip der Ökobankphilosophie, konnte so von Anfang an erfüllt werden. ●



Anzeigenankündigung in der Freiburger Regionalpresse (Februar 1992)

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Wie werden Entscheidungen in Produktivgenossenschaften organisiert?

Eine empirische Studie über Produktivgenossenschaften in Andalusien betrachtet das Managementverhalten der Genossenschaftsleiter. Für die Genossenschaftsforschung ein wichtiger Fortschritt.

Burghard Flieger, Redaktion Genossenschaften ● Die geringe Bestandsfähigkeit früherer Produktivgenossenschaften in Deutschland führte zur wissenschaftlich untermauerten Behauptung ihrer Existenzunfähigkeit. Das »Gesetz der Transformation«, daß sie also scheitern oder sich den »normalen« Unternehmensstrukturen anpassen, wurde so zur unhinterfragbaren Feststellung. Die Einschätzung der geringen Bestandsfähigkeit wird von vielen Genossenschaftswissenschaftlern ständig wiederholt, obwohl es im deutschsprachigen Raum so gut wie keine empirischen Untersuchungen darüber gibt. Unter diesem Vorzeichen ist eine neuere Veröffentlichung von Thomas Michel mit dem Titel »Alltagswissen und Macht im Management von Produktivgenossenschaften« ein kaum zu überschätzender Diskussionsbeitrag.

Vielfalt an Führungsverhalten

Im Mittelpunkt steht eine mit Hilfe qualitativer Methoden durchgeführte Untersuchung der Handlungs- und Machtgrundlagen von GenossenschaftsleiterInnen im spanischen Andalusien. Herausgearbeitet wird, welcher Strategien sie sich bedienen, um die Führungsposition in einer scheinbar homogenen, gleichberechtigten Genossenschaftsgruppe zu übernehmen und diese aufrechtzuerhalten. Parallelen zur Diskussion über die alternativen Geschäftsführer im Selbstverwaltungssektor sind offensichtlich. Als Ergebnis der Studie werden vier Handlungstypen genossenschaftlicher Führung unterschieden: betriebsorientierte, gruppenorientierte, egoorientierte und gesellschaftsorientierte GenossenschaftsleiterInnen.

Von dem Führungsverhalten in herkömmlichen Unternehmen unterscheiden sich diese »ManagerInnen« dennoch. Am meisten legt noch der betriebsorientierte Typ klassisches Führungsverhalten an den Tag, indem er das Genossenschaftsunternehmen mittels einer Stab-Linien-Organisation führt. Aber selbst dies geschieht nicht in reiner Form, da sich auch dort dem Vorstand und der Generalversammlung durch die gesetzlich festgeschriebenen Organe weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten erschließen. Auf jeden Fall findet sich der betriebsorientierte Typ als einziger in Produktivgenossenschaften mit großer Mitgliederzahl. Die Schwierigkeiten selbstverwalteten Handelns in großen Organisationen wird insofern bestätigt.

Gruppenorientierung sichert Demokratie

Demgegenüber ist die Variationsbreite von Führungsformen in der für Produktivgenossenschaften verbreiteten Größe von 15 bis 20 Mitgliedern außerordentlich vielfältig. Für alle Handlungstypen zeigt sich die große Bedeutung von persönlichen Qualitäten des/der Genossenschaftsleiters/in als Machtgrundlage. Eine weitgehend unproblematische Selbstverwaltung konnte allerdings nur für den gruppenorientierten Handlungstyp nachgewiesen werden. Dies unterstreicht die Schlußfolgerung der Studie: Partizipation kann sich nur dort entfalten, wo sie Teil der von einflußnehmenden Personen initiierten und verstärkten Sinn-Struktur ist und damit auch von ihnen verkörpert wird.

Laut der Studie von Michel sind damit Führungsformen und Partizipationsmöglichkeiten weitgehend abhängig vom Handlungstyp des/der jeweiligen Genossenschaftsleiters/in. DieseR hat aufgrund seiner/ihrer Leitungsposition infolge seiner Qualifikation und Machtgrundlagen die Möglichkeit, die Organisationskultur der Produktivgenossenschaft entscheidend zu beeinflussen. Mitgliederpassivität oder Macht allein, wie in den meisten Analysen herausgearbeitet, sind somit nicht ausschlaggebend. Das persönlichkeitsbedingte Verhalten der LeiterInnen kommt als weiterer wichtiger Faktor hinzu.

Auf diese Weise wird die in den letzten Jahren in der Organisationskulturforschung diskutierte Bedeutung des/der Unternehmensgründer/in für die Art der Unternehmenskultur bestätigt. Allerdings gibt es hier in Genossenschaften eine entscheidende Modifikation: Trotz der Dominanz des/der Organisationsleiters/in ist die Struktur immer Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen ihm/ihr und den Genossenschaftsmitgliedern.

Genossenschaftskultur erfordert Organisationsentwicklung

Die Vorgehensweise von Michel, die Persönlichkeit des/der Genossenschaftsleiters/in in den Vordergrund zu stellen, ist Innovation und Manko zugleich. Er durchbricht damit die in der Wissenschaft uniforme Betrachtungsweise von produktivgenossenschaftlichen Entscheidungsstrukturen. Typologien und die detailgenaue Betrachtung verschiedenener Fallbeispiele ergeben hier erst die Chance, Erkenntnisfortschritte zu gewinnen. Die jeweilige Situation und die Personen der Gruppe sind für den praktizierten Führungstil und den Grad der demokratischen Entscheidung jedoch ähnlich wichtig wie die Persönlichkeit zentraler Leitfiguren. Dies wird von Michel zwar wiederholt betont, in seiner Analyse aber weitgehend ignoriert.

Wenn die Persönlichkeit, Fähigkeit und Bereitschaft der beteiligten Personen in einer Produktivgenossenschaft mitbetrachtet werden, stößt eine Analyse vermutlich schnell auf die Chancen und Grenzen demokratischer Organisation. D.h. eine genossenschaftliche Unternehmenskultur erfordert – wie es in modernen Managementtheorien schon zur selbstverständlichen Einsicht gehört – nicht nur Reflexion und Persönlichkeitsentwicklung der ManagerIn. Genauso wichtig sind Organisationsentwicklung im Sinne gezielter Gestaltung der Gruppenprozesse und Fortbildung sowie Qualifizierung und Persönlichkeitsentwicklung für den (jeden) einzelnen – fachlich als Personalentwicklung bezeichnet. Indem Michel seinen Blick nicht ausreichend darauf richtet, bleiben hier wichtige Einsichtsmöglichkeiten versperrt.

Anderer Blickwinkel bei Produktivgenossenschaften?

Hinzu kommt ein weiterer wichtiger Punkt. Werden vorwiegend Qualifikation und Persönlichkeit des/der Genossenschaftsleiters/in und die Durchsetzung seiner/ihrer Vorstellungen in Entscheidungsprozessen betrachtet, ist das Ergebnis weitgehend klar: Er/Sie setzt sich in den meisten Fällen durch und wird damit als Mensch mit Macht herausgestellt, der/die die Fäden in der Hand hat. Die Schlußfolgerung daraus, es wäre keine partizipative Struktur, liegt dann nahe.

Führungsforschung, Entscheidungstheorie und Erkenntnisse der Mitbestimmungsdiskussion sind da schon weiter. Aus der Führungsforschung ist bekannt, daß leitende Funktionen diejenigen übernehmen, die die Gruppenkultur und den Gruppenwillen am besten zum Ausdruck bringen und damit über die höchste Akzeptanz verfügen. In der Entscheidungstheorie wird betont, daß nicht allein die Entscheidungen und das Durchsetzen von Vorstellungen etwas über die Macht in Organisationen aussagen. Genauso wichtig sind Nichtentscheidungen. Eine Analyse der Entscheidungen in Produktivgenossenschaften müßte somit unterbliebene Entscheidungen als möglichen Ausdruck hohen Einflußgrades der Gruppe mitbetrachten.

Vorweggenommene Mitbestimmung

Als letztes sei auf eine Erfahrung aus Mitbestimmungsstrukturen verwiesen. Danach begrenzen formale Mitbestimmungsrechte die Durchsetzungsmöglichkeiten des Managements. Dies kommt so gut wie nie durch Konflikte und Kampfabstimmungen zum Ausdruck, sondern indem von seiten des Managements mögliche Einsprüche vorweggenommen werden. Die Entscheidungsbeteiligung läuft also nicht im Rahmen eines Aushandlungs- und Streitprozesses ab, sondern im Kopf der EntscheidungsträgerInnen, indem sie Wünsche, Bedürfnisse und Abwehrverhalten der Betroffenen vorab aufgreifen. Erst wenn solche Prozesse bei der Betrachtung der Entscheidungen in Produktivgenossenschaften und Selbstverwaltungsunternehmen einbezogen werden, kann beurteilt werden, ob und wie stark sich diese von herkömmlichen Organisationsstrukturen tatsächlich unterscheiden!

Trotz dieser Einwände gegen die Vorgehensweise von Michel ist sein Buch sehr empfehlenswert. Es kann als entscheidender Fortschritt der Betrachtung von Produktivgenossenschaften im deutschsprachigen Raum gewertet werden. Dabei dürften seine empirischen Beschreibungen gerade auch für Engagierte in Selbstverwaltungsunternehmen interessante Erkenntnisse vermitteln. ●

Thomas Michel: Alltagswissen und Macht. Eine empirische Studie zum Management in andalusischen Produktivgenossenschaften, Frankfurt am Main 1990 (Verlag Anton Hain in Bodenheim).

PRODUKTIVGENOSSENSCHAFTEN IN SÜDTIROL

Eine Kultur der Kooperation entwickeln

An der Universität von Trient schrieb Domenico Travaglia seine Dissertation über industrielle Produktivgenossenschaften. Er arbeitet die besonderen Bedingungen und Erfahrungen in Südtirol am Beispiel von Betriebsübernahmen durch die Belegschaft empirisch auf.

Domenico Travaglia, Redaktion Genossenschaften ● Die Frage ob ein Genossenschaftsunternehmen fähig ist, die Forderungen der arbeitenden Mitglieder nach Mitsprache bei den Entscheidungsprozessen und bei den Tätigkeiten, die sie ausüben, zu erfüllen und gleichzeitig in einem kapitalistischen System eine reelle Kraft und einen wirtschaftlich relevanten Faktor darzustellen, war seit jeher Diskussionsstoff und Forschungsgegenstand von WissenschaftlerInnen. Auf der einen Seite stehen jene, die die Auffassung vertreten, daß es nicht möglich ist, daß ein Betrieb, der den Prinzipien der Kooperation gemäß strukturiert ist, sich entwickeln und in einem kapitalistischen Markt behaupten kann. Andere meinen hingegen, daß dies dann voll und ganz geht, wenn bestimmte Voraussetzungen und Bedingungen inner- und außerhalb des Genossenschaftsunternehmens erfüllt sind (J.Rothschild-Whitt, 1976; P. Bernstein 1976).

Einzelne Autoren wagen sich in ihren Betrachtungen über die Kooperation, und über das Genossenschaftsunternehmen im besonderen, noch weiter vor. Sie schreiben dem selbstverwalteten Unternehmen, etwa dem Genossenschaftsunternehmen, eine ihm innewohnende und potentiell größere Entwicklungsfähigkeit gegenüber dem traditionellen Unternehmen zu, das nach den Regeln der kapitalistischen Ordnung aufgebaut ist (J. Vanek 1976, 1985).

Unterdrückte Entwicklung

Diese Überlegenheit bezieht sich nicht nur auf die Möglichkeit der Befreiung des arbeitenden Menschen und auf seine Entwicklung zum direkten Akteur in der Wirtschaft, sie gilt auch für all das, was enger mit dem wirtschaftlichen und produktiven Gebaren des Betriebes selbst in Zusammenhang steht. Die Gründe, die ein Verfasser wie Jaroslav Vanek für die nicht erfolgte Entwicklung des selbstverwalteten Systems gegenüber dem kapitalistischen System, das immer als überlegen angesehen wird, aufzeigt, liegen in der Unterdrückung dieser organisierten Form. Sie wird als »bösartige Geschwulst« im Fleische des Kapitalismus empfunden.

Der Grund für den geringen Erfolg liegt also nicht nur und nicht so sehr in ihren eigenen Schwächen. Das symbolische Bild, das Vanek aufzeigt, ist mehr als treffend: »Wollte man behaupten, daß sich die Arbeitergenossenschaften nicht entwikkelt haben und folglich nicht lebensfähig sind, dann könnte man ebensogut sagen, daß das gesunde Gewebe in einem von Krebs befallenen Körper nicht lebensfähig ist, während die Tochtergeschwüre sich rasch entwickeln und folglich etwas sind, auf das man stolz sein muß«.

Produktivität durch Beteiligung

Die den selbstverwalteten Betrieben innewohnende Fähigkeit wird erst dann voll zum Tragen kommen, wenn jene wirtschaftlichen und sozialen Kräfte isoliert und unschädlich gemacht werden, die bisher deren Entwicklung sowohl als Unternehmen als auch als Wirtschaftssystem wirksam unterbunden haben. Aus vielen Untersuchungen kann entnommen werden, daß ein **positiver Zusammenhang zwischen dem Maß der Mitbeteiligung**in einem Unternehmen, wie sie zum Beispiel in einem Genossenschaftsunternehmen verwirklicht werden kann, **und der Produktivität**, die der Betrieb erzielen kann, besteht. Dafür werden drei Hauptfaktoren angeführt:

1) Die wirtschaftliche Beteiligung am Unternehmen fördert ein langes Verbleiben in diesem und erhöht die Bereitschaft der Unternehmensleitung, in die Bildung von menschlichem Kapital in Form von beruflicher Qualifikation zu investieren;
2) die Teilnahme der ArbeiterInnen am Eigentum, an der Führung des Betriebes und am Gewinn steigert ihr Gefühl, mit beteiligt zu sein und »dazu zu gehören«. Dies wirkt sich positiv auf die Arbeitsleistungen, auf die Verbesserungen der Industriebeziehungen und auf eine Verminderung des Krankfeierns aus;
3) bessere interne Beziehungen können zu einer größeren organisatorischen Effizienz, zu einer besseren wechselseitigen Kontrolle und zu einem stärkeren Informationsumlauf führen.

ArbeitnehmerInnenbewußtsein als Hemmschuh

Ein wichtiger Faktor für die Entwicklung der Kooperation, damit die genannten Wirkungen zum Tragen kommen, liegt im sozialen und kulturellen Umfeld. In einem System, in dem individualistische Werte überwiegen, und wo der sowohl individuelle wie der kollektive »Erfolg« ausschließlich daran gemessen wird, wieviel Mehrwert erwirtschaftet werden konnte, sind die Entscheidungsmöglichkeiten und die Wahrscheinlichkeit, daß Genossenschaften und die Genossenschaftsbewegung insgesamt Fuß fassen und Erfolg haben können, eher gering.

Eines der Ergebnisse, die unter diesem Gesichtspunkt aufgeführt werden können, gilt insbesondere bei den arbeitenden Mitgliedern der Genossenschaften, die nach Übernahme wegen Betriebskrise und/oder Konkurs entstanden sind: Der Fortbestand einer Kultur, **die an das Modell der/der lohnabhängigen Arbeitnehmers/in gebunden ist**, auch wenn in einigen Fällen diese Kultur durch ein Bewußtsein des kollektiven Miteigentums am Genossenschaftsunternehmen gefiltert wird. In diesem Kontext wird die Möglichkeit der Mitbeteiligung und der Mitbestimmung bei den Entscheidungen, die die Rolle des arbeitenden Mitglieds in einem Genossenschaftsunternehmen bieten kann, gegenüber dem vorherrschenden Wunsch nach dem Schutz des Arbeitsplatzes auf eine zweite Ebene zurückgedrängt.

Die vorrangige Notwendigkeit des Überlebens und des Schutzes des eigenen Arbeitsplatzes verleitet viele Mitglieder dazu, auf jene zu vertrauen, die größere Kenntnisse und Erfahrungen besitzen. Sie übertragen diesen eine umfassende Vollmacht und Entscheidungsbefugnis bei der Führung der Genossenschaft. Der Inhalt des sozialen Gründungskorbes dieser Genossenschaften, die in erster Linie auf die Sicherung der Beschäftigung abzielen, wird so zu einer Hauptquelle für die Legitimierung des Genossenschaftsleiters, die auf seiner Fähigkeit aufbaut, konkrete und beruhigende wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen.

Fehlende Selbstverwaltung

Die Kontrolle der Mitglieder beschränkt sich somit vorwiegend auf das Endergebnis und betrifft nicht so sehr die Vorgangsweise, die eingeschlagen worden ist, um dieses Ergebnis zu erzielen. Die Distanz, mit der die ArbeiterInnen dieser Genossenschaften der Produktionsleitung gegenüberstehen, ist ein weiterer Ausdruck, wie stark die Einflüsse einer früheren Erfahrung als Lohnabhängige bezüglich der Betriebskultur weiterwirken. Ihr Mitwirken in einer Genossenschaft ist viel stärker eine Folge der Tatsache, daß sie ArbeitnehmerInnen sind, anstatt daß sie sich als Mitglied fühlten. Nur schwerlich werden sich diese Arbeiter voll und ganz dieser zweiten Rolle bewußt.

Dieser Hang zur **Vergabe von Vollmachten** seitens der Mitglieder an die besser ausgebildeten Berufsbilder, was die Entscheidungsbefugnisse betrifft und die Fähigkeit, wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen, die ausreichen, um die Beschäftigung und den Lohn zu sichern, erweist sich als stark ausgeprägt. Er ist ein untrügliches Anzeichen dafür, daß in der Arbeitswelt jedweder Bezug zu einer Kultur der Selbstverwaltung und der Mitbestimmung fehlt: Insofern muß jedeR, die/der an der Entwicklung des Genossenschaftswesens interessiert ist, sich mit allen ihr/ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für die Förderung einer **Kultur der Kooperation**einsetzen, auf der dann eine umfassende und funktionierende Bewegung aufbauen kann. ●

GRÜNNAHER UNTERNEHMENSVERBAND NIMMT SEINE ARBEIT AUF

Die Größten Kritiker der Elche...

»Vor vier Jahren wären wir noch geschlagen worden für den Gedanken, einen grünen Unternehmensverband zu gründen«, sagte Rainer Zeltwanger, Inhaber einer Fahrschule in Stuttgart, »oder bestraft mit einem Wochenende Jutta Dithfurt«. Demgegenüber bezeichnet sich Rolf Bach-Wais, Geschäftsführer einer Druckerei in Horb am Neckar eher als Grünen-Fresser und als enttäuschten Liebhaber der Grünen. Die Ablehnung seines Vorschlages im Grünen Landesvorstand anläßlich der Landtagswahl, die Partei zu unterstützen, die das beste Programm vorlegt, hatte ihn vor einem Jahr veranlaßt, bei den Grünen auszutreten. Die enttäuschten Liebhaber seien bekanntlich die heftigsten Kritiker, so Bach-Wais.

Redaktion Südwest, Andreas Küstermann ● Der neue Arbeitgeberinnenverband UnternehmensGrün, dem beide angehören, macht derzeit Schlagzeilen im mittleren Neckarraum und das erstaunlich zeitgleich mit der Profilierung der Landtagsgrünen um Fritz Kuhn und seiner wirtschaftlichen Profilierung.
Haben sie im Juni bei ihrer Gründung noch 17 UnternehmerInnen gezählt, so verkündeten sie bei ihrer Mitgliederversammlung im Dezember, die Zahl 50 fast erreicht zu haben. Aber nicht nur das berichteten die Vorstände stolz, sondern auch, daß sie neben ihrem vorläufigen Schwerpunkt Baden-Württemberg mittlerweile auch Mitglieder in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Hamburg hätten.

Unternehmens- und SteuerberaterInnen, Brauereibesitzer und Bankdirektoren, Fahrschulinhaber und eine Firma für medizinische Geräte, also alles »stinknormale Betriebe« sind Mitglieder; und damit das so bleibt, wurde gleich ein »richtiger Mitgliedsbeitrag« von 1.200 DM/Jahr angesetzt, denn »seriöse Betriebe bezahlen das aus der Portokasse«.

Neben ihrer Lobbyistischen Tätigkeit haben sie sich die politisch-ökologische Arbeit in Wirtschaftskreisen auf die Fahne geschrieben und dies mit ihrer ersten größeren Veranstaltung »Grüne Zeiten, rote Zahlen?« im Oktober in Stuttgart in die Tat umgesetzt. Da stritten Mathias Wissmann und Joschka Fischer über die »Wettbewerbsfähigkeit beim umweltgerechten Wirtschaften«. Prof. Rüdiger Lutz, Zukunftsforscher und ein Mitarbeiter Fridjof Capra's am Elmwood Institut in Kalifornien, hielt ein Grundlagenreferat zur Notwendigkeit, die Wertvorstellungen der Gesellschaft zu ändern. Auch Namen aus der Szene der eher alternativen Ökonomie tauchten auf wie Hubert Kant, Karlsruher Unternehmensberater, der zu Ökobilanzen referierte und Elmar Sing, Management-Trainer in konventionellen, sowie Konfliktberater in selbstverwalteten Betrieben, der im erweiterten Vorstand sitzt. 200 Interessierte und UnternehmerInnen kamen – immerhin!

Anders als beim »Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltorientiertes Management« (BAUM), scheint das Anliegen von UnternehmensGrün mehr zu beinhalten als nur die Vorbereitung der Mitgliedsbetriebe auf ökologisch orientiertes Marketing. Sie wollen mit einem politischen Anliegen als verantwortliche UnternehmerInnen nach außen treten und Politik machen.

War der eintägige Kongreß mehr dem geistigen Rüstzeug ökologischen Wirtschaftens gewidmet, so luden sie zu ihrer Mitgliederversammlung einen Dipl. Kaufmann vom Betriebswirtschaftlichen Institut der Uni Stuttgart ein, der mit einem Vortrag versuchte, »Grundzüge eines ökologieorientierten Managements« darzustellen. »Fast revolutionär, zumindest in konventionellen Kreisen«, bezeichnete dieser seine Gedanken – mir schien das Bemerkenswerteste daran, daß sich BetriebswirtschaftlerInnen offensichtlich nun auch um Ökobilanzen und deren Integration in betriebliche Abläufe kümmern. Sollten sich solche Entwicklungen fortsetzen, wird ein ähnlicher Kongreß vielleicht zukünftig selbstbewußt heißen »Grüne Zeiten, schwarze Zahlen!« ●

Anzeige

ökowerk
Unser Konzept für Ihre Altersversorgung
★ Wir kümmern uns um Ihre Rente!
★ Wir versichern Sie gegen Berufsunfähigkeit!
★ Wir informieren Sie regelmäßig über wichtige Änderungen im betrieblichen Bereich!
Öko-Versorgungswerk
Fichtenstr. 42 • 4000 D'dorf 1 • 0211 – 9737151
e.V. Interessengemeinschaft ökologisch orientierter Betriebe und Selbständiger

BUCHBESPRECHUNG

»Knatsch, Zoff und Keilerei«

»Knatsch, Zoff und Keilerei« ist ein Lern- und Arbeitsbuch für Gruppen zur konstruktiven Konfliktbewältigung. Ein Buch, das nicht bloß gelesen werden will, sondern intensiv bearbeitet zu werden erwartet, wenn es mit Gewinn verzehrt werden soll.

Andrea Gerth und Elmar Sing entwerfen eine überaus anspruchsvolle Vorgehensweise zur Konfliktbewältigung in Gruppen. Ihre Auffassung: »Wer Konflikte wirklich bewältigen will, den erwartet harte Arbeit. Liebgewonnene Gewohnheiten müssen aufgegeben, bisherige Wahrnehmungen und das eingefahrene Rollenverhalten müssen verändert werden. Dazu ist das Erlernen und Üben neuer Fähigkeiten erforderlich.«

Das Buch schreckt, statt Erfolgsversprechungen zu machen, erst einmal ab. Der Weg ist steinig, die Vorgehensweise zeitintensiv (im Modell: 20 Wochen) und sie fordert von der ganzen Gruppe sehr viel Engagement. Gerth/Sing halten überdies bei gewisser Intensität der Gruppenklärung die Unterstützung einer Dritten Partei – also einer Beratungsperson – für unumgänglich. Sonst droht die Gefahr, daß Klärungsprozesse der Gruppe zur Fortsetzung des Konfliktes auf anderer Stufe mißbraucht werden. Nach Lektüre der ersten Seiten des Buches wird deutlich, daß wirkliche Bewältigung von Konflikten tatsächlich einfacher nicht zu haben ist.

Gerth/Sing unterscheiden sich in ihrem Ansatz von vielen anderen KonfliktberaterInnen. Im Gegensatz etwa zum weitverbreiteten NLP (Neurolinguistische Programmierung) geht es ihnen nicht in erster Linie darum, die Wahrnehmung der am Konflikt Beteiligten zu sensibilisieren oder gemeinsame Interaktionsübungen zu unternehmen, um Kommunikationsbarrieren der Gruppe abzubauen. Es geht nicht zuerst um die Wahrnehmung der anderen, Gerth und Sing lassen vielmehr das Verhalten der Einzelnen und der Gruppe in Frage stellen und fordern auch zur Veränderung der Umgebung heraus.

Konflikt als Innovationspotential

Konflikte sind notwendig zur Entwicklung von handlungsfähigen Gruppen. Sie fordern die Beteiligten zu neuem Verhalten heraus, insofern sind Konfliktpotentiale für die AutorInnen entscheidende Innovationspotentiale von Gruppen. Zumeist kommt es vor, daß statt Erweiterung eine Verengung der kollektiven Verhaltens- und Sichtweisen auftritt. Störende Handlungen, die sich zu negativ erlebten Konflikten entwickeln häufen sich. Konfliktbewältigung heißt also Erlernen positiver Handlungsalternativen, um damit störende Handlungen zu ersetzen.

Dies unterstellt ein auf die Gruppe positiv gerichtetes Interesse der Beteiligten. Diese Voraussetzung muß aber gegeben sein, wenn die Existenz der Gruppe einen Sinn haben soll.

Gerth/Sing betonen deshalb auch, daß es regelmäßig der Fall sein kann, daß sich Gruppenmitglieder voneinander trennen müssen.

Sie teilen eine nüchterne Auffassung von Gruppen: Personen finden sich zu Gruppen zusammen, um ein gemeinsames Projekt durchzuführen. Genauso wie Projekte ein Ziel und Ende haben (müssen), kommt auch der Gruppenprozeß zu seinem Ende. Die Trennungsphase einer jeden Gruppe ist ihrer Auffassung nach unvermeidlich. Viele Schwierigkeiten entstehen gerade aus dem Versuch der künstlichen Verlängerung der Gruppenexistenz. Nach erfolgreichem Gruppenprozeß kann nur das Ende und die Trennung folgen. Jedoch ist dann ein neues Projekt und eine neue Gruppe wieder möglich, auch mit den gleichen Beteiligten.

Ein so freier Umgang mit Projekten und Gruppen setzt in jeder Hinsicht erwachsene Personen voraus; diese Autonomie muß augenscheinlich noch erlernt und trainiert werden.

Das Konzept der Konfliktbewältigung, das Gerth/Sing in Zusammenarbeit mit anderen BeraterInnen und insbesondere mit beratenen Projekten und Betrieben entwickelt haben, ist aus diesen Gründen so aufwendig wie erwähnt. Es ist ein Konzept für selbständig arbeitende Gruppen mit externer Unterstützung.

»Wer streitet eigentlich mit wem über was?«

Der Konfliktverlauf hat – wie wir wissen – die Eigenschaft, Anlaß und Ursachen zu verdecken. Gerth/Sings Konzept sieht daher zunächst eine Analyse von Konfliktpotentialen und -ursachen vor. »Wodurch kommt es zu Konflikten in der Gruppe?«

Der nächste Schritt der Aufarbeitung nimmt den Verlauf des Konfliktes unter die Lupe. Hier wird in der Regel bereits externe Unterstützung notwendig.

Der dritte Schritt der Bearbeitung nimmt sich die Beschreibung der Konfliktgestalt vor: »Wer streitet eigentlich mit wem über was?«

Wenn die Gestalt herausgearbeitet wurde, steht die Beschreibung der konstruktiven und destruktiven Kräfte, die die Gruppe im Konflikt mobilisiert, auf der Tagesordnung. Hier werden die Gruppenpotentiale erarbeitet, um für den positiven Zweck der negativen Handlung eine positive Handlungsalternative zu erschließen.

Wenn all dies in einem langfristigen Prozeß bewältigt worden ist, kann die Frage beantwortet werden: »Wie können die einzelnen und die Gruppe konstruktiv mit Konflikten umgehen?« Am Ende stehen somit neue Verhaltensweisen, die eine Konfliktbewältigung ermöglichen.

Jedes Thema wird im steten Wechsel zwischen Ausführungen zur Konflikttheorie und Übungen zur praktischen Anwendung ausführlich und systematisch aufgearbeitet. Es wird in den Übungskapiteln genau unterschieden, wer den Arbeitsschritt durchführen kann, welcher Nutzen zu erwarten ist, was zur Durchführung notwendig ist und wie der Arbeitsschritt im einzelnen abläuft. Der Anwendungsteil umfaßt insgesamt 80 umfangreiche Übungen und Aufgaben.

Darüber hinaus bringen zusätzliche Texte von anderen AutorInnen Erfahrungen aus der Beratungspraxis mit ein, veranschaulichen einzelne Aspekte der Ausführungen. Im Anhang sind Literaturhinweise zum Thema und ein recht ausführliches Adressenverzeichnis mit Angeboten von Beratungseinrichtungen zu finden.

Das Konzept des Arbeitsbuches ist inhaltlich und konzeptionell voll überzeugend. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß mit diesem Arbeitsbuch Beratungs- und Erfahrungswissen, das aus den Projekten und Betrieben herausgezogen worden ist, diesen wieder zur Verfügung gestellt wird.

Einziger Nachteil ist, daß die wirklichen Qualitäten des Handbuches nur bei systematischer und kollektiver Nutzung durch Gruppen erschlossen werden können.

Es muß nicht auf den großen Krach gewartet werden, die Arbeit kann auch schon beginnen, um entstehenden Konflikten bereits die Spitze zu brechen. ●

Thomas Hardwig
Burghard Flieger

Andrea Gerth, Elmar Sing: Knatsch, Zoff und Keilerei; Materialien der AG SPAK, Reihe Selbstverwaltung, München 1992 – Kostet 39,80 DM

SELBSTVERWALTETE VERSICHERUNGEN

mehr als »fair«

Was der »Grüne Dollar« im Bereich der Geldwirtschaft als entwicklungsfähige Alternative bietet, fehlt im Versicherungswesen völlig. Von kapitalistisch orientierten Versicherungsgesellschaften die Bonbons zu »fairen« Paketchen zu schnüren, wie es die »Fairsicherungsläden« machen, ist weder besonders intelligent noch in irgendeiner Form alternativ-ökonomisch.

Götz Paschen, Redaktion Bremen ● Interessanter als jede Analyse bestehender Fehlwirtschaft sind nach wie vor realisierte Alternativen und deren Entwicklung. Im Versicherungsbereich starteten 1990 circa 20 Leute aus dem Raum Hamm in Westfalen den Versuch einer selbstverwalteten Fahrraddiebstahlversicherung. Auch wenn die finanziellen Dimensionen gering und der Versicherungsbereich Fahrraddiebstahl nicht gerade exemplarisch ist, entwickelten sich hier Prinzipien und Handhabungspraktiken, die sich durchaus auch auf Bereiche wie Brandschutz-, Kranken- oder Unfallversicherungen übertragen ließen:

ZUKUNFTSMUSIK: GESUNDHEITSKASSEN

»Kleine Gruppen mit gegenseitiger Verantwortung auch bei der Krankenkasse: KeineR wird mehr in eine der menschenunwürdigen Psychiatrien mit ihren Freudenhauspreisen abgeschoben, weil sie/er mit dem Leben nicht mehr fertig geworden ist. Keine Kasernierung von Krüppeln, Geisteskranken und Alten. Keine Symptombekämpfung und nachher wieder zurück in den Dreck, und die Atembeschwerden haben sich leider nicht langfristig gebessert, weil es am Arbeitsplatz genauso stinkt wie vorher. Weiterhin Hautausschlag, weil Pommes und Hamburger nun mal nicht zur Rohkost gehören.

Warum nicht in Kleingruppen bis zu 80 Leuten Krankenversicherungen gründen – ein halber Straßenzug (Sesamstraße 1 bis 43) als Kleinkrankenversicherung. Gemeinsam gesundes Leben lernen und nicht in einem trübseligen Kurort bestenfalls zum Nutzen der ansässigen ÄrztInnen und Apotheken. Einander helfen, füreinander da sein und nicht so scheißallein oder bestenfalls in Kleinfamilien ohne wirkliche gemeinschaftliche Anbindung. Für Schäden bis 2.000 Mark kommt die »KRAMPF-ADE« auf. Alles, was darüber geht – auch Fälle von Invalidität und Erwerbsunfähigkeit – trägt das Netzwerk »BINDEGEWEBE«, an dem die »KRAMPF-ADE« mit 73 anderen Gesundheitskassen beteiligt ist.« (RAD WEG-Broschüre)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

NEUE VERSICHERUNGSPRINZIPIEN:

- einfache Handhabung (jedeR kann alles verstehen)
- vollständige Transparenz durch ehrliche Zwischen- und Jahresberichte
- Regionalismus
- Dezentralisierung bei vorgegebener Wachstumsgrenze
- Rotation der Verwaltung
- Konsensprinzip für alle Entscheidungen
- Direktheit auf einer Basis von Bekanntschaft und Gemeinsamkeit
- Beteiligung aller
- Fallflexibilität beim Eintreten von »Versicherungsfällen«
- Systemflexibilität im Bezug auf die äußere Struktur
- ökologische Prinzipien als Vorbildfunktion

VERGIFTETES DENKEN

Mit dem eingezahlten Geld werden keine Rüstungsunternehmen etc. finanziert und keinE AktionärIn schöpft erfreut und arbeitsfrei die Dividende ab. Eine unbürokratische Verwaltung der kleinen Gruppe verhindert Entfremdung und Betrug. »Hinz wird also 'gerne' zahlen, damit Else wieder radeln kann, und Else macht keinen Betrug, weil sie Hinz und Kunz nicht betrügen will. Und Kunz würde sowieso Elses angeblich gestohlenes Fahrrad vor Ernas Tür sehen, wenn beide dort zum (Nicaragua-)Kaffeetrinken eingeladen sind. Die Entfremdung wird zurückgenommen, da man nun als Verwaltung nicht anonyme Fälle abwickelt. Man kümmert sich um die eigenen Bedürfnisse und um die von FreundInnen. Anstatt bei anderen Versicherungen auch noch Verwaltungsaufwand mitzuzahlen, wofür man selbst ja auch erst das Geld verdienen muß, verwaltet man sich direkt selbst, spart das Geld und investiert dafür die Zeit, in der man es sonst hätte verdienen müssen – oder sogar weniger.«

Der Charakter des sozialen Experimentes soll helfen, das vergiftete Denken (»möglichst viel rausholen und gut absahnen«) durch eine auf Solidarität ausgerichtete Haltung zu ersetzen. Freundschaftliche Kulanz und Berücksichtigung der persönlichen Eigenschaften der einzelnen haben vor Paragraphen- und Satzungsengstirnigkeit Vorrang. Schon in den ersten Konzeptdiskussionen wurde oft in den bekannten Denkschemata argumentiert. Es zeigte sich leider recht deutlich, wie unsere Gedanken von dem herrschenden System schon verdorben sind. Man muß sich von dem Gedanken lösen, daß mich eineR betrügen will. Es wäre hier nicht irgendeineR, sondern Hinz (und der würde es eh nicht machen). Im übrigen ist das ja vielleicht auch okay, wenn er, weil er weniger Kohle hat, sich selber Sachen vom Schrott holt und so auf billige Art mit seiner Arbeit sein Rad aufwertet und auch höher einschätzen darf. Wie wäre es denn damit, nicht immer den Betrug zu wittern, sondern auch einem/r, der/die wenig Kohle hat Vorteile, wie diesen zu gönnen.

EUROPAWEIT AKTIV

Daß sich natürlich in der Realisierung Ecken und Haken zeigen, ist selbstverständlich und eine Möglichkeit zur fruchtbaren Entwicklung. Schließlich geht es bei der »RAD WEG«, so der Name dieses Projektes, nicht um eine blasse Theorie sondern um lebendige Praxis: Dieses Jahr hatten sich bei der Verwaltungsrotation zwar die zwei Kontoleute gefunden, allerdings nur ein Verwaltungsmensch. Daher führte ein Verwaltungsmann des Vorjahres den Job solange weiter, bis sich jemand dafür gefunden hatte. Nun verschlugen den Guten dann des Lebens wilde Wogen für ein Jahr nach Nordirland mitsamt den Verwaltungsunterlagen. Zwischenzeitlich hatte sich dann doch eine verwaltungsbegeisterte Dame bereiterklärt. Und so kam dann der Verwaltungsordner per Post über den Ärmelkanal wieder nach erfrischendem Irlandurlaub heim in deutsche Gefilde. Eigentlich hätte ihn auch schon der Freund der Verwaltungsfrau mitbringen können, als er in Irland zu Besuch war, aber im Rucksack war kein Platz mehr und überhaupt ... ●

Über die Einzelheiten der gemeinsamen Abmachungen, die ersten Erfahrungen und Gründungstips informiert eine Broschüre. Rechenbeispiele, politischer Hintergrund und aktuelle Entwicklungen sind hier auf 30 – Seiten durch nette Comix aufgelockert – dargestellt. Die Broschüre gibt es unter dem Titel »RAD WEG« für 3,80 DM & 1,40 Versandkosten per Vorausscheck, Briefmarken oder Nachnahme beim:
Packpapier Verlag & Versand
Box 1811 · D-4500 Osnabrück

JOBS

Wir suchen für unsere Holzwerkstatt noch jemanden mit Kenntnissen im Wiederherrichten von Naturholzmöbeln. Wir sind eine Wohn-und Arbeitsgemeinschaft in Selbstverwaltung. Näheres:
EMMAUS Stuttgart e.V.
☎ (07 11) 54 53 19 (Ian o. Uli verlangen)

Schreinerin oder Schreiner auf Arbeitssuche? Lust auf Kollektiv im Süden? Wir gestalten und bauen ökologische Möbel im Remstal und suchen ab sofort erfahrene Verstärkung!
biiraboom Holzwerkstatt
in Selbstverwaltung
☎ (0 71 51) 4 55 25 oder
Mercedesstr. 5
W-7053 Stetten/Remstal

Hast Du Lust kreativ und selbstverwaltet zu arbeiten? Wenn ja, bist Du bei uns richtig. Wir, ein Druckereikollektiv in Karlsruhe suchen **Druckformenherstellerin** mit Berufserfahrung.
Druckcooperative
Steinstr. 23
W-7500 Karlsruhe 1
☎ (07 21) 38 78 68

PROJEKTE

Wir, 2 Frauen, 3 1/2 Kinder, 4 Männer (8 1/2 deutsche und ein türkischer Mensch) mit privaten Socken und gemeinsamen Autos, haben seit 1 1/2 Jahren einen 3 ha Hof mit ein paar Tieren, auf dem wir leben und zum Teil auch arbeiten. Hier ist noch mehr möglich! Wir suchen eine Frau, die zu uns paßt.
Hollerhof
Holunderstr. 8
W-2819 Morsum b. Bremen
☎ (0 42 04) 52 02

Zur Erweiterung unseres Projektes in einer großen alten Wassermühle auf dem Lande suchen wir Förderer/innen und MitmacherInnen. Wir haben Raum und Möglichkeiten zur Verbindung von Werk und Existenz und selbstbestimmtem Leben. Wir machen Handwerk, Kunst, Gruppen, Garten, Feste.
Goppinger Mühle
ALGE e.V.
W-8344 Egglham

3 junge Erwachsene mit Kindern u. Hunden suchen Kontaktadressen von Projekten in Andalusien. Richtung: Betreuung von gesellschaftsgeschädigten Kindern, Selbstversorger.
J. Traub, Hauptstr. 41
W-7057 Winnenden 9

VERKÄUFE

Langbandschleife mit Spezialschleifschuh Funier/Massiv und sehr viel Schleifbändern zu verkaufen. Preis VB.
biiraboom Holzwerkstatt
in Selbstverwaltung
Mercedesstr. 5
W-7053 Stetten/Remstal
☎ (0 71 51) 4 55 25

JOBSUCHE

Gestreßter Herstellungsleiter Fachverlag »hat die Nase voll«, sucht neue Tätigkeit mit mehr Sinn in Verlag, Druckerei, Papierverarbeitungsbetrieb oder auch in kultureller, sozialer Institution im Großraum Stuttgart.
☎ (07 11) 640 67 44 ab 21 Uhr oder Wochenende.

Schreiner mit langjähriger Arbeits- und Kollektiverfahrung könnte sich auch Handel und Beratung vorstellen. Konzesssionsübernahme möglich. Aber: Nur Vier-Tage-Woche.
Chiffre: Ökologie im Alltag

An alle sozialen Projekte (WG, Bauernhöfe...), an denen ganzheitlich denkende Menschen mit psychisch erkrankten, drogenabhängigen, geistig behinderten oder pflegebedürftigen Jugendlichen oder Erwachsenen zusammenarbeiten!
Ich bin eine Ergo-Therapie-Schülerin aus Innsbruck und suche eine Praktikumsstelle für die Dauer von 3 Monaten in der Zeit von Oktober '93 bis Juni '94.
Meine Anschrift:
Lisa Payr
Kirschentalgasse 13
A-6020 Innsbruck, AUSTRIA

SAX
Ganz Dresden für 2,50 DM
Wir wissen **vorher**, was passiert
Vom Ersten bis zum letzten, **das volle Programm**
Mehr als 1500 **Termine** über 700 **Adressen**
Jede Menge kostenlose **Kleinanzeigen**
Alles, was passiert in **Kultur und Politik**
Das Dresdner Stadtmagazin · Wiener Str. 41 · 8020 Dresden · Tel. 4 64 02 58

LESERINNENBRIEF

Betr.: Kündigung
Abonniert hatte ich die CONTRASTE, weil ich glaubte, damit eine pluralistische, über die öko-anarchistische Bewegung informierende Zeitschrift fest in die Hand zu bekommen – ich lese sie ungefähr seit Anfang '91. Mittlerweile ist es total zu einem Selbsthilfeblatt für finanzgeile SelbstverwalterInnen geworden – das hebt mich nicht an. Über linke Zusammenhänge erfahre ich da in ND und TAZ mehr... Wegen dieser ewigen Geldgeschichten werden sicher noch mehr LeserInnen abspringen – denn: Wer nicht mit der Zeit geht – muß mit der Zeit gehen!

Tschüß, Bernd (Dresden)

MEDICO-HILFE KURDISTAN
DAS SIRNAK-PROJEKT
Sirnak war Sehri Nuh: die Stadt Noahs. Im Koran liest man, daß die Arche nicht auf dem Ararat Berg strandete, sondern auf dem Cudi Berg unweit von Sirnak.
Man sollte dies ruhig wissen, wenn es darum geht, daß es Panzer & Waffen aus christlichen Ländern waren, die dieser Stadt und ihren Menschen neuerdings die Sintflut brachten.
Zweimal in diesem Jahr, im März und August, exe-kutierte der Nationale Sicherheitsrat der Türkei eine beispiellose Strafexpedition an **Sirnak** mit Waffen, (von der Bundesregierung finanziert), mit Panzern (aus ehemaligen NVA-Beständen), mit Munition, (die von der NATO kommt).
Die Stadt Noahs ist großenteils vernichtet. Die Häuser zerstört. Die Menschen flohen - und kehren nun ängstlich und verstört zurück.
Sirnak, zerstört mit Hilfe von Waffen aus Deutschland, soll wieder leben. Das müssen wir versprechen !
Wir bitten dringend um Spenden zur Versorgung & Wiederaufbauhilfe für die Kurden in Sirnak
Spendenkonten :
- 1800 Stadtsparkasse Frankfurt (BLZ 500 501 02)
- Postgiro Köln 6999-508 (BLZ 370 100 50) Stichwort: "Sirnak"

medico international
Obermainanlage 7 ▯ 6000 Frankfurt 1 ▯ Tel.: 069/4990041

Wir suchen
freie Mitarbeiter/Innen
Wir sind eine Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat **Fälschungen** jeder Art zu archivieren und sie dem ID-Archiv in Amsterdam zur Verfügung zu stellen. Dort sind dann unter den Stichworten **Fälschung**, Spaßgeruillia, subversive Medienkritik (...) die gesammelten Plagiate für alle einsichtig. Aber vorsichtig! **Fälschen** steckt an und kann sich schnell verbreiten. Es soll daher eine Literaturliste geben mit Tips, Tricks & Theorie, um nichts **falsch** zu machen.
Eine Wanderausstellung mit den schönsten **Fälschungen** ist in Planung und vielleicht bald in eurer Stadt zu sehen.
Angesprochen fühlen sollen sich nicht nur Leute, die in ihrem Leben schon einiges **falsch** gemacht haben, sondern auch die verwirrten Leser, die "Opfer" dieser **Fälschungen**. Auch von Symphatisanten, die irgendwo eine solche Fälschung in die Finger bekommen haben, wünschen wir uns Mitarbeit.
Schickt uns also keinen tabellarischen Lebenslauf, sondern von jeder Fälschung 3 Exemplare oder Kopien vom Feinsten und Zeitungsartikel über die Aktion.
G. Fälscht
Archiv für ungewöhnliche Maßnahmen
-Eine Initiative für's ID-Archiv-
c/o ID, Postfach 104522 D-2800 Bremen 1

Ökoführerschein
Fünf verschiedene Seminare bieten Jugendlichen einen Überblick über alle wichtigen Umwelt-Themen. Exkursionen, Naturerfahrung, Modelle, und Experimente machen das Programm abwechselungsreich. So soll auch der Spaß nicht zu kurz kommen. Wer an allen Seminaren teilnimmt, erhält den Ökoführerschein als Hilfe bei Bewerbungen im Umweltbereich. Interessiert, fit zu werden in Sachen Umwelt?
Dann Infos anfordern bei: Projekt Ökoführerschein, Beim Kalkberg 7 2120 Lüneburg
getragen von BUNDjugend und Naturschutzjugend

URUGUAY
Befreiungsbewegung im Mediendschungel
Tupamaros betreiben Radio Panamericana
Ohne seine Parteilichkeit aufzugeben, arbeitet **Radio Panamericana** unter dem Motto „pluralistisch, partizipativ und solidarisch". Obwohl **Radio Panamericana** hohe Einschaltquoten hat, steht das Radio finanziell ständig am Abgrund, da kommerzielle Werbeagenturen den Sender boykottieren.
Es ist daher auf Spenden angewiesen!
Konto: *Lateinamerikazentrum e.V*
Postgiroamt Berlin
Nr. 3390 43-106
BLZ 100 100 10
Stichwort: Radio Panamencana (absetzbar)

direkte aktion anarcho-syndikalistische Zeitung

Wir stechen da zu, wo's wehtut
Probeheft anfordern
oder besser gleich abonnieren für
DM 15,–/Jahr (6 Ausgaben)
DM 30,–/2 Jahre (12 Ausgaben)
Förderabo DM 50,– (12 Ausgaben)
F. Mohrhof
Grünebergstr.81 · 2000 Hamburg 50
Abo-Kohle bitte überweisen auf das Konto F. Mohrhof · 34 19 79-208 PschA Hamburg (BLZ 20010020)

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen 5 DM (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen 30 DM (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum 15. des Monats

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Wir (2 Kids + 8 Erw.) suchen noch etwa 10 nette Menschen große+kleine, die mit uns gemeinsam auf dem Land (Brandenburg, Nähe Babe) leben und arbeiten wollen.

SCHNIPSEL

Internationale Workcamps: Leben und Arbeiten in internationalen Gruppen
Freiwilligenarbeit in Ökologie-, Friedens-, Dritte-Welt- und Frauenprojekten, in sozialen oder antifaschistischen/antirassistischen Initiativen. Sinnvoller Urlaub in internationalen Gruppen.
Unterkunft und Verpflegung frei.
Mindestalter für TeilnehmerInnen:16 (Inland), bzw. 18 (Ausland).
Sommerprogramm 1993 mit über 500 Workcamps in 60 Ländern erscheint im April. Gegen 3,50 DM in Briefmarken ab sofort anfordern unter: Service Civil International, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1.

BAYER in den Schlagzeilen
+ Tödliches Chrom in Südafrika - Strafanzeige gegen BAYER + Repression statt Lohn in Brasilien + Verbrannte Erde in Peru + Biowaffen für das Pentagon? + Giftmüll und Krebs in Leverkusen + Holzgiftgeschädigte wehren sich ...

Für unsere Arbeit bitten wir um Unterstützung
Spendenkonto-Nr. 179612, Ökobank Frankfurt, BLZ 500 90 100. Weitere Informationen sowie ein kostenloses Probeabo von STICHWORT BAYER bei
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN
Vondelstr. 36, 5 Köln 1, 0211/318077

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 615 15 64; 2802 Ottersberg, Redaktion Bremen, Götz Paschen, Lange Str. 13b; 3400 Göttingen, Thomas Hardwig, Leinestr. 29, ☎ (0551) 770 40 26; 6900 Heidelberg 1, Postfach 10 45 20, ☎(06221) 16 24 67; 7053 Stetten, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 5, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; 8500 Nürnberg, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; O-4500 Dessau, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (0340) 37 93 (auch Fax); O-8060 Dresden, Rothenburger Str. 43, ☎ (0351) 57 09 14; Niederlande, 1019AT Amsterdam, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66
Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; Kultur: 7400 Tübingen, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; Sozialpolitik: 8000 München 2, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; Naturkost: 4500 Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3/92
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 6000 Ffm 90

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

Libertäre Tage '93

"Wege zu einer anarchistischen Gesellschaft"
8. - 12. April 1993 (Ostern), Universität Frankfurt/Main

Herrschaft muß in all ihren Erscheinungsformen (zum Beispiel: Staatsherrschaft, Patriarchat, Sexismus, Antisemitismus, Ausbeutung durch Lohnarbeit...) öffentlich gemacht und bekämpft werden. Wir richten uns daher an alle interessierten Menschen, die mit uns Wege hin zu einer menschlicheren, libertären (freiheitlichen) Gesellschaft weiterentwickeln wollen. Während der Libertären Tage sollen praktische und theoretische Ansätze aufgezeigt werden, die Herrschaft abbauen und zu einer anarchistischen (herrschaftsfreien) Gesellschaft führen.

Informationsmappe
In der Informationsmappe zu den Libertären Tagen 1993 sind die Zielsetzung, das Programm, der zeitliche Ablauf sowie Organisatorisches enthalten. Schwerpunkt der Informationsmappe ist die nähere Beschreibung der einzelnen Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, um eine Auseinandersetzung mit den Themen im voraus zu ermöglichen.
Die Informationsmappe kostet 7.- DM, ab drei Exemplaren 5.- DM (Wiederverkaufsrabatt) incl. Porto.

Kontaktadresse:
Libertäre Tage '93, c/o Dezentral, Sandweg 131a, W-6000 Frankfurt/M. 1
Tel. 069 - 4909203, FAX 069-4940943 oder Tel. 069 - 77 81 85

Konto: T. Schupp (LT '93), Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60, Konto-Nr.: 56 09 73 - 607

Spendenaufruf

Notarztwagen für Batman

Benötigt wird ein allradgetriebener Notarztwagen zur Erst- und Notversorgung der Bevölkerung der kurdischen Stadt Batman und ihrer ländlichen Umgebung. In den kurdischen Provinzen der Türkei ist eine medizinische Versorgung nicht gewährleistet.
Der Verein "Kurdistan-Hilfe" e.V. organisiert und sorgt für die Beschaffung, Ausrüstung und den Betrieb des Wagens an seinem Bestimmungsort, um zur Entschärfung dieser Situation beizutragen.
Der ausgerüstete Wagen wird von einer Hamburger Delegation überbracht und in Batman einem Partnerverein übergeben.
Der Kostenrahmen für den kompletten Wagen mit Überführung beläuft sich auf ca. 400.000 DM.
Ihre finanzielle Unterstützung wird unser Vorhaben zum Erfolg führen.
Eine steuerabzugsfähige Spendenquittung wird Ihnen unaufgefordert zugesandt.

Dr. Michael Bohlmann, Arzt - Dr. Claus Jürgen Carstensen, Arzt - Vera Cicek, Arzthelferin - Andrea Dirheimer, Ergotherapeutin - Prof. Dr. Garweg, Arzt - Dr. Christian Haasen, Arzt - Dr. Taoufik Hamdoch, Apotheker - Friedrich Hansen, Arzt - Eckhard Held, Arzt - Anke Kleinemeier, Ärztin - Ernst Krefft, cand. med. - Thomas Liehr, Pflegedienstleiter - Birgit Moebus, Krankenschwester - Brigitte Reiß, Krankengymnastin - Karin Uhlenhaut, Ärztin

Kurdistan-Hilfe e.V.
gemeinnütziger Verein
Bergiusstr. 12, 2000 Hamburg 50

Stichwort: "Notarztwagen für Batman"
HASPA, BLZ 200 505 50
Kontonummer: 1211 / 12 17 59

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

WORKSHOP

Zukunft der Selbstverwaltung
Im Sommer plant die Ökologie-Stiftung NRW in Kooperation mit dem NETZ einen Workshop zum Thema »Zukunft der Selbstverwaltung oder Vision einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsweise«. Kritische Reflexion von 20 Jahren Alternative Ökonomie und Perspektiven für die Zukunft sollen dargestellt und diskutiert werden. Alle sind eingeladen, die an der Gestaltung dieser 20 Jahre beteiligt waren. Das gilt auch für diejenigen, die sich über die weitere Entwicklung Gedanken gemacht haben. Gewünscht sind kleinere vorbereitete Redebeiträge, die zur Diskussion gestellt werden können. Der Workshop soll vom 20.-24.6.1993 in einem Tagungshaus in NRW stattfinden. InteressentInnen – besonders die sich mit eigenen Beiträgen beteiligen wollen – können Kontakt aufnehmen mit Maria Icking, NETZ, Börnestr. 10, W-4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/1649583.

QUALIFIZIERUNG

Qualifizierung
Corporate Identity und ganzheitliches Marketing. Erfolgsfaktoren für alternative Organisationen und Verbände. Wer etwas bewegen will, muß handeln. Er/sie muß sich im Markt der Meinungen behaupten, muß steuern, muß verändern. Das ist eine der wichtigsten, aber auch eine der schwersten Aufgaben: soziale Anliegen anzupacken und für Probleme, die uns alle angehen, viele zu gewinnen. Social Marketing findet hier als Management-Technik zunehmend professionellen Einsatz. Das Selbstverständnis einer Organisation oder eines Verbandes ist dabei die Basis, die alles steuert.
Im Seminar wird am Beispiel eines kleinen Verbandes (die Verantwortlichen sind anwesend) Schritt für Schritt beleuchtet, wie eine C.I.-Strategie entsteht und welchen Einfluß sie auf ein ganzheitliches Marketing hat. Die Ergebnisse werden diskutiert, reflektiert und soweit wie möglich und sinnvoll, verbessert. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhalten so die Möglichkeit, Anregungen und Hilfen für die eigene C.I.-Arbeit und für das eigene Marketing zu erarbeiten und praktisch auszuprobieren. Zielgruppe der Qualifizierung sind Verantwortliche aus betrieblichen Zusammenschlüssen, Organisationen und Verbänden.
Thematische Schwerpunkte beim Ablauf:
- Marketing in Non-Profit-Organisationen. Eine Einstimmung ins Thema.
- Das Bewußtsein bestimmt den Auftritt: Verbandsphilosophie, ihre Auswirkung nach innen und außen, Fremd- und Selbstbild.
- Corporate Design als Ausdruck der Organisationskultur.
- Im Dialog mit der Öffentlichkeit: Werbung und PR für Organisationen und Verbände.
- Wie sich Anspruch und Wirklichkeit miteinander verbinden lassen: Formen der Verbandskultur.

Termin der Veranstaltung ist der 16.5.1993 (abends) bis zum 18.5. 1993. Genauere Informationen können angefragt werden beim NETZ, Börnestr. 10, W-4000 Düsseldorf, Tel.: 0211/1649583.

AG SPAK

Präsentationstechnik und Arbeitsgruppenmoderation für Tagungen
Vom 19. bis 23. Mai 1993 findet das Vorbereitungsseminar des TAK AÖ (Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie) der AG SPAK zur Vernetzungstagung im Sommer statt (vermutlich im Bonner Raum). Neben 1 1/2 Tagen organisatorischer Arbeit wird zwei Tage in die Präsentations- und Moderationstechniken eingeführt. An letzterem teilnehmen kann allerdings nur, wer schon seit längerem zu TAK AÖ-Seminaren kommt oder sich bereit erklärt, auf der Vernetzungstagung eine Veranstaltung zu moderieren. Anfragen und Information: Thomas Hardwig, Leinestr. 29, W-3400 Göttingen.

Was ist kollektives Management?
Das Herbstseminar an einem Wochenende im Oktober 1993 dreht sich um die Entwicklung von theoretischem und praktischem »Handwerkszeug« für die Organisation selbstverwalteter Betriebe. Bisherige Ansätze, Überschneidungen mit anderen Managementtheorien und »Stilen« sowie bisherige Schwachstellen und Entwicklungsmöglichkeiten werden ausführlich dargestellt und diskutiert. Ziel ist es, die inhaltlichen Bausteine einer Akademie für kollektives Management voranzutreiben. Information und Angebote zur Mitarbeit: Burghard Flieger, Erwinstr. 29, W-7800 Freiburg.

WESTERWALD

Bildungsurlaub im Westerwald 1993
* Rhetorik und Kommunikation
* EDV-Grundlagen für Frauen
29.3. bis 2.4.1993
* Streßbewältigung im Beruf
* Grundlagen PC
19. bis 23.4.93
... und weitere Angebote in unserem Neuen Bildungsprogramm I/93.
Alle Kurse mit begleitender Kinderbetreuung.
Soziokulturelles Zentrum
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
W-5230 Altenkirchen
☎ (0 26 81) 38 70

NIEDERKAUFUNGEN

Anders leben – anders arbeiten
An diesem Wochenende soll es um die Vorstellungen vom zusammen Leben und Arbeiten der Kommune Niederkaufungen gehen. Im Mittelpunkt stehen die Erfahrungen der Kommune u.a. mit
- gemeinsamer Ökonomie, d.h. jede/r gibt alles in die gemeinsame Kasse und nimmt nach ihren/seinen Bedürfnissen heraus.
- Entscheidungsfindung nach dem Konsensprinzip, d.h. Entscheidungen, die alle betreffen, müssen von allen getragen werden.
- gemeinsame Verantwortung füreinander, was die gemeinsame Verantwortung für Kinder miteinschließt.
- Alltagsleben/Alltagsorganisation mit 50 Menschen.

Es wird Gelegenheit sein zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehmen.
Teilnahmebeitrag: 50,– DM
Termin: 2. bis 4.4.1993

»When I'm 64 ...«
Altersvorsorge – selbstverwaltet?
Das Seminar entspringt den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kommune Niederkaufungen bei dem Aufbau einer eigenen Altersversorgung. Schwerpunkte des Seminars werden sein:
- Altersversorgung durch Schatzbildung oder Solidargemeinschaft?
- Staatliche Altersversorgung, private Lebensversicherung oder betriebliche Altersvorsorge?
- Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge (Direktzusage, Pensionsrückstellungen, Unterstützungskasse, Pensionskasse) und ihre rechtlichen, steuerlichen und betriebswirtschaftlichen Konsequenzen.

Anhand der Situation der TeilnehmerInnen werden die Vor- und Nachteile der verschiedenen Möglichkeiten erläutert und diskutiert werden.
Teilnahmebeitrag: 150,– DM
Termin: 2. bis 4.4.1993

Entscheidungsfindung in der Gruppe
Wer kennt das nicht:
- Vier Leute in einer Gruppe von zwanzig versuchen einen Termin abzusprechen, der Rest muß zuhören
- eine Stunde werden Handlungsalternativen diskutiert – am Ende stellt sich heraus, niemand hat Zeit, eine der Alternativen durchzuführen
- Wenige reden viel – viele reden wenig – einige garnicht

Mit Hilfe von Rollenspielen wollen wir uns an diesem Wochenende unsere Verhaltensmuster in Gruppen bewußt machen und Handlungsalternativen aufzeigen und erproben.
Daneben gibt es Tips, die sich aus der Praxis der Kommune Niederkaufungen ergeben haben, Entscheidungen nach dem Konsensprinzip zu treffen.
Ein Seminar für Leute, die beruflich oder privat in Gruppen (mit)arbeiten und mit der Arbeitsweise – zumindest teilweise – unzufrieden sind.
Teilnahmebeitrag: 120,– DM
Termin: 14. bis 16.5.1993
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie,
Gesundheit u. Bildung e.V.
Kirchweg 1, W-3504 Kaufungen
☎ (0 56 05) 30 15

SCHWÄBISCH-HALL

Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele – Grundlagen und Praxis.
Einführungsseminar mit Christian Czesla. Referate und praktische Übungen. Themen: Erwachen des individuellen Verantwortungsbewußtsein – Sozialbilanzen – Buchführung als Instrument der Bewußtseinsseele – Erarbeitung von Wesen und Funktion der doppelten Buchführung (in Gruppen). Auf dem Weg zu einem meditativen Umgang mit Buchführung...
Termin: Sa. 20. und So. 21.2.93
Kosten: 220,– ohne Ü+V
Anmeldung und Information:
Institut für Soziale Gegenwartsfragen
Büro Strawe
Haußmannstr. 44a, W-7000 Stuttgart
☎ (07 11) 236 89 50

DORTMUND

Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und kleine Unternehmen

Gekonnt werben – ein Grundlagenseminar
26. bis 27.3.93
Inhalte sind das A und O erfolgreicher Kommunikation und die Erarbeitung eines tragfähigen Konzepts, der zweite Tag ist gestalterischen Konzepten gewidmet

Grundlagen der betrieblichen Steuern
12. bis 13.3.93
Dieses Seminar wendet sich an ExistenzgründerInnen und an Personen, die bisher mit Steuern noch nichts zu tun hatten, und die sich nun grundlegend über den Problemkreis »Steuern, Finanzamt und Unternehmen« informieren wollen.
Anmeldung & Information:
Kommunikatives Bildungswerk
Adlerstr. 83, W-4600 Dortmund 1
☎ (02 31) 14 31 23

FRAUEN

BAUFACHFRAUEN

Baufachfrauen-Treffen
Berlin, 23. bis 25.4.93
Info über:
Bauchfachfrau e.V.
Adlerstr. 81, W-4600 Dortmund
☎ (02 31) 14 33 38

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

EXISTENZGRÜNDUNGEN

Eine »Starthilfe« von der Konzeptentwicklung bis zur Finanzierung, um die Chancen und Risiken der eigenen Betriebsidee besser beurteilen zu können und sich auf die Gründung vorzubereiten. **Seminarleitung:** Claudia Kirsch, Beratung/Moderation/Seminare für Existenzgründung & Organisationsentwicklung, Mottenburger Str. 20, W-2000 Hamburg 50, Tel. (040) 390 97 42.
»Starthilfe für Gründerinnen«:
19. bis 21.2.93 in Wilhelmshaven, Info/Anm.: Ev. Familein-Bildungsstätte, Kantstr. 9, W-2940 Wilhelmshaven, Tel. (0 44 21) 32 00 16
21. bis 24.4.93 in Osnabrück, Info/Anm.: Volkshochschule, Bergstr. 8, W-4500 Osnabrück, Tel. (05 41) 323-42 40
7. bis 9.5.93 in Nordhorn, Info/Anm.: Frauenbeauftragte der Stadt, Postfach 24 29, W-4460 Nordhorn, Tel. (0 59 21) 92-237
und »Starthilfe« für Frauen und Männer, die sich selbständig machen wollen: 31.3. bis 3.4.93 in Hamburg, Info/Anm.: umdenken e.V., Max-Brauer-Allee 116, W-2000 Hamburg 50
Tel. (040) 389 52 70

NIEDERKAUFUNGEN

Selbstverteidigung für Lesben,
Wochendseminar.
Termin: 23.-25.4.93
Teilnahmebeitrag: 120,– DM
Selbstbehauptung und Selbstverteidigung für Frauen, Bildungsurlaub.
Termin: 3.-7.5.93
Teilnahmebeitrag: 240,– DM
Anmeldung & Information:
Tagugungs- und
Begegnungshaus
Kirchweg 1, W-3504 Kaufungen

FRAU UND ARBEIT

Treffpunkt für selbständige Frauen – themenbezogener Austausch –
Termin: 16.2.93, 19.30 - 22 Uhr
Gebühr: 12 DM
Geld richtig anlegen! – aber wo?
Alternativen für eine Geldanlage, die hilft, unsere Umwelt aktiv mitzugestalten
Termin: 17.2.93, 19 - 22 Uhr
Gebühr: 12 DM
Jetzt hab'ich den Traumjob und nun?
Selbstbehauptungsstrategien im Beruf
Termin: 18.2.93, 19.30 - 21.30 Uhr
20./21.2.93, jew. 10 - 16 Uhr
Ich ergreife das Wort
Rhetorikgrundkurs
Termin: 19. - 21.2.93
Information & Anmeldung:
Frau und Arbeit
Grindelallee 43, W-2000 Hamburg 13
☎ (0 30) 44 49 60
und 44 80 95 82

Wissen – Macht – Mut
Wochenendseminar für Frauen in selbstverwalteten Projekten/Betrieben vom 21. bis 23.5.93.
Informelle Hierarchien und ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen – Konsequenzen für die Bildungs-und Beratungsarbeit.
Voranmeldung / Seminarprogramm bitte per Postkarte anfordern bei:
Akademie Frankenwarte
Postfach 55 80
W-8700 Würzburg

SONSTIGES

Praxisfeld und Arbeitsmarkt Umweltschutz!
Berufschance der Zukunft?
Der Übergang von der Schule zum Berufsleben erfordert frühzeitig eine realistische Klärung der Ausbildungs- und Berufsperspektiven. Viele Hoffnungen richten sich auf eine berufliche Tätigkeit im Umweltschutz.
- Welche Berufe im Umweltschutz gibt es?
- Wer sind die potentiellen ArbeitgeberInnen?
- Welcher Schulabschluß ist notwendig?
- Wird ökologisches Wissen eine allgemeine Schlüsselqualifikation für alle Berufe?

Das Seminar wendet sich an Jugendliche, AktivististInnen, ehrenamtliche MitarbeiterInnen in Jugendverbänden und Umweltinitiativen, die sich auch beruflich mit Umweltschutz befassen wollen.
Es wird ein Überblick gegeben über den Arbeitsmarkt und die Berufschancen im Umweltschutz. Durch Kontakte zu ArbeitgeberInnen, PraktikerInnen und ExpertInnen werden Arbeitsbereiche und konkrete Berufe im Umweltschutz vorgestellt.
Teilnahmebeitrag: 50,– DM
Termin: 23. bis 26.2.1993
Ort: Energie- und Umweltzentrum am Deister
Anmeldung & Information:
Wissenschaftsladen Bonn
Frau Dr. M. Gianetti u. G. Bischoff
Colmantstr. 18, W-5300 Bonn 1

Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten an Initiativgruppen
In diesem Seminar werden wir uns den Bundeshaushaltsplan näher ansehen. Die grundlegenden Begriffe des Zuwendungsrechts und der Finanzierungsarten, soweit sie für Initiativarbeit von Bedeutung sind, werden vermittelt. An praktischen Beispielen wird geübt, einen Projektantrag zu stellen.
Das Seminar richtet sich an Interessierte aus Initiativgruppen, die sich über die Voraussetzungen von Zuwendungen aus Bundes- bzw. Landesmitteln informieren wollen.
Termin: 5. bis 6.3.1993
Ort: Haus Humboldtstein, Remagen
Teilnahmebeitrag: 50,– DM
Anmeldung:
Stiftung Mitarbeit
z. Hd. Sylvia Fels
Bornheimer Str. 37, W-5300 Bonn 1
☎ (02 28) 63 00 23, Fax 69 54 21

Seminar für oppositionelle Gewerkschaftsarbeit
vom 26. bis 28.2.1993 in O-Ruhlsdorf b. Bernau, Dorfstr. 32, Tagungshaus.
Anmeldung & Information:
Thomas Beckmann
Dorfstr. 13, O-1431 Wolfsruh
☎ (03 30 83) 235 ab 18 Uhr

ANARCHISMUS

Ökonomie – Vernetzung – Anarchie... wer weiß wie?
Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Staatssysteme in Osteuropa stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch verwirklichbare alternative Weltbilder zum Kapitalismus gibt. Dieses Seminar richtet sich an Leute, die, ausgehend von anarchistischen Ideen, nach ökonomischen Alternativen suchen. Es sollen vor allem die angesprochen werden, die sich (vielleicht in konkreten Projekten) mit anderen vernetzen wollen.
Das Seminar findet vom 12. bis 14. März 1993 in Nürnberg statt. Weitere Informationen gibt's beim Fränkischen Bildungswerk für Friedensarbeit, Hessestr. 4, W-8500 Nürnberg, Tel. (09 11) 28 85 00. Der Anmeldeschluß ist der 1. März 1993!

BILDUNG
netz
SEMINARE FRÜHJAHR/SOMMER 1993
Weiterbildungsprogramm für Betriebe und Projekte anfordern bei:
netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation
Börnestraße 10
4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/164 95 83
Fax 0211/35 15 91

KOOPERATION & VERNETZUNG

Vom 13. bis 20. August 1993 organisiert der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie in der Evangelischen Akademie Bad Segeberg eine größere Tagung. Der Arbeitstitel lautet »Kooperation und Vernetzungen alternativer Einrichtungen und Betriebe«. Ziel ist eine umfassende Bestandsaufnahme von Vernetzungszusammenhängen und die Diskussion von Problemen und Perspektiven kooperativen Handelns im alternativen Sektor. Geplant ist die Veranstaltung mit rund 200 TeilnehmerInnen, vor allem Engagierten aus den unterschiedlichsten Verbänden und Zusammenschlüssen. Bei Interesse an inhaltlicher oder organisatorischer Mitarbeit bitte wenden an: Rolf Schwendter, Gesamthochschule Kassel, FB Sozialwesen, Arnold-Bode-Str. 10.

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,— DM bzw. 650 ÖSh (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
__ Einzugsermächtigung: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Datum: Unterschrift:
__ Gegen Rechnung. Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
__ Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.
Datum: Unterschrift:
Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.